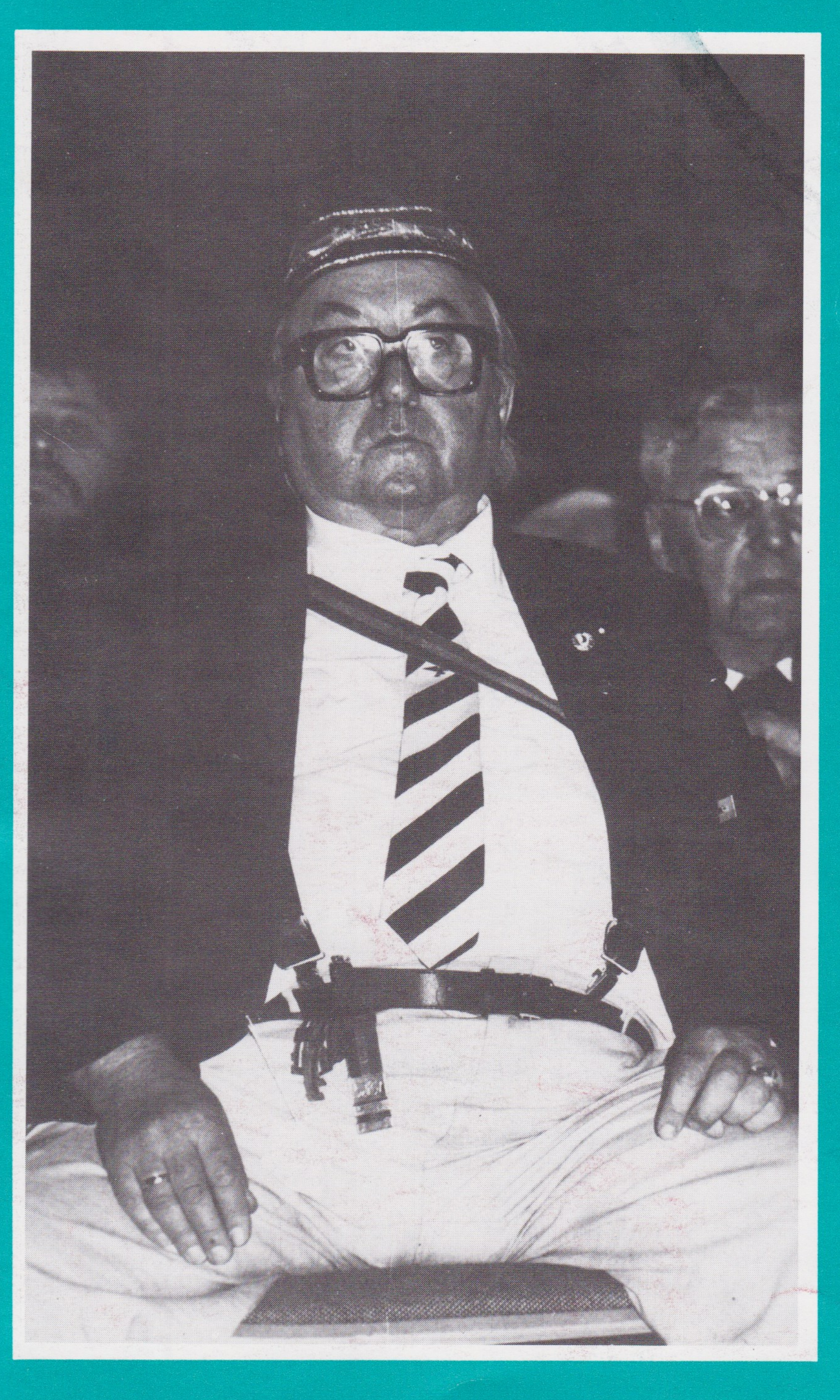
Antifaschistisches INFO BLATT 21

März/April 1993 4,– DM



ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

Ihr müßt sie lieb und nett behandeln,
erschreckt sie nicht – sie sind so zart!
Ihr müßt mit Palmen sie umwandeln,
getreulich ihrer Eigenart!
Pfeift euerm Hunde, wenn er kläfft –:
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Wenn sie in ihren Sälen hetzen,
sagt: »Ja und Amen – schlagt mich in Fetzen!«
Und prügeln sie, so lobt den Herrn.
Denn prügeln ist doch ihr Geschäft!
Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Und schießen sie –: du lieber Himmel,
schätzt Ihr das Leben so hoch ein?
Das ist ein Pazifisten-Fimmel!
Wer möchte nicht gern Opfer sein?
Nennt sie: die süßen Schnuckerchen,
gebt ihnen Bonbons und Zuckerchen. . .
Und verspürt ihr auch
in Eurem Bauch
den Hitler-Dolch, tief bis zum Heft –:
Küßt die Faschisten, küßt die Faschisten,
küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft –!

Kurt Tucholsky, 1931

Redaktionelle Anmerkunken

Auf zwei wichtige Ereignisse konnten wir wegen Redaktionsschluß nicht in dieser Nummer eingehen. Zu dem Rostocker Pogrom drängen doch langsam einige Details an das Licht der Öffentlichkeit. Mittlerweile ist offiziell, daß es in der Brandnacht, in der beinah über hundert Menschen umgekommen waren, Absprachen zwischen Polizeiführung und Angreifern der ZASt gegeben hat. Doch bis zum Kern der Wahrheit ist noch ein langer Weg! Wie im letzten Info berichtet, fand am Vormittag dieses dritten Pogromtages eine Krisensitzung statt, an der Bundesinnenminister Seiters und die Polizeiführung von Mecklenburg-Vorpommern teilnahm. Der Öffentlichkeit wird nach wie vor vorenthalten, wer im einzelnen dabei war und was dort besprochen bzw. beschloßen wurde. Bekannt ist nur, daß Seiters danach (mittags) die BGS-Kräfte entließ. Allzu viel Hoffnung besteht nicht, daß die ganze Wahrheit über das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen jemals bekannt werden wird.

Das »Volksbegehren zur Ausländerfrage« in Österreich brachte dem Rechtspopulisten Haider nicht die von ihm erhoffte Resonanz. Nach dem Austritt einiger Abgeordneter aus der FPÖ sei jetzt dort das "nationale Lager" dominant, so Haider. Auffallend an dem Volksbegehren war, daß sich die FPÖ das erste Mal nicht scheute, sich offen bekennende Neonazis zu ihrer Unterstützung zuzulassen. Mitglieder der VAPO, des österreichischen Ablegers der GdNF, fungierten als Wahlhelfer.

Bei unseren LeserInnen müssen wir uns entschuldigen, daß wir es nicht geschafft haben, alle Post zu beantworten.

Zu dem Althans-Artikel kam uns Kritik zu Ohren, in dieser Ausgabe findet Ihr leider nichts, da sie niemand zu Papier gebracht hat.

Eure Info-Redaktion

Zur innenpolitischen Entwicklung:

Der hilflose Antifaschismus

Seit dem Erscheinen der letzten Ausgabe des Infoblattes hat sich – zumindest vordergründig – einiges in der politischen Landschaft verändert. Demonstrierten im September gerade 20.000 Menschen (überwiegend aus dem autonomen und linksradikalen Spektrum) in Rostock gegen den Pogrom, zählten die Kundgebungen und Lichterketten seit dem November nach Hunderttausenden, die auf die Straße gingen.

Lichterketten und Mahnwachen

Was die Hunderttausenden verbindet ist ihre Ablehnung von faschistischem Terror und von reaktionären Lösungen auf dem Rücken von Minderheiten, nicht aber gleiche soziale und politische Interessen oder gemeinsame Forderungen. Dem entsprechen die Parolen und Formen des Protestes: Lichterketten und Mahnwachen, die mit der zentralen Losung »Nie wieder« enden. Der Einfluß von Parteien, Organisaationen und Verbänden ist unbedeutend, gleich null.

Brandstifter in Bonn

Noch im Sommer hatten Regierungsparteien und Medien die Stimmung gegen Flüchtlinge angeheizt. Es ging darum, die SPD in der "Asylfrage" auf Regierungskurs zu bringen und von den immer dringender werden sozialen Fragen abzulenken. Die Rechnung ging auf: Während in Rostock die Angriffe auf das Flüchtlingsheim und seine BewohnerInnen ihrem Höhepunkt zusteuerten, schwenkte die Parteispitze der SPD um und gab die (sowieso nur halbherzige) Verteidigung des § 16 GG auf. Und: Die Berichte über wirtschaftliche Prognosen, die von Rezession und weiter steigender Arbeitslosigkeit sprachen, waren von den Meldungen zur "Asyldebatte" auf die hinteren Seiten der Zeitungen verdrängt. Ein "heißer Herbst" mit sozialen Kämpfen blieb aus.

Die Branstifter in Bonn hatten also ihre Ziele erreicht. Sie konnten nun getrost darangehen, ihre Kettenhunde zurückzupfeifen. Mölln machte deutlich, daß dies nicht einfach werden würde.

Mölln und die Folgen

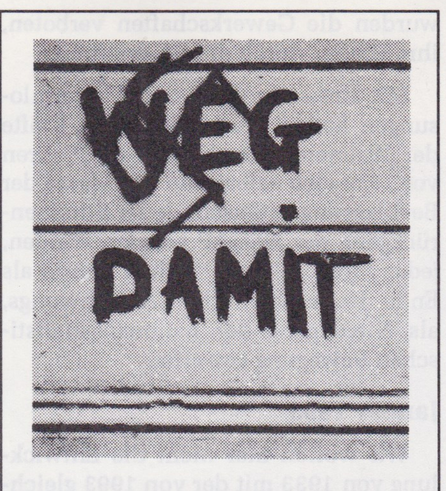
In Mölln haben die braunen Täter eine Grenze überschritten, deren Einhaltung für die Herrschenden (noch) von Bedeutung ist. Mit der Ermordung von drei Türkinnen wurden nicht Flüchtlinge und AsylbewerberInnen getroffen – die abgeschreckt und abgeschoben werden sollen – sondern eine Gruppe, die seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik lebt und arbeitet. Dadurch drohen Konsequenzen, die den Plänen der bürgerlichen Parteien entgegenstehen:

– Es werden zusätzlich Auseinandersetzungen und Unruhe in die Betriebe getragen, die auf die Beschäftigung hunderttausender ausländischer Arbeitskräfte angewiesen sind und sie nicht durch Deutsche ersetzen können.

– Es droht eine politische Radikalisierung der seit längerem in der BRD lebenden AusländerInnen - besonders unter der Jugend -, die man nicht so ohne weiteres auffangen oder durch Abschiebungen »aus der Welt« schaffen kann.

– Die Kritik im Ausland hat erheblich zugenommen. Das beeinträchtigt die Pläne der herrschenden Klasse, ihre ökonomische Kraft und Überlegenheit in Europa auch in eine politische Führungsrolle umzumünzen.

Der Generalbundesanwalt zog die Ermittlungen von Mölln an sich, »weil sie darauf abzielen, die innere Sicherheit der Bundesrepublik zu gefähren«. Die Bundesregierung erließ eine Reihe von Verboten gegen faschistische Organisationen. Die Unternehmer meldeten sich in Anzeigen und politischen Erklärungen »gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit« zu Wort. Der Opel-Konzern setzte eine Belohnung von 100.000 DM für die Ergreifung der Täter von Mölln aus. Unternehmerverbände und Geschäftsleitungen vereinbarten mit Gewerkschaften und Betriebsräten gemeinsame Maßnahmen gegen ausländerfeindliche Äußerungen und Handlungen in den Betrieben, die bis zu Entlassungen reichen sollen.



Antifaschistisches Infoblatt

Nr. 21, März/April 1993
V.i.S.d.P. und Kontaktadresse
L. Meyer
Gneisenaustraße 2a
W-1000 Berlin 61

Aus dem Inhalt

Das Antifa-Info im Abonnement

Das Antifa-Info ist natürlich auch im Abonnement zu beziehen. Dies geht folgendermaßen: Ihr schreibt uns, ab welcher Ausgabe Ihr das Info beziehen wollt und an welche Adresse die Hefte gehen sollen. Dazu könnt Ihr den Bestellvordruck auf der Rückseite verwenden. Wenn Ihr uns den schickt und die passende Knete gleich in den Briefumschlag steckt, kann eigentlich niicchts mehr schiefgehen.

Ist Euch das mit dem Bargeld zu unsicher, legt einen Scheck bei. Solltet Ihr das Geld lieber überweisen wollen, so ist auch das kein Problem: Wir teileen Euch auf Anfrage mit, wohin die Knete überwiesen werden kann. Wenn Ihr das Geldd überweist, unbedingt die Versandadresse mit angeben. Noch eins: Wir schicken nur noch Abos raus, wenn sie bezahlt sind - also Cash im Voraus.

Ein Einzelabo umfaßt fünf Ausgaben und kostet 30,- DM. Die Versandkosten sind darin bereits enthalten. Die Abos werden nicht automaatisch verlängert. Über Förderabos für 40,- DM oder mehr freuen wir uns riesig. Ihr unterstützt damit die Antifa-Arbeit und das Erscheinen des Infos.

Für Menschen, die mehr als fünf Exemplare pro Nummer bestellen, für WeiterverkäuferInnen, Info- und Buchläden gibt es bessere Konditionen, also Rabatt: Ab fünf Exemplaren kostet die Nummer 4,- DM (incl. Porto), ab zehn Nummern nur noch 3,20 DM, plus Versandkosten.

* Korrektur S.37: Steven Jones ist nicht Herausgeber von "Proißens Gloria"

8. 11. 92: Absage an die Heuchler

Am Beginn der Massenaktionen, die bis heute anhalten, stand die Demonstration am 8. November in Berlin. Die Absicht der Politiker von CDU bis SPD die Demo zu einer staatstragenden Aktion zu machen, hatte sich nicht erfüllt. Stattdessen: Eier auf Weizsäcker, Pfiffe für Kohl und Co. und die breit getragene Ablehnung der Pläne zur Änderung des Asylrechts.

Die verschmähten Politiker zogen daraus die Konsequenzen. Ihre Devise lautet seitdem, die Proteste in ungefährliche Bahnen lenken, zu entpolitisieren und ins Leere laufen lassen. Gleichzeitig werden scheinbar verstärkte Aktivitäten des Staates gegen Rechts vorgetäuscht.

Die Presse und die Parteipolitiker überbieten sich nach den großen Demonstrationen in Selbstgefälligkeit und Beruhigung. Bonn sei eben nicht Weimar, die BRD unterscheide sich dadurch von der ersten deutschen Republik, daß es heute mehr Demokraten gäbe, die auch bereit seien, die Demokratie zu verteidigen etc. Ist also Entwarnung angebracht, wurde der Anstieg der »braunen Flut« gestoppt? Glaubt mensch den Meldungen in der Presse und den offiziellen Verlautbarungen wäre die Frage zu bejahen. Die augenblickliche Stimmung scheint dies zu bestätigen. Ausgeblendet blieben allerdings Hintergründe und Ursachen, als auch die weitere Entwicklung und die Politik der etablierten Parteien.

Der 30. Januar 1933

Wie oberflächlich die bürgerlichen Politiker und die Presse an die gesellschaftlichen Fragen herangehen, machten ihre Kommentare zum 50. Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler (30. Januar 1933) deutlich. Fast durchweg begnügten sie sich damit, das Ende der Weimarer Republik als Machtergreifung Hitlers zu betiteln. Schon die Wortwahl ist kennzeichnend und blendet die Vorgeschichte aus.

Die Macht lag im Januar 1933 und in den Jahren davor nicht auf der Straße, um am 30. Januar von der falschen Person ergriffen zu werden. Vorausgegangen war eine Entwicklung, in der die bürgerlichen Parteien in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ab 1929 abbauten, was an sozialen Errungenschaften und politischen Rechten von den Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung erkämpft worden war. Vorangegangen war das schrittweise Zurückweichen der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen der Unternehmerverbände und der Regierung. Vorangegangen war die Anpassung der Sozialdemokratie an die vermeintlichen Notwendigkeiten, das Mittragen des Sozialabbaus, die Tolerierung von Sondergesetzen und diktatorischen Notverordnungen.

Im Januar 1933 war bereits ein erheblicher Teil der bürgerlichen Demokraten zu den Nazis übergelaufen oder bereit, mit ihnen zu paktieren. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, statt Widerstand zu leisten, hofften durch Taktiererei und Anpassung ihr politisches Überleben sichern zu können. Ende Februar rief der ADGB (Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund) seine Mitglieder auf, den 1. Mai 1933 zusammen mit den Nazis als »Feiertag der Arbeit« zu begehen. Am 2. Mai wurden die Gewerkschaften verboten, ihre Häuser durch die SA gestürmt.

Mit Entwarnungen und Verharmlosungen hatten die bürgerlichen Kräfte der Weimarer Republik in den Jahren vor 1933 sich selbst und die Masse der Bevölkerung getäuscht. Jeder Stimmenrückgang der NSDAP bei den Wahlen, jeder Streit in ihren Reihen wurde als Ende des faschistischen Aufschwungs, als Niedergang der nationalsozialistischen Bewegung gewertet.

Januar 1993

Wir wollen hier nicht die Entwicklung von 1933 mit der von 1993 gleichsetzen. Aber was wir aus der Geschichte lernen können, ist, wie verhängnisvoll es sich auswirken muß, wenn wir nur oberflächlich, von Augenblicksstimmungen ausgehen. Auch heute haben wir keinen Grund, die rechtsradikale, reaktionäre Gefahr für überwunden zu halten.

Zwar hat sich die politische Stimmung zuungunsten der Nazis verschoben; diese Stimmungsverschiebung deckt sich aber noch lange nicht mit einer Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, zwischen den sozialen und politischen Gruppen und Bewegungen in der Gesellschaft. Zwar haben Hunderttausende in den letzten Monaten deutlich gemacht, daß sie den braunen Terror ablehnen. Sind ihre Kerzen erloschen kehrt der überwiegende Teil von ihnen nach Hause zurück und überläßt die Entscheidungen weiterhin allein den gewählten Volksvertretern. Eine eigenständige Kraft, die in die gesellschaftliche Auseinandersetzung eingreifen könnte, stellen

»Die Deutschen investieren, die anderen parieren«

Unter dieser Überschrift schreibt die Süddeutsche Zeitung am 6./7. 2. 1993 zum Thema Asyl- und Außenpolitik:

»... Doch hat das größer gewordene Deutschland fast unbewußt damit begonnen, nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch machtpolitischen Einfluß auszuspielen. Die Zielrichtung entspricht den klassischen Interessen der Großmacht im Herzen des alten Kontinents: auf die kleinen Staaten Ost-, Mittel- und Südost-Europas. Ein Machtmittel ist indes neu: das deutsche Asylrecht.

Im Inland, aber auch im Ausland, ist die außenpolitische Komponente des Asylkompromisses fast vollständig vernachläßigt worden. Zu Unrecht... Denn mit dem Asylkompromiß haben deutsche Politiker – quer durch alle Parteien – zum ersten Mal seit mehr als 50 Jahren nach Art einer Hegemonialmacht ungefragt über zwei, ja drei, Nachbarstaaten verfügt. Indem man in Bonn Polen, die Tschechische Republik und Österreich einseitig zu 'sicheren Drittländern' erklärte, wurden sie ohne Konsultationen und zumindest teilweise gegen ihren Willen zu ausführenden Organen deutscher Interessenpolitik gemacht – so lauten unisono die Klagen aus Warschau und Prag.

...In der Praxis sollen Polen und die Tschechische Republik den Deutschen die Schmutzarbeit abnehmen: bei der unappetitlichen Grenzsicherung nach Osten (durch elektronische Überwachung, Radar und womöglich Grenzsoldaten) und bei der unschönen Abschiebung von Flüchtlingen. Deutschland schafft sich einen *cordon sanitaire*, hinter dessen Grenzen ... der Wilde Osten beginnt. Als Gegenleistung dürfen sich Polen, Tschechen und Österreicher einer Art 'Zentraleuropäischen Wohlstandssphäre' zugehörig fühlen – die Deutschen investieren, die anderen parieren.

Daß Widerstand gegen die neue deutsche Vormacht zwecklos ist, mußte man in Warschau und Prag mittlerweile erkennen ... Denn Bonn geizt nicht mit Druckmitteln. Den Polen etwa drohte man – wie in Warschau verlautete – unverhohlen mit der Wiedereinführung des Visa-Zwanges für polnische Staatsbürger ... Außerdem deuteten die deutschen Emissäre an, daß sie ja nicht unbedingt ein gutes Wort bei der EG einlegen müßten.

Auch die Tschechen haben bereits den neuen deutschen Stil kennengelernt. Als Innenminister J. Ruml unlängst Bonn besuchte, überrumpelte ihn – nach tschechischen Angaben – sein deutscher Amtskollege Seiters mit einem schon vorbereiteten Rückführungsabkommen. Ruml widersetzte sich der Forderung ... ein Papier zu unterschreiben, das die deutsche Grenze faktisch an die unmarkierte, neue tschechische Ostgrenze zur Slowakei verlegt hätte ...«

die Hunderttausenden (noch lange) nicht dar.

CDU/CSU, FDP und SPD: Weiter wie bisher

Die Veränderungen seit letztem Herbst sind also eher kosmetischer Natur. Es bleibt festzuhalten:

– Auch nach der Demonstration Hunderttausender, die auch ihren Unwillen gegenüber der Bonner Asylpolitk zum Ausdruck brachten, wurden die Pläne zur praktischen Aushebelung des Grundrechts auf Asyl von der Regierungskoalition zusammen mit der SPD beschlossen.

– Jetzt geht diese Koalition daran das Grundgesetz zu ändern, um der Bundeswehr einen Einsatz in aller Welt zu ermöglichen. Die neue imperiale Rolle der BRD soll eine militärische Absicherung erhalten.

– Die Verbote faschistischer Organisationen dienen eher dem Ziel, Aktivitäten vorzutäuschen. Eine konsequente Durchsetzung des Verbots aller faschistischen Organisationen oder gar deren Zerschlagung ist gar nicht beabsichtigt (siehe auch Artikel Seite 22). Hier kommt der ganze Zwiespalt, die Halbherzigkeit der bürgerlichen Parteien gegenüber dem Faschismus zum Ausdruck. Auf der einen Seite würde man die entsprechenden Organisationen gern im Zaum halten, auf der anderen Seite braucht man sie im Kampf gegen die »Linke«, erfüllen sie eine Funktion bei der Ablenkung von den gesellschaftlichen Ursachen für zunehmende soziale Verelendung und gesellschaftliche Unsicherheit.

Der entscheidene, für die nächste Zukunft bestimmende Faktor, aber ist die Durchsetzung des sogenannten Solidarpaktes. Die Kosten der »Vereinigung« sowie die Lasten der Krise sollen auf den Rücken der Arbeitenden, der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger abgewälzt werden. Über die »Notwendigkeit« des sozialen Abbaus sind sich die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie einig. Sie werden versuchen auch über die konkreten Schritte des Abbau-Programmes eine Übereinkunft zu erzielen. Eine möglichst breite Koalition in dieser Frage soll den möglichen Widerstand gering halten.

Währenddessen gehen die Unternehmerverbände daran die Tarifverträge in den neuen Bundesländern auszuhebeln. Die tariflich vereinbarte Anpassung an die Westlöhne soll aufgehoben und verschoben werden. Im Westen versuchen sie den Beschäftigten eine »Tariferhöhung« zu diktieren, die unter der Preissteigerungsrate liegt. Die öffentlichen Arbeitgeber haben mit dem 3%-Abschluß den Anfang gemacht. Die Gewerkschaften schwanken zwischen völliger Verunsicherung und totaler Anpassung. Aus den Apparaten der gewerkschaftlichen Organisationen ist kein ernsthafter Widerstand gegen eine Politik des sozialen Kahlschlags zu erwarten.

Entwarnung zu geben, vom Endes des braunen Aufschwungs zu reden, ist angesichts dieser innenpolitischen Situation nicht angebracht. Wir stehen erst am Beginn einer Periode, die für die abhängig Beschäftigten tiefe Einschnitte in ihrer persönlichen und materiellen Situation bringen wird. Sie wird auch zu einer Neugruppierung der politischen Lager in und zwischen den Parteien führen. Die augenblickliche gesellschaftliche Stimmung kann schnell umschlagen oder sich in ihr Gegenteil verkehren. Sie ist kein Fundament, auf dem wir in unserer politischen Arbeit bauen können. Trotzdem ist sie für unser politisches Wirken nicht unbedeutend oder unwichtig. Sie erleichtert es, uns zur Zeit Gehör zu verschaffen und auf die wirklichen Probleme und Widersprüche in dieser Gesellschaft zu sprechen zu kommen. Sie schafft die Voraussetzungen, damit wir über unseren engen Kreis hinaus politische Kontakte knüpfen können, auch wenn wir die Vorstellungen vieler Demonstranten und die Formen ihres Protestes für unzureichend oder falsch halten.

8. November 1992 in Berlin:

Über 300.000 gegen eine Änderung des §16

Mit 350.00 Teilnehmern – so die offiziellen Zahlen der Polizei und der Veranstalter – fand in Berlin die größte Demonstration seit der Wende in der DDR statt. Aufgerufen hatten alle im Parlament vertretenen Parteien – mit Ausnahme der CSU – Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Kirchen und Sportvereine etc. Was von den Initiatoren gedacht war als »Demonstration des guten Deutschland« vor allem gegenüber dem Ausland, als Medienereignis, live übertragen und ausgestrahlt in die halbe Welt, geriet zum Debakel. Das lag nicht in erster Linie an den Eierwürfen auf den Bundespräsidenten und an der Störung seiner Ansprache, sondern am Verlauf der Demonstration und dem Inhalt, dem die über 300.000 Teilnehmer ihr verliehen. Doch dazu später.

Die »Einheit der Demokraten« macht mobil

Es war schon eine merkwürdige Koalition höchst unterschiedlicher und gegensätzlicher Parteien und Organisationen, die sich zu einer gemeinsamen Demonstration zusammengefunden hatte. Was bewog die Parteispitzen von CDU und SPD, Landesregierungen, Lokalpolitiker und Bürgermeister, die nichts unversucht gelassen hatten, um aus der ausländerfeindlichen Stimmung politisch Kapital zu schlagen und die sie weiter schüren, gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften, den Grünen oder der PDS zu einer Demonstraation aufzurufen?

In den letzten Monaten – verstärkt seit den Pogromen von Rostock – nahm die Kritik an der bundesrepublikanischen Entwicklung, an der Haltung des Staates und der Parteien im westlichen Ausland zu. Der einstige kapitalistische Musterknabe, was seine innere Stabilität und die außenpolitische Verläßlichkeit betrifft, ist ins Zwielicht geraten. Das Bild des »häßlichen Deutschen«, die »Geister der Vergangenheit« wurden wieder lebendig. Besorgt fragten sich Kommentatoren in Brüssel, Paris, London oder Washington, ob die Bonner Parteien überhaupt willens und in der Lage sind, der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit und einem verstärkten Nationalismus entgegenzutreten. Bundesrepublikanische Politiker wurden auf ihren Reisen immer häufiger auf die Zustände in ihrer Heimat angesprochen. Ausländische Vertretungen und Unternehmen machen sich Gedanken, ob denn die Sicherheit ihrer Repräsentanten in der BRD, vor allem in den neuen Ländern, noch gewährleistet sei.

Immer wieder hatten in den letzten beiden Jahren Kreise aus Unternehmerverbänden und der deutschen Industrie darauf hingewiesen, wie notwendig die Wirtschaft ausländische Arbeitskräfte brauche und welchen Beitrag diese für die Sozialversicherungen leisten. Eine gezielte und gesteuerte Einwanderungspolitik statt des Anhängens an »irrationale Emotionen und Ängste«, fordern sie von den Politikern ein. Die innenpolitischen Auseinaandersetzungen sollen das internationale Ansehen der BRD nicht in Frage stellen, sie dürfen die Geschäftsbeziehungen der exportorientierten Industrie nicht beeinträchtigen.

Die Regierungsparteien, die Führung der SPD wollten mit der geplanten Demonstration »der guten Deutschen« am 8. November das ramponierte Image der BRD im Ausland wieder aufpolieren. Die kontroversen Fragen der innenpolitischen Debatte sollten ausgeklammert bleiben; sie durften nicht zur Spache kommen. So einigten sich die Initiatoren auf die so allgemeine wie unverbindliche Parole »die Würde des Menschen ist unantastbar« (Grundgesetz, Artikel 1) und den Bundespräsidenten als Redner. Mit seinem Image im In- und Ausland, als liberaler, menschlicher und verständnisvoller Politiker, hatte er die Aufgabe mit schönen Worten um die wirklichen Probleme herumzureden. Vor ihm sollte eine Quedlinburger Bürgerin auftreten. Sie hatte gemeinsam mit anderen eine Mahnwache gegen Angriffe auf das dortige Asylbewerberheim organisiert. Ihr Redebeitrag wurde verlesen, weil sie nicht bereit war auf der Kundgebung zu sprechen.

Die Absage der CSU

Ein kleiner Schönheitsfehler bei der geplanten »Manifestation der Demokraten« war die Absage der bayrischen



Landesregierung und der CSU. Ihr Vorwurf, gerichtet vor allem an die Bonner Koalitionspartner: Aufgabe der Regierung sei es zu regieren und nicht zu demonstrieren. Die geplante Kundgebung sei nichts anderes als ein Ausdruck der Hilflosigkeit. Außerdem wolle man nicht mit jenen demonstrieren, die eine Änderung des Asylrechts verzögerten oder verhinderten und somit zu den Problemen beitragen würden. Diese Kritik traf einen richtigen Kern, was sich am 8. November zeigen sollte.

Die Absage der CSU und der Landesregierung aus Bayern hat mehrere Gründe:

– Die CSU steht als bayrische Partei nicht unter so einem direkten Druck, sich vor der internationalen Öffentlichkeit rechtfertigen zu müssen, wie ihre Bonner Koalitionspartner.

- Sie fürchtet die Konkurrenz der Republikaner bei den Wahlen stärker als die CDU; ihre bundespolitische Bedeutung steht auf dem Spiel, sollte sich die rechte Konkurrenz bundesweit etablieren.

- Die CSU wollte und konnte ihren Mitgliedern und Anhängern den »Spagat« nicht zumuten: auf der einen Seite das Thema Asyl zur entscheidenen innenpolitischen Frage aufzubauschen, die Flüchtlinge als »Schmarotzer« und »Wirtschaftsasylanten« zu diffamieren und auf der anderen Seite für deren Menschenwürde zu demonstrieren.

Diesen Widerspruch bekamen die Führungen der anderen staatstragenden Parteien dann auf der Demonstration deutlich vor Augen geführt.

Die Vorbereitung der Demo

Noch wenige Tage vor dem 8. November waren sich die Bonner Parteien unsicher, wieviele Menschen ihrem Aufruf folgen werden, ob es ihnen gelingen wird, ihre Parteibasis zu motivieren. Von 50.000 erwarteten Teilnehmern wurde gesprochen, am 7. November diese Schätzung auf 80.000 nach oben korrigiert. Tagelang gab es in der Stadt keine Nachrichtensendung, keine Lokalberichterstattung, keine Zeitung, in der nicht die BerlinerInnen zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen wurden. Die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der etablierten Parteien sollte durch die Werbung der Medien ausgeglichen werden. Das gelang, jedoch nicht mit dem beabsichtigten Resultat.

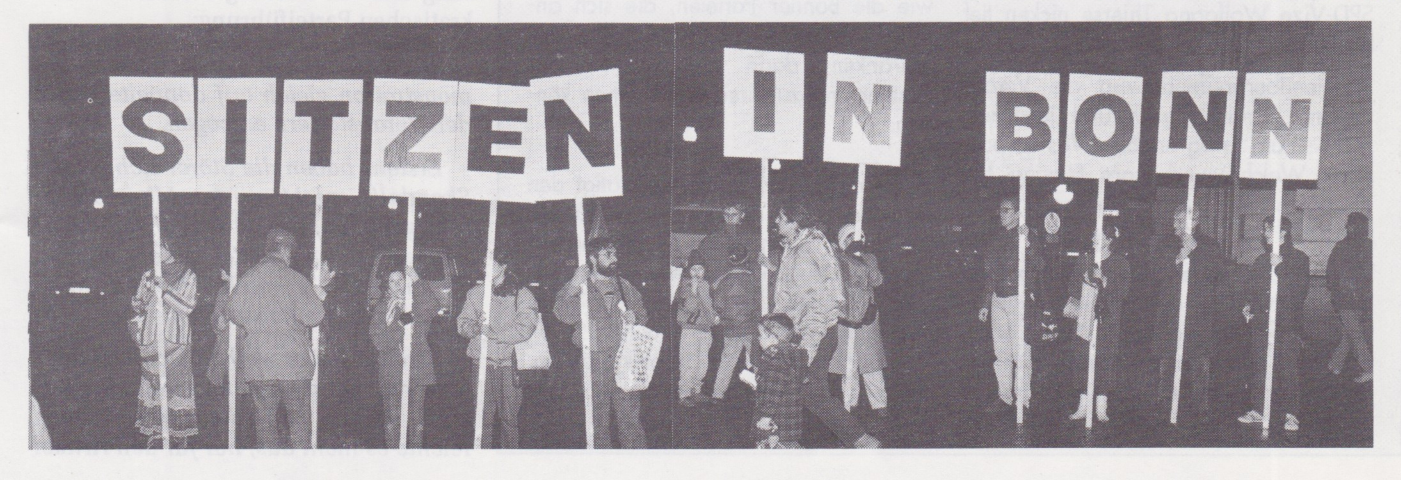
Ob in Schulen, Universitäten, sozialen Einrichtungen, Betrieben und Kneipen, die Demonstration wurde zum Stadtgespräch. Es blieb nicht mehr die private Entscheidung der Einzelnen, ob sie daran teilnehmen. Sie mußten sich unter KollegInnen und FreundInnen öffentlich erklären, das Für und Wider gemeinsam abwägen.

Bei vielen Menschen, die z.T. auch die Aktivitäten gegen den Golf-Krieg mitgetragen hatten, war in den letzten Monaten das Gefühl gewachsen, von der Entwicklung überrollt zu werden: von den täglichen Meldungen über Angiffe auf Flüchtlingsheime und Schändungen jüdischer Friedhöfe, von dem Marsch der Parteien nach rechts, ihrer mangelnden Bereitschaft dagegen ernsthaft vorzugehen, von dem gesellschaftspolitischen Klima, welches Minderheiten wieder einmal zu Sündenböcken macht, für eine Entwicklung, die sie nicht zu verantworten haben. Die Demonstration bot die Möglichkeit, sich öffentlich zu artikulieren, die eigene Sprach- und Hilflosigkeit wenigstens für einen Tag zu überwinden. Das gab letztendlich den Ausschlag für die Entscheidung zur Teilnahme. Fragen und Zweifel ob man/frau denn mit Kohl und Möllemann, Engholm und Lafontaine gemeinsam demonstrieren könne, traten demgegenüber in den Hintergrund.

In Schulen und Universitäten, auf Ämtern und in sozialen Einrichtungen, in Betrieben und auf gewerkschaftlichen Treffen, in vielen Fällen beschlossen Kollegen, Freunde und Bekannte gemeinsam zur Demonstration zu gehen. Ausländische Einrichtungen, Kulturvereine und Organisationen, die sich bisher aus den politischen Auseinandersetzungen in der BRD herausgehalten hatten, riefen zur Teilnahme auf. Auch die Oppositionsparteien (AL und PDS) und die Reste der verbliebenen Linken beschlossen, sich am 8. November zu beteiligen. Sie hatten schon für den 4.11. zu einer Demonstration aufgerufen, für all jene, die nicht gemeinsam mit Kohl marschieren wollten. 20.000 Menschen hatten daran teilgenommen, der größte Teil von ihnen ging auch vier Tage später wieder auf die Straße. Die AL hatte für den 8. November 2.000 Plakate mit der Forderung nach Erhalt des §16 drucken lassen; Kreise aus der »autonomen Szene« planten durch die Störung der offiziellen Reden auf die Heuchelei der Politiker aufmerksam zu machen.

Demonstration gegen die Asylpolitik der Bundesregierung

Die große Zahl von Demonstranten, die sich am 8. November versammelten, übertraf die Erwartungen der Politiker, warf alle Pläne über den Haufen. Weit über 200.000 Menschen hatten sich in überfüllten U-Bahnen und Bussen, z.T. in längeren Fußmärschen - die Verkehrsbetriebe waren überlastet und überfordert – auf den Weg zum Wittenbergplatz gemacht, dem westlichen Treffpunkt. Ein bunter Querschnitt durch die Westberliner Bevölkerung, darunter besonders viele ausländische Familien hatten sich hier gesammelt. Die 2.000 Plakate der Alternativen Liste fanden reißenden Absatz, viele selbstgemalte Transparente, auf denen der Erhalt des §16 gefordert, die Heuchelei der Politiker angeprangert wurde, auf denen Taten und keine leeren



Worte gefordert wurden, führten die Teilnehmer mit sich. Zwei Stunden dauerte es nach dem Beginn des Abmarsches ehe die letzten Gruppen den Wittenbergplatz in Richtung Kundgebungsort verlassen konnten. Dem Bild der Losungen und Transparente entsprach die Stimmung unter den Demonstranten. Kaum einer, der sich mit dem offiziellen Slogan begnügen wollte, der den Reden der Politiker noch Glauben schenkte.

Nur vereinzelt trugen einige wenige »Aufrechte« ihre CDU- oder FDP-Fahnen. Entsprechend auch der Empfang der Polit-Prominenz. Es gab keine größeren Parteiblöcke, in die sie sich hätten einreihen können. Genscher und Möllemann, mit wenigen Getreuen, umgeben von ihren zivilen Sicherheitsbeamten und begleitet von einem Polizeispalier, mußten sich während des gesamten Marsches die lautstarke Kritik (»Heuchler, Heuchler«) vor allem jugendlicher Demonstranten anhören. Es erhob sich kaum eine Stimme innerhalb des Zuges zu ihrer Verteidigung. Bundeskanzler Kohl, der sich am Brandenburger Tor einreihen wollte, machte vor der abweisenden Haltung der Demonstranten und vor Eierwürfen kehrt. Er ließ sich in einer Einsatzwanne der Polizei zum Kundgebungsort fahren. Hinter den Fahnen von SPD, Jusos und Falken sammelten sich Parteimitglieder und Anhänger, die den Kurs von Engholm und der Mehrheit der Parteispitze ablehnen und dies auf der Demonstration auch zum Ausdruck brachten.



Ein zweiter Demonstrationszug bewegte sich von der Gethsemanekirche zum Lustgarten. Hier sammelten sich die Ostberliner, darunter auch die Anhänger der PDS. Die Hausbesetzer und Autonomen bildeten einen eigenen festen Block. Ansonsten das gleich Bild wie im Westen. Die Forderungen nach Erhalt des Grundgesetzes und die Kritik an den großen Parteien bestimmten das Bild des Zuges.

Die Kundgebung, zu der die Spitzen der BRD-Gesellschaft aufgerufen hatten, wurde zu einer Demonstration gegen die Asylpolitik der Bundesregierung und die Haltung der sozialdemokratischen Parteiführung:

»In Wirklichkeit hat sich diese Demonstration gleich auf doppelte Weise den Veranstaltern entzogen.

Erstens haben die Störer sich zwar – Skandal! – nicht an den Minimalkonsens gehalten, der da lauten sollte: Wir können - ungeachtet aller übrigen Streitigkeiten - vereint für die Menschenwürde demonstrieren.

Zweitens aber wollten sich Hunderttausende mit diesem mageren Mindestziel nicht zufriedengeben. Ihnen reichte es nicht aus, nur für den Artikel

Der Spiegel (47/1992) schreibt über den 8. 11. 92 unter der Überschrift:

»Die geklaute Demo«

»Vergleichbares gab es noch nicht: Den 350.000 Teilnehmern einer Großdemonstration kommt nach stundenlangen Fußmärschen ihre Demo abhanden. Erst wird sie von ein paar Chaoten gestört, dann von den elektronischen Medien zerhackt und schließlich von der Politik beschlagnahmt. ... Nach den Eierwürfen läßt der bekannt ARD-Eierkopf, Jürgen Engert, im Fernsehen ölige Betroffenheit ab. Sein Studiogast Michael Wolffsohn, ein Historiker, darf dem gestörten Umzug unwidersprochen die düstere Vision eines Bürgerkrieges andichten. Die Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth und SPD-Vize Wolfgang Thierse nicken tief beeindruckt. ...

Parteienübergreifend wird die Veranstaltung - nachträglich und jetzt erst recht - zum Erfog erklärt. Was ist passiert? Welch wunderbare Fügung hat die politische Klasse in ein Boot mit der Mehrzahl der Demonstranten gebracht?

Weder die sogenannten Autonomen noch der weniger autonome Chefredakteur haben dies vermocht. Es ist allein die hohe Kunst der Heuchelei, die hier die Grenzen verwischt und Gemeinsamkeiten auch da vortäuscht, wo es keine gibt.

Die Demonstranten hätten durch ihre Teilnahme "ja zu diesem Staat" gesagt, erklärt der Bundeskanzler. Haben sie auch ja zu seinem Staatsverständnis gesagt - etwa zum Staatsmann Helmut Kohl? Den Transparenten und Parolen war dies nicht zu entnehmen, auch nicht den Gesprächen der Demonstranten.

"Hände weg vom Artikel 16" lautet die eine Parole, "Ihr Politiker seid Heuchler" die andere Botschaft. Es ist schleierhaft, wie die Bonner Parteien, die sich anschicken das Grundrecht auf Asyl einzuschränken, darin ein Zeichen der Zustimmung zu ihrer Politik sehen können.

Der Bundeskanzler selbst bestätigt den Demonstranten, daß sie nur als Kulisse für ein Staatsschauspiel eingeplant waren, das Deutschlands Ansehen im Ausland heben sollte. Nicht die Wurfgeschosse gegen Richard von Weizsäcker sind Helmut Kohls Problem, sondern das Mißlingen der Show...«

"Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet..."

Das AusländerInnen-Gesetz

Aus dem Inhalt:
Das neue AusländerInnen-gesetz: Aufenthaltsstatus, Ausweisungstatbestände, Verbot der polit. Betätigung; das Ausländerzentral-register; Ausländerrecht im Kapitalismus, 36 Seiten A4, Einzelpreis: 3,- DM, ab 5 Ex. 25%
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14

Totgesagte leben länger...

Materialien zur Sicherungsverwahrung mit einem Erfahrungs-bericht des Gefangenen Claus Goldenbaum
erschienen
im Kamalatta-Verlag, Kiel
Inhalt:
R. Schäfer-Eickermann: "Was ist und wie funktioniert Sicherungsverfahrung?", Klaus Rüther: "Strafen um jeden Preis", Claus Goldenbaum: "Du kommst nicht mehr als Mensch zurück" - ein Erfahrungsbericht, Sicherungsverwahrung: Die Roßkur der Sozialhygiene
112 Seiten A5,
Preis: 12,- DM,
ab 5 Ex. 30 %
Bestellungen an:
Rote Hilfe Literaturvertrieb
Postfach 6444
2300 Kiel 14

1 des Grundgesetzes zur Demonstration zu gehen und unterdessen den Artikel 16 zur Disposition zu stellen. Nur weil so viele Bürger der Meinung waren, zur Menschenwürde gehöre auch der unverkürzte Schutz des Asylrechts, kamen weitaus mehr Teilnehmer zusammen, als selbst Optimisten erwartet hatten. Insofern war es auch eine Demonstration in der Demonstration, ein Protest gegen die allzu bescheidene Zielsetzung der politischen Veranstalter.« (Zeit, 13.11.92)

»Der Feind steht links«

Der Schreck über den unerwarteten Verlauf der Demonstration schien den Veranstaltern in die Glieder gefahren zu sein. Hysterisch, fast panisch reagierten Politiker und Medienberichterstatter nach den Eierwürfen auf den Bundespräsidenten. 350 Krawallmacher hätten das gute Anliegen von 350.000 Teilnehmern zunichte gemacht. Nachdem sich die erste Aufregung gelegt hatte und die politische Prominenz merkte, welch ein Armutszeugnis sie sich durch eine derartige Darstellung selbst ausstellte, versuchte sie, die Demonstration für sich in Beschlag zu nehmen. Die Kundgebung sei insgesamt ein Erfolg gewesen, hieß es nun, Hunderttausende wären für diesen Staat auf die Straße gegangen. Die Störung durch eine handvoll linker Chaoten sei nur eine Randerscheinung. Durch Kritik an der Einsatzplanung der Polizei – sie hätte das verhindern müssen – und an der Berichterstattung durch den »Sender Freies Berlin« – sie habe die Störer unnötig aufgewertet – sollte von dem politischen Debakel für CDU und SPD abgelenkt werden. Die Frage, wieso denn hunderttausende sich von einer kleinen Gruppe ihre Kundgebung kaputtmachen lassen, wieso es den Parteien nicht gelang, wenigstens vor der Rednertribüne ihre Anhänger aufmarschieren zu lassen, wurde von kaum einem Journalisten oder Politiker gestellt.

Der Feind steht, wie gewohnt, wieder links. Von dem eigentlichen Anlaß für die Demonstration war keine Rede mehr. Die Parteispitzen konnten nach den Ereignissen am 8. November wieder zur Tagesordnung übergehen. Die Debatte über eine Änderung des §16 lief in gewohnten Bahnen weiter: Die SPD-Führung bereitete sich auf den Parteitag vor, auf dem sie den innerparteilich umstrittenen Kurswechsel in der Asylpolitik absegnen ließ, CDU und CSU machten weiter Druck auf die Sozialdemokratie, deren Bereitschaft zur Änderung des Asylrechts ihnen nicht weit genug ging.

Daß die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer die Vereinnahmung ihrer Demonstration nicht so einfach schlukken wollte, wurde am folgenden Tag deutlich. In einer Lokalsendung des SFB, in der die Hörer durch Anrufe ihre persönlichen Erfahrungen vom 8. November schildern und ihre Meinung darlegen konnten, sprachen sich alle Anrufer gegen die Verfälschung durch die Medien und die Politiker aus und hoben ihr eigenes Anliegen noch einmal hervor.

Bundeskanzler Kohl am 8. November 1992 in Berlin



ANZEIGE

SO-Tage - mehr als eine Ausstellung vom 25. 4. 93 bis 13. 5. 93 im SO 36

Als wir vor etwa 2 1/2 Monaten die Idee eines solchen Projektes für uns und Freunde aufs Papier brachten, ahnten wir nicht, wie schnell es derartige Ausmaße annehmen könnte. Mittlerweile haben wir aus unterschiedlichen Ecken positive Reaktionen gekriegt, so daß wir uns jetzt auch an die Öffentlichkeit trauen. Viele werden von den SO-Tagen noch nichts gehört haben. Deshalb stellen wir hier die Idee vor und laden euch gleichzeitig schärfstens dazu ein, euch mit eigenen Aktivitäten zu beteiligen.
Vorbereitungstreffen dazu ist am Sa, den 13.2. um 20 Uhr in der SFE im Mehringhof.

Der Rahmen: 3 Wochen Ausstellung im SO 36 mit
Schwerpunkten: Antifa/Antirassismus
Mieten/Umstrukturierung/
Hauptstadt (zusammen mit)
Gegenkultur
Internationalismus

jeweils von Sonntag bis Donnerstag
Wochenendes Kiezdiscos/Konzerte der SO-Crew
Beginn: So, der 25. 4. (eigentlich wollten wir wegen dem 20. 4. schon am 19. 4. mit der Antifawoche anfangen Das klappt aber nicht, weil die SO-Crew für die Woche drauf schon einen festen Termin ausgemacht hatte und am 20. 4. und 1. Mai traditionell zu macht)
Ende: Do, den 13. 5. (wenns nicht vorher im Chaos strandet)
Das heißt, für ein Schwerpunktthema knapp 5 Tage Zeit, wobei inhaltlich die Grenzen fließend sein könnten.

In unserem Konzept sind bisher keine extra Frauen- oder Männertage vorgesehen (was nicht ausschließt, daß es Veranstaltungen "nur für Frauen" (Männer) innerhalb der Schwerpunkte gibt).

Wir, die wir u.a. als Fotomenschen häufig bei diversen Aktivitäten in diesen Bereichen dabei sind, haben den Eindruck, daß es zur Zeit kaum sowas wie gemeinsame Kampagnen, Bewegungen... gibt. Nicht, daß nichts los wäre, aber vieles läuft isoliert nebeneinander. Wenig Austausch, wenig Auseinandersetzung und wenig Aufforderung an andere Menschen sich einzuklinken. Daraus entstand die Idee, mit der Fotoausstellung auch für bisher nicht Beteiligte die diversen Aktivitäten ansprechend darzustellen und gleichzeitig zu versuchen, stadtweit einen Rahmen zu geben, wo sich die unterschiedlichen politisch aktiven Menschen treffen und austauschen könnten.

Als Gerüst wird es auf jeden Fall die Foto-Ausstellung von Umbruch geben und wenn sich genügend Menschen beteiligen, ein regelmäßiger Cafe-Betrieb, so daß Leute auch einfach nur mal gucken kommen können. Wünschen tun wir uns darüber hinaus allerdings einen großen aktiven Teil, wo die "GuckerInnen" zu "AkteurInnen" werden. Dazu soll es vielfältige technische Möglichkeiten geben. Von Fotolabor, Farben, Druckmaschine, Videokamera, Siebdruck über weiß der Teufel was noch. Parallel zu den Ausstellungen wird das Ganze lebendiger, je mehr Leute sich mit eigenen Beiträgen, Veranstaltungen, Filmen, Aktionen beteiligen. Wir sind gespannt, wieviel Leute sich für so 'ne Idee begeistern können, aus dem Ganzen eine Art "Tuwas-Festival" zu machen, wo viel Platz ist, sich auszutauschen, die unterschiedlichen Ideen und Ansätze darzustellen, rumzuspinnen, spontan loszuziehen, zu feiern zu streiten und vielleicht sogar über die SO-Tage hinaus neue Ideen, Kampagnen in den unterschiedlichen Kämpfen zu entwickeln.
Klasse wäre natürlich, wenn die SO-Tage auch was Scene-sprengendes haben. D. h., das eben nicht wieder ein kleiner Teil der Autonomen für ihren Zusammenhang da was hinstellen und die meisten anderen mehr oder weniger konsumieren, mitleidig lächeln oder mal kurz zum abrotzen vorbeikommen. Ja, ja, schon klar, wir sind halt Optimisten... Wie wärs z. B. wenn Walter aus dem "Elefanten" dort mal erzählen würde, wie er als Wirt so ne schrittweise Veränderung vom Kiez mitkriegt; wenn die ImmigrantInnen aus dem Haus in der Adalbertstraße berichten, wie sie dort leben; wenn die ErstbesetzerInnen des Rauch Hauses und die, die jetzt dort wohnen, mal darstellen, was sie davon noch immer meinen: zusammen leben, wohnen, kämpfen..., wenn die SchülerInnen, Lehrlinge... aus Hohenschönhausen, Erkner, Nauen, Königwusterhausen... mal einen Abend gestalten, von ihren Städten berichten und wie sie denn eigentlich unsere Unterstützungsaktionen finden; wenn es in der Internationalismus-Woche nicht nur über El Salvador, Kurdistan... geht, sondern darum, wie denn so ein Internationalismus hier eigentlich im Alltag aussieht. Z. B. wo wir den ausländischen Genossen/innen eher fremd sind oder umgekehrt oder wo es tatsächlich zaghafte Ansätze von gemeinsamer Auseinandersetzung, zusammen leben, Kultur, kämpfen... gibt; wo die Nerv-Auseinandersetzungen zur Zeit in der Interim über Vergewaltigung in der Scene, Schwarzer Kalender, Heroin/Schwarzbirnen im EX... vielleicht mal anders ausgetragen werden; oder wo wir statt haufenweiser Sabbelabende mal ein paar andere Feste auf die Beine stellen. Grenzüberschreitungen sind schärfstens erwünscht. ...

Ein Teil dieser, und ne Menge weitere Geschichten werden erstaunlicherweise bereits schon jetzt vorbereitet. Aber da wir schweigen können wie ein Grab, müsst ihr schon selbst am 13. 2. in der SFE vorbeikommen, wenn ihr Genaueres erfahren wollt.



Bis dann!



Im Jugendtreff Groß-Klein treffen sich – neben normalen Jugendlichen (siehe oben) – auch Nazi-Skins

Die Pogrome und Übergriffe der letzten Jahre werden belohnt durch zielgruppenorientierte Jugendarbeit. Mit Bestechungsmitteln wird versucht, die rassistischen Randalierer, die Jugend überhaupt, in die saubere deutsche Gesellschaft zurückzuholen. Als Antwort auf Rassismus werden Sozialpädagogische Projekte ausgearbeitet.

Versteckt hinter einigen Projekten gelingt es Kadern der faschistischen Organisationen, ihr Fußvolk zu sammeln. »Autonome« Gruppen von Rechtsextremen richten selbstverwaltete Jugendzentren ein.

Mit dem folgenden Beitrag wollen wir einige Tendenzen in der gegenwärtigen Jugendpolitik beschreiben und kritisieren. Ein Schwerpunkt liegt bei Projekten, in denen Faschisten aktiv und einflußreich sind. Da einige dieser Projekte von Bonn aus finanziert werden, wollen wir uns das entsprechende Programm genauer anschauen. Informationen zum Lichtenberger »Auer-Club« findet ihr auch im Artikel zum Mord an Silvio Meier.

Der anschließende Diskussionsbeitrag ist noch viel zu wenig diskutiert. Die Diskussion über rechte Jugendarbeit, besonders aber über linke Alternativen dazu, muß verstärkt geführt werden. Dazu wollen wir beitragen.

Rechte Tendenzen in Jugendclubs und faschistische Jugendarbeit werden uns bei Gelegenheit auch in Zukunft beschäftigen.

Das »Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt«

Zur Vorgeschichte – Jugendarbeit mit Rechten, Westberlin in den 80ern

Im allgemeinen wird behauptet, Sozialarbeit mit »rechten« Jugendlichen sei ein völlig neues Arbeitsgebiet. Daher gebe es auch keine Erfahrungen, auf die zurückgegriffen werden könne.

Bereits in den 80er Jahren gab es allerdings mindestens zwei Projekte mit rechten Jugendlichen. Diese Projekte waren von der Evangelischen Kirche oder wurden von ihr unterstützt. Eins war in Spandau, daß andere in Lichtenrade. In Lichtenrade wurde ein Streetworker vom Bezirksamt Tempelhof eingestellt, nachdem es in Lichtenrade, was zu Tempelhof gehört, öfter zu Auseinandersetzungen mit Skinheads und rechten Jugendlichen kam. Der Streetworker nutzte die Räume der Gemeinde Lichtenrade und mußte sich so mit den hauptamtlichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Kirche über seine Arbeit kritisch auseinandersetzen.

Um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen und ein gemeinsames Ziel zu verfolgen, fanden diese Auseinandersetzungen regelmäßig statt.

Die Jugendlichen des Projekts sagten sich teilweise von organisierten Rechten und rechten Parteien los. Sie versuchten sogar zu verhindern, daß Rechte an ihren Feten teilnahmen. Dieses Projekt wurde als erfolgreich eingeschätzt. Da die Stelle des Streetworkers nach zwei Jahren gestrichen wurde, gehen wir davon aus, daß der Senat Befriedigungspolitik betreibt.

Außerdem kann festgehalten werden, daß zu dieser Zeit der Schwerpunkt auf antifaschistischer und antirassistischer Arbeit lag. Es fanden damals Gedenkstättenfahrten statt und Seminare, wo z.B. über solche Projekte berichtet wurde. Bei solch einem Seminar berichtete eine Sozialarbeiterin aus Spandau, daß es damals schon Schwierigkeiten mit organisierten Faschisten gab, die versuchten, in den Projekten Jugendliche für sich zu gewinnen. Bekannte Faschisten wurden rausgesetzt,

aber es gab genügend Organisierte, die nicht so leicht zu erkennen waren. So konnten dort Anwerbeversuche und Propaganda nicht immer vermieden werden. Jugendeinrichtungen dürfen und sollen kein Überwachungsapparat sein. Wenn aber festzustellen ist, daß Propaganda für Rechte gemacht wird, muß eine Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und SozialarbeiterInnen stattfinden.

Zerschlagung und Abwicklung der DDR-Jugendpolitik

Wir wollen hier nur kurz die Voraussetzungen schildern, die mit der Abwicklung der DDR zur derzeitigen jugendpolitischen Krise in den neuen Ländern geführt haben.



Die Jugendpolitik der DDR wurde vor allem von der FDJ getragen. Diese hatte ein breites Angebot bis in entlegenste ländliche Regionen aufgebaut. Gerade aber von oppositionellen und rebellischen Jugendlichen wurde dieses Angebot nicht genutzt. In den sozialdiakonischen Einrichtungen der Kirchen konnten sie z.T. Freiräume entwickeln. Wir können hier keine umfangreiche Kritik der DDR-Jugendpolitik geben. Wir sehen allerdings auch einen Zusammenhang zwischen den rechten Einstellungen vieler ostdeutscher Jugendlicher und der autoritären und militaristischen Politik, die in der DDR propagiert wurde.

Nach dem Zusammenbruch der DDR bestand Jugendpolitik zunächst in der Zerschlagung der alten Strukturen, weitgehend, ohne sie durch neue zu ersetzen. Der Zerfall der FDJ, die Abwicklung der Betriebe, Rückübereignungen und Geldmangel, Kündigungen etc. führten zu einem regelrechten Vakuum an Jugendpolitik. Unter anderem wurden Clubs, Jugendzentren und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit geschlossen.

An ihre Stelle traten völlig konsumorientierte Angebote, die nur dem Profit des Betreibers dienen: Video- und Sexshops, Kneipen, große Disco-Veranstaltungen etc.

Die Linke versäumte alle Chancen, die sich aus diesem Zustand für die Entwicklung linker Strukturen ergaben.

Stattdessen entwickelte sich unter dem Einfluß faschistischer Organisationen und um die Auftritte von Bands aus dem faschistischen »Blood & Honour«-Netzwerk eine echte rechtsextreme Jugendbewegung, die stetig an Breite gewinnt. Rechte Jugendliche dominieren heute viele Jugendzentren. Projekte, in denen es ihnen nicht gelingt sich breit zu machen, versuchen sie durch Angriffe kaputt zu machen.

1991 wurde auch Bundesjugendministerin Merkel darauf aufmerksam, daß Jugendpolitik nicht nur in Kahlschlag bestehen kann. Das Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ) ließ sich das »Aktionsprogramm gegen Agression und Gewalt«, auch AgAG genannt, einfallen. Um das Programm bestehen etliche Gerüchte. Vor allem wird angenommen, es würden im Prinzip nur Nazi-Projekte gefördert. Wir wollen uns daher etwas ausführlicher mit dem Programm beschäftigen, Gerüchte aus der Welt schaffen, aber auch die zentralen Probleme und Fehler zeigen.

Von einem 20 Mio.-DM-Aktionsprogramm sprach Ministerin Merkel zum ersten Mal im Rahmen der Aussprachen des Bundestages zum Pogrom von Hoyerswerda am 10.10.1991. Seit Frühjahr 1991 gab es im BMFJ Beratungen zum Problem der »Jugendgewalt«. Die konkreten Planungsschritte erfolgten in dem Zeitraum unmittelbar nach dem Pogrom. Im Dezember wurde das Programm der Presse vorgestellt.

Zur Zielsetzung des Programms: *»Die Jugendlichen von der Straße holen«*

»... die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet – um also die Aufmerksamkeit anderer, der Öffentlichkeit, auf sich zu ziehen; weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern, ihnen bessere Zukunftschancen bereitzustellen und sinnvolle

Betätigungsfelder zu eröffnen. Die Gesellschaft kann diese Jugendlichen zurückgewinnen, wenn sie diesen Hilferuf hört und aufnimmt.«

Diese Worte von Ministerin Merkel können als Grundlage des Programmes gelten.

Als Ziel des Programmes wird formuliert: *»... die jungen Leute 'von der Straße zu holen'«.* [Konzertierte Aktion Bundesjugendplan – KABI Heft 7 (zum Aktionsprogramm), 7.7] Diese Zielvorgabe ist unglaublich inhaltsleer.

Im wesentlichen besteht das Programm in der gezielten Förderung von 144 zielgruppenorientierten Einzelprojekten in 30 ausgewählten Brennpunktregionen. Dazu kommt eine umfangreiche und kostspielige Beratungs-, Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fortbildungsangebote.

Die Gelder sind den Ländern zugewiesen, das BMFJ hat sich ein Einspruchsrecht vorbehalten. Verschiedene Stellen im Rahmen des Programmes laufen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM).

Kein Geld für Opfer: Zielgruppenorientierung auf *»gewaltbereite u. gewaltgefährdeteJugendliche«*

Zu einem der am meisten verbreiteten aber dennoch falschen Gerüchte über das Aktionsprogramm gehört die Vermutung, das Programm würde fast ausschließlich faschistische Projekte fördern.

Im Rahmen des Aktionsprogrammes werden mit Sicherheit 6 Projekte gefördert, die mindestens zeitweise direkt faschistischen Strukturen genutzt haben. Zu diesen Projekten später mehr.

Im Übrigen fließen die 20 Mio. DM in unterschiedliche Projekte, von denen einzelne echte linke Ansätze haben. Andere liegen im Bereich betreuten Wohnens, Streetwork, in Jugendreisen und Kulturangeboten, schließlich in Projekten für jugendliche Straftäter.

Mehr als 30 der geförderten Projekte arbeiten mit rechten Gruppen. Das finden wir nicht prinzipiell verkehrt, wir kritisieren aber die oft unklaren Konzepte. Auch die übrigen richten sich schwerpunktmäßig an Gruppen von deutschen Jugendlichen. Wir haben dagegen genau 11 Projekte gezählt, die erklärtermaßen »AusländerInnen« in ihre Arbeit einbeziehen wollen. Fünf Projekte machen Mädchenarbeit. Nicht eines wendet sich an jugendliche Flüchtlinge. Genauso wenig zielt die Gewaltprävention im Sinne des Aktionsprogrammes auf Integration sogenannter »behinderter« Kinder und Jugendlicher.

Die Projekte mit Rechten zwingen diese faktisch in keinem Fall dazu, sich mit Linken oder mit »Nicht-Deutschen« auseinanderzusetzen, geschweige denn etwa mit Schwulen oder gar Lesben. Gefördert wird stets das Konforme, das »Normale«. Akzeptanz für das »Andere« zu erreichen, indem man für diese Menschen die Straße und die Jugendclubs verteidigt, ist nicht Ansatz des Programmes. Insgesamt wird versucht, einzelne Gruppen möglichst voneinander zu trennen.

Insbesondere die Clubs, noch mehr die in Eigeninitiative renovierten oder

AKTIONSPROGRAMM GEGEN AGGRESSION UND GEWALT (AgAG)

selbstverwalteten Zentren rechter Cliquen bergen die Gefahr, daß sich hier Zentren faschistischer Organisierung oder rassistischen Terrors entwickeln. Für uns ist ein solches Projekt in dem Moment gescheitert, wo die Jugendlichen langfristig durchsetzen können, daß Menschen aus Gründen ihrer Herkunft, Abstammung etc. nicht daran teilnehmen können.

Das Aktionsprogramm fördert in nur einem Fall potentielle Opfer - bei einem Selbstverteidigungskurs für Mädchen in Neubrandenburg. In der Regel wird versucht, frühere oder zukünftige Täter, besonders aber Jugendliche mit rechtsextremen Einstellungen in die Gesellschaft zurückzuholen.

In Einzelfällen werden Projekte gefördert, die für die Faschisten von Nutzen sind. Wir wollen hier nur diejenigen vorstellen, bei denen wir ganz sicher sind.

Ehrenamtliche Mitarbeiter im Dichterweg – Weimar/Thüringen

Das Projekt Vereinshaus/Jugendclub im Weimarer Norden will *»rechtsorientierten«* Jugendlichen eine *»Stätte der Begegnung untereinander, wie auch anderer Gruppen«* bieten. *»Eine letzte Identifikation«* hätte die Gruppe aber noch nicht gefunden. Vielleicht können hierbei ja ehrenamtliche Mitarbeiter aus dem Westen helfen, schließlich soll der Club *»Begegnungsstätte für Jugendliche zum Gedankenaustausch über politisch relevante Themen«* sein [Alle Zitate aus: Informationsdienst AGAG 1/92, S.80].

Wie dieser Gedankenaustausch konkret aussieht, war im SFB-Stadtgespräch am 11.9.1992 zu sehen: Eine große Gruppe Nazi-Skins lauscht andächtig rassistischen Parolen, die aus dem »off« zu ihnen dringen. Es spricht ein »ehrenamtlicher Mitarbeiter«. Als er mit der Parole »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« seinen Vortrag beendet, gibt ihn ein Kameraschwenk als Heinz »Nero« Reisz zu erkennen, Funktionär der regionalen GdNF-Organisation »Deutsches Hessen«. Einem Artikel von R.Fromm und Th.Leif in der Wochenzeitung FREITAG zufolge [FREITAG, 4.10.92] kommen seit 1991 unregelmäßig solche »Ehrenamtlichen Mitarbeiter« von der GdNF – auch von DA-Gruppen aus Rheinland-Pfalz und Sachsen – in den Dichterweg.

»Die Gruppe vom Dichterweg sieht derzeit ihre Hauptaufgabe in der Verbreitung ihres rechtsextremen Gedankengutes und ihrer Selbstdarstellung. Weder die Stadt, noch die Sozialarbeit haben derzeit eine durchdachte Konzeption, wie auf diese Entwicklung reagiert werden sollte. Die Neo-Nazis nutzen den Jugendtreff folglich ungehindert zur Politisierung der frustrierten Jugendlichen.«

Da Th.Leif einen fast wortgleichen Artikel zum Aktionsprogramm, der lediglich in der Kritik weniger hart ausfällt, bereits eine Woche vorher im Berliner Tagesspiegel veröffentlichte [Tsp, 29.9.1992], dürften die Vorkommnisse im Dichterweg zumindest in Berlin bekannt sein. Aber Berlin ist nicht Regierungssitz, und das BMFJ ist weit weg. Frau Merkel war allerdings in Weimar und besuchte das Haus, dessen Erdgeschoßfenster vermauert sind. Unter der Reichskrigsflagge sitzend, hatte sie einen eher positiven Eindruck [Vgl.Stuttgarter Zeitung, 16.10.92].

Spenden für Sarajevo – Eine Etage für die DA in Hoyerswerda

Ob unter den Kadern des sächsischen Flügels der »Deutschen Alternative«, die den Weimarer Dichterweg besuchen, auch solche aus Hoyerswerda sind? Möglicherweise der Landesvorsitzende Roman Danneberg? Entgegen der oben zitierten Meinung von Frau Merkel ist die trostlose Plattenbau-Stadt in der Lausitz eines der Zentren dieser mittlerweile verbotenen ostdeutschen GdNF-Vorfeldorganisation. Ihre Kameradschaft, die sich wöchentlich in einer Etage des Jugendclub WK 10 trifft, besteht aus ca. 20 bis 30 Mitgliedern.

Als Anlaß für die Ankündigung des 20 Mio.-Programmes mußte das Sächsische »Klein-Chicago« natürlich auch zur Schwerpunktregion erklärt werden. Das Projekt »Mobile Jugendarbeit in Hoyerswerda« verspricht die Schaffung eines *»Jugendtreffs als Anlaufstelle und Raum für stigmatisierte Jugendliche«*. Dieser letzte Begriff (er bedeutet ungefähr: abgestempelt) ist im Vokabular des Aktionsprogrammes immer mit rechtsextreme oder faschistische Jugendliche zu übersetzten. Der Jugendclub WK 10 wurde von Nazis besetzt. Nach der Besetzung stimmte



DIESES PLAKAT . . .
enthält die Namen aller Menschen, die seit der »Wiedervereinigung« bis Ende 1992 von Faschisten ermordet wurden – zumindest die, deren Tod in diesem Zusammenhang bekanntgeworden ist.

Es ist zweifarbig und DinA1 groß. Wir verschicken es nur gegen Vorkasse (bar, Scheck oder Briefmarken).

Preise pro Plakat inkl. Versand: 1–3 Stück: 5,00 / 4–10 St.: 4,00 / ab 11 St.: 2,50 DM

Zu bestellen bei:
EDELWEISS-PIRATEN
Gneisenaustraße 2a
W-1000 Berlin 61

die Stadt einer Nutzung zu. Die hierfür eingestellten Sozialarbeiter sind mehr oder weniger offene Sympathisanten der DA-Faschisten: »Ich finde es besser, wenn sie organisiert sind« sagt einer von ihnen [FREITAG, 23.10.92]. Der Chef des polizeilichen Streifendienstes freut sich denn auch, daß die Nazis Spielzeug für Kinder in Sarajevo sammeln, und im einstmals »ausländerfreien« Hoyerswerda nun wieder 16 (in Worten: sechzehn) Flüchtlinge aus Bosnien akzeptieren. Hoyerswerda habe keinen harten, brutal auftretenden Kern von Rechtsradikalen mehr [Berliner Morgenpost, 29.6.1992]. In Deutschland fallen die Faschisten mal wieder vom Himmel, um dann plötzlich spurlos zu verschwinden.

Politisch verantwortlich für diese Zustände zeichnet Martin Schmidt, Dezernent für Kultur, Bildung und Soziales der Stadt Hoyerswerda. Schmidt weist einen rechten Einfluß im WK 10 entschieden zurück, einen Angriff von Faschisten auf den linken Jugendclub »Linksabbieger« stellt er in Übereinstimmung mit der Polizei als unpolitischen Vandalismus dar.

Was für Gedanken Schmidt vertritt, wird in einem Artikel deutlich, den er im Herbst 92 in der Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft veröffentlicht hat. Entwurzelung, »Zuzug aus allen Regionen«, der die »traditionellen Familienbindungen« zerreiße und »Einschränkung des Wissens«, die »Heimat, Landschaft und Kultur zum Exotikum« habe werden lassen, macht er für die rassistische Gewalt verantwortlich. Daß er erklärt, in den »verwechselbaren Betonbauten« der Städte sei Orientierung nicht möglich, ist für die Stadt Hoyerswerda verständlich, erinnert aber allzusehr an die großstadtfeindliche Propaganda, wie sie verschiedenste konservative bis faschistische Kräfte traditionell betreiben. Hier noch eine Blüte: »Die hohe Frauenarbeitslosigkeit reduzierte das Familienleben...«. Unverständlich, warum er dennoch Aufrechterhaltung der Frauenberufstätigkeit fordert. Oder: »...Randalen - die zuletzt von zwei Jugendeinrichtungen mit Unterstützung von außen - über die Stadt hereinbrachen...« Über die Stadt. Nicht über die Flüchtlinge. Von außen. Doch nicht von den braven DAlern. Hereinbrachen. Nicht angezettelt wurden. Aber mit Randalen meint Schmidt scheinbar sowieso die Demonstration gegen das Pogrom, die im Herbst '91 von der Polizei angegriffen wurde.

Im selben Artikel spricht er von »gewaltgeneigten, nationalistisch gesinnten Jugendlichen«, die den Jugendclub nutzten. »Die dort arbeitenden Jugendlichen sind nicht gewaltgeneigt.« sagt er dann dem FREITAG.

Der »WK 10« wird aus dem Aktionsprogramm gefördert, während der »Linksabbieger« durch eine Mieterhöhung in seiner Existenz bedroht ist. Zusätzlich zu den Angriffen durch Faschisten.

Rechte Schläger mit Schlüsselgewalt – der Sandower Jugendclub in Cottbus/ Brandenburg

Der Sandower Jugendclub ist ein Kernstück der Arbeit des »Jugendhilfe e.V.« Cottbus.

Der Verein entstand aus einer linken Initiative für die Instandsetzung eines Hauses. Das »Löwenzahn«-Projekt wird auch bis heute gefördert, scheint aber für eine linke Kultur in Cottbus nicht besonders nützlich zu sein. Der Vorsitzende des Vereins Jörn Meyer will aber weiterhin Geld für Linke zur Verfügung stellen. Bisher erscheint die Arbeit des Jugendhilfe e.V. eher rechtslastig. Nach dem Konzept akzeptierender Jugendarbeit wurden vier Streetworker angestellt. Zwei davon sind Punks. Aber einer dieser Punks wurde entlassen, weil er auf einem Camp gezielt einen Antifaschisten verprügelte. Soweit zum linken Standort der Streetworker. Meyer ist bemüht, bei der Neubesetzung der Stelle die Vorschläge der Linken in Cottbus zu erfüllen.

Zwei weitere Streetworker sind seit Jahren in der Nazi-Skin-Szene der DDR aktiv gewesen. Andy Muschik z.B., ein renommierter Schläger, der beim Überfall auf die Zionskirche 1987 dabei war, war seinerzeit ein guter Kumpel vom heutigen DA-Funktionär Karsten Wolter. Beide kamen gemeinsam in den Knast. Wolter, der früher aus der Haft entlassen wurde, holte seinen Kumpel bei seiner Freilassung vom Knast ab, um ihm mitzuteilen, daß ihm in der neugegründeten DA ein fester Platz reserviert ist. Für ein Vierteljahr waren sowohl Muschik als auch der andere Streetworker »Kolli« Mitglieder der Partei. Dann stiegen beide aus, und in ihrem Gefolge eine Reihe von Alt-Glatzen, die heute das Publikum des Sandower Jugendclubs ausmachen. Zwischen Muschik und Wolter war es zum Bruch gekommen, als sich herausstellte, warum letzterer früher frei kam. Im typischen Kameradschaftsgeist faschistischer Karrieristen hatte Wolter gegen seinen Kumpel ausgesagt. Wo Muschik, dessen Sohn Adolf heißt, trotz dieser Konflikte steht, wird aber noch deutlich werden.

Zunächst zum zweiten Szene-Streetworker. Christian Kollosche wird als kumpelhafter, umgänglicher Schläger geschildert. Als er etwa 30 rechte Glatzen zu einem Angriff auf ein linkes Zentrum führte, dann mangels anderer Ziele ein Auto von Antifas angreifen ließ, entschuldigte er sich später bei seinen Opfern [Vgl. die Schilderung im Telegraph 11/92]. Auf den ersten Blick wirkt der prügelfeste Kumpel tatsächlich wie geschaffen für den Streetworker-Job, zumal er glaubhaft machen konnte, daß er selber kein Nazi mehr sei. Aber seine Kontakte zur DA sind ungebrochen. Es gibt Hinweise darauf, daß er es war, der kürzlich bei einem DA-Treffen den einleitenden Vortrag zum Thema Jugendarbeit gehalten hat.

Der Jugendclub Sandow bot eine zeitlang tatsächlich Räume für die Kameradschaftsabende zunächst einer »Deutschen Hitler-Jugend«, dann der Jugendorganisation der DA. Mitlerweile läuft keine Parteiarbeit mehr in Sandow. Wolter hat für den Versuch sogar aufs Maul gekriegt, obwohl dabei auch die Feindschaft zu »Andi« eine Rolle spielen kann. Bei den Alt-Glatzen ist Parteiarbeit out. Das hinderte DA-Chef Hübner nicht, kürzlich eine Fete im Club zu besuchen.

Dem Angriff vom 31.10.1992, der oben geschildert wurde, ging ein Konzert der Nazi-Band »Märtyrer« im Club voraus. Konzerte faschistischer Bands gelten offenbar nicht als Parteiarbeit, auch, wenn sie von der DA organisiert werden. Möglich wirds, weil Streetworker Muschik Schlüsselrecht hat. Er leitet früher die »Skrewdriver Security Deutschland«. Der rabiate Schutztrupp der englischen Nazi-Band, die Flaggschiff des faschistischen Blood & Honour-Netzwerkes ist, kürzt sich »SS« ab. Das letzte Konzert im Club - mit Störkraft und Wehrwolf - fand erst kürzlich statt. Skrewdriver selber wollte bereits am 3.Oktober 1991 in Sandow spielen. Vom Jugendclub aus zogen Bandmitglieder los, um Linke und Ausländer zu jagen. Nachdem die Cottbusser Polizei die gesamte Besetzung bis auf Sänger Ian Stuart Donaldson festnahm, fiel der Auftritt flach. Seitdem traut sich die Band nicht mehr nach Deutschland, da ihnen hier Strafen drohen, und Donaldson ist darauf angewiesen, sich von Störkraft begleiten zu lassen.

Außer den oben geschilderten Angriffen lassen sich den Cottbusser Alt-Glatzen keine Angriffe in Cottbus anlasten. Heißt das und ihre parteipolitische Enthaltsamkeit etwa eine Läuterung? Die unorganisierten, »autonomen« rechten Prügler der Region Cottbus gehen, was Aktionen angeht, offenbar arbeitsteilig vor. Für Aktionen in Cottbus sind die Kameraden aus Spremberg, Senftenberg, Lübbenau zuständig, die Cottbusser arbeiten außerhalb. So kann der jeweiligen Szene nie direkt eine Terroraktion zugeordnet werden.

Die Jugendhilfe will im Rahmen mobiler Jugendarbeit auch einen Container für eine rechte Clique bereitstellen – wiederrum mit Schlüsselrecht, also zur weitgehend freien Verfügung. AntifaschistInnen enttarnten den jungen Ansprechpartner Sten Söhndel als organisierten Nazi-Kader, die Jugendhilfe wählte einen anderen aus. Eine Woche nach dieser Entscheidung veröffentlichte der Spiegel einen Artikel, der die Informationen der Antifas bestätigte. Nun soll der Container so geführt werden, daß Parteiarbeit nicht möglich ist.

Die Jugendhilfe Cottbus e.V. scheint bemüht, dennoch muß sie sich eine herbe Kritik gefallen lassen, da sie Personen wie Muschik und Kolli weiterhin stützt. Es ist auch nicht zu verstehen, warum in einer strukturschwachen Region wie Cottbus eine ABM-Stelle – entgegen den Bestimmungen – an einen Unteroffizier der Bundeswehr vergeben wird. Neben seinem Streetworker-Gehalt – Muschik bekommt 1500,- DM, Kolli vermutlich eben so viel – bezieht Kollosche nämlich den üblichen Sold, der ihm als Wehrdienstleistenden auf dem Flugplatz Cottbus Nord zusteht.

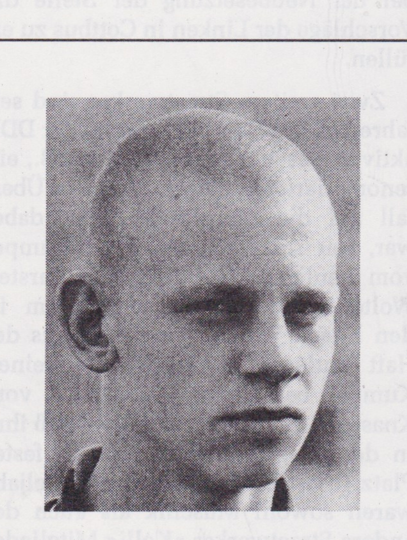
Vom Aktionsprogramm zur Aktion Pogrom? - Der Jugentreff Groß-Klein, Rostock/MV

Alle bisher genannten Projekte sind Projekte der offenen Arbeit bzw. in der Kategorie von AGAG Jugendclubs/Freizeitangebote. Gemeinsam mit den relativ unkontrollierten Zentren unter eigener Verwaltung legen die Projekte offener Arbeit im Rahmen des AgAG die unklarsten und gefährlichsten Konzepte vor.

Offene Arbeit läuft auch im ehemaligen Jugendclub Max-Reichpietsch, ein vom Jugendamt Rostock getragenes Projekt in einer nördlichen Satteliten-stadt.



Groß-Klein liegt direkt gegenüber von Lichtenhagen, mit dem es durch jene S-Bahnbrücke verbunden ist, die während des Pogroms vom letzten August traurige Berühmtheit erlangte. Brücke und Bahndamm bildeten das Rückzugsgebiet der Rassisten. Während die Öffentlichkeit die Bewohner Lichtenhagens allein für das Pogrom verantwortlich machte, gelangten die Nachbarbezirke Lütten-Klein mit seinem JN-Stützpunkt und Groß-Klein nicht so sehr in den Blickwinkel, obwohl mindestens die Jugenlichen von Groß-Klein genauso viel Verantwortung tragen, wie die Lichtenhäger.



Paule, 16, Schüler aus Rostock in einem Interview mit dem Stern:

»Aber wir werden weitermachen. Ruhe ist erst, wenn der letzte Ausländer raus ist.«

Möglicherweise hat der Jugendtreff dabei eine unrühmliche Rolle gespielt. An einem der Abende des Pogroms wurde der Club von AntifaschistInnen angezündet [Vgl. die Erklärung in der aktuellen Radikal und die FAZ vom 2.9.'92]. Er liegt unmittelbar hinter der Brücke, quasi gegenüber des Hochhauses, in dem die ZASt untergebracht war. Einige Tage nach dem Pogrom heulten dann einige sehr junge Besucher des Clubs über den Verlust ihres Jugendzentrums rum. Gelegenheit dazu hatten sie in einer Sondersendung des »Brennpunkt«. In Interviews hatten sie vorher ihre Teilnahme am Pogrom mehr oder weniger unmißverständlich klargemacht. Als lieber, braver, etwas verwirrter Skin trat Paul auf, mit dem man im Verlauf der Sendung regelrecht Mitleid bekommen konnte. Dieses Mitleid vergeht schnell, wenn man seine Aussagen im Stern vom 3.9.92 nachliest.

Im Mai 1992 nutzte die NPD-nahe »Hamburger Liste für Ausländerstopp« (HLA), die Jugendlichen des Clubs für ihre Propagandatätigkeit aus. Bereitwillig und flächendeckend steckten die jungen Leute die Haß-Propaganda, die das Pogrom vorbereiten half, in die Briefkästen [Vgl. Infoblatt 20a, S.10].

Über die Nazi-Szene in Rostock ist wenig bekannt. Eine besondere Rolle spielen hier die Konzerte faschistischer Skin-Bands im Umfeld von »Blood & Honour«. Ein Partner von B&H in Deutschland ist die Nationale Liste in Hamburg [Vgl. diverse Ausgaben der B&H-Fanzines], ihrerseits mit der HLA verflochten. NL-Führer Worch hat vermutlich aktiv am Pogrom teilgenommen. Konzerte von B&H-Bands finden

nicht selten und mit Sicherheit auch in Rostock in Jugendclubs statt. Gerade erst am 12.12.'92 wurde ein Konzert von »Endstufe« und den »Edwins« im Jugendtreff »Nautilus« verboten. Es ist interessant, zu wissen, daß ein Konzert mit »Störkraft« und »Endstufe« für den 18.8.1992 in Rostock geplant war. An diesem Dienstag ging der erste Drohanruf bei Rostocker Zeitungen ein.

Die zuständigen Behörden haben um die Vorkommnisse im Club gewußt. Die FAZ schreibt: »Schon im Februar habe sich die rechte »Szene« mit der Polizei und dem Innensenator (Magdanz, SPD. Anm. der Red.) von Rostock getroffen, hier im Clubhaus. Da sei dem Polizeichef gesagt worden: *»Wenn hier noch mehr Ausländer herkommen, dann protestieren wir.«*

In der Selbstdarstellung des »Jugendtreff Groß-Klein« ist angesichts der brisanten Situation ein vernünftiges Konzept nicht zu erkennen. Ministerin Merkel macht von ihrem Einspruchsrecht keinen Gebrauch, obwohl ein Jugendlicher ihr direkt und offen erklärte, daß VietnamesInnen das Jugendzentrum nicht betreten sollen. Das Projekt wird weiter gefördert. Projekte »offener« Jugendarbeit, in denen Jugendliche rassistische Einlaßbeschränkungen durchsetzen, sind im Rahmen der AgAG-Förderung Normalität.

Gewaltprävention für die Rückkehr in die »Zivile Gesellschaft«

Es muß noch einmal betont werden: Dies sind Einzelprojekte, Extrembeispiele aus einer weiten Bandbreite von Projekten. Es ist allerdings anzunehmen, daß sich weitere, ähnliche Beispiele finden lassen. Nicht alle Projekte sind aber »Naziprojekte«, wie etwa ein Artikel des »Frontblatt« glauben macht [11/92]. Einige Projekte arbeiten sehr gut, andere haben mindestens interessante Ansätze. Eine Kritik des Programmes, die gefährliche Einzelprojekte zum Kern hat, geht am Problem vorbei. Zu kritisieren sind die prinzipiellen Analysen, Einschätzungen und Konzepte, die Prämissen des Programmes. Auf dieser Grundlage werden die »Nazi-Projekte« möglich, auch wenn wir annehmen, daß eine direkte Stärkung faschistischer Strukturen nicht Ziel des BMFJ ist.

Jugendpolitik in der DDR hat es gegeben, auch wenn sie nicht unseren Vorstellungen entsprach. Sie wurde aber bewußt kaputt geschlagen. Es gibt also, entgegen den gängigen Behauptungen, jugendpolitische Erfahrungen in den neuen Ländern; auf sie wird nicht zurückgegriffen, weil sie die unerwünschten Erfahrungen einer zu beseitigenden Vergangenheit sind. Aus der Wende wird eine Art »Stunde Null« gezimmert. Die Schaffung völlig neuer jugendpolitischer Strukturen auf einem angeblichen »Neuland« wie auch die Beschäftigung mit rechten Jugendlichen fördert bei den hier tätig Werdenden eine Art Frontgeist, nach dem Motto: »Man muß den Mut haben, sich mit diesen Jugendlichen auseinanderzusetzen.« Was diese Helden der Jugendarbeit vergessen ist, daß AntifaschistInnen, ImmigrantInnen und eine Reihe gesellschaftlich weit mehr »stigmatisierter« Gruppen seit Jahren dazu gezwungen sind, sich mit den lieben »Rechten« auseinanderzusetzen - ob sie wollen oder nicht, aber nie für guten Lohn oder auf ABM beschäftigt.

Das zentrale Problem ist die Entpolitisierung der Auseinandersetzungen. Das kommt schon im Namen des Programmes zum Ausdruck: Es richtet sich gegen »Gewalt und Aggression«. Gewalt und Aggression werden in erster Linie psychologisch analysiert. Daraus ergibt sich, daß die Zielrichtung der Aggression zufällig sei, von äußeren Einflüssen bedingt, aber an sich nebensächlich. Aus der Unfähigkeit, eigene Probleme zu bewältigen, aus Mangel an Erfahrungen und Eindrücken, unverbrauchter Energie oder aus zu geringen menschlichen Beziehungen, Liebesmangel etc. entstehe demnach Aggression. Sie müsse entsprechend bewältigt werden. Diese Analyse ist Grundlage aller sozialpädagogischen Konzepte, die das Programm zu verfolgen sucht.

Wie absurd und eindimensional dieses »Frustrations-Aggressions-Muster« ist, hat Prof. Birgit Rommelsbacher von der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS) bereits Ende 1991 gezeigt. Anläßlich der Gründung eines »berufsbezogenen antirassistischen Netzwerkes« schmetterte sie diese Argumentation messerscharf ab:

»Wenn dieser Zusammenhang stimmte, müßten die Frauen, Flüchtlinge und Einwanderinnen ein weitaus gefährlicheres Aggressionspotential darstellen, als die rechten und in der Regel männlichen Gewalttäter.« [Tsp, 9.11.1991]

Während der Rassismus durch Asyldebatten geschürt, auf der kommunalen Ebene oft sogar zu ganz und gar nicht zivilen Aktivitäten ermuntert wird, wird scheinheilig eine »Zivile Gesellschaft« gepredigt. Grundlage einer solchen Gesellschaft ist das staatliche Gewaltmonopol und die »gewaltfreie« Austragung von Konflikten. In der Praxis heißt das im patriarchalen und kapitalistischen Staat freilich: Gewalt von oben ist hinzunehmen, Gewalt von unten ist unanständig.

In die scheinbar zivile, in die patriarchale kapitalistische Gesellschaft, können und sollen die jungen »Rechten« zurückgeholt werden. Können - weil sie die Grundlagen dieser Gesellschaft akzeptieren, weil ihre Gewalt und ihr Rassismus die Vollstreckung dieser Prinzipien bedeutet: Die reine, unverhüllte Gewalt von Männern gegen Frauen, der reine, erbitterte Konkurrenzkampf aller gegen alle. Wie das Rudel mit seiner Hackordnung den einzelnen Wolf stärken kann, so rücken die Menschen nach dieser sozialdarwinistischen Vorstellung unter dem Banner des (völkischen) Nationalismus

zusammen, um auf Kosten der übrigen Menschheit den eigenen Wohlstand zu sichern. Hier wird auch klar, warum linke Militanz so anders beantwortet wird: Sie zweifelt diese Grundlagen ja gerade an. Das Handeln der »Rechten« entspricht der Gesellschaftsordnung, es denkt sie konsequent weiter.

Aber so konsequent sollen die jungen Leute doch nicht denken, weil das vorerst den geordneten Ablauf kapitalistischen Lebens beeinträchtigt. Weil sich die Bewegung verselbstständigen und die Fronten sich verschieben könnten. Darum sollen sie in die brave Zivilgesellschaft zurückgeholt werden. Und genau hierrauf zielt das Programm.

»Jugendliche von der Straße holen« – und zwar männliche, weiße Deutsche – heißt nichts anderes als die Verschiebung der Probleme. Sie werden dann in den Familien ausgetragen.

Die theoretischen Grundlagen für die Entpolitisierung finden sich in einer Reihe unterschiedlich gut recherchierter Veröffentlichungen, von W.Heitmeyer über Seidel-Pielen/Farin bis zu Burkhardt Schröder, die die faschistische Bewegung vor allem unter dem Blickwinkel psychologischer Erklärungen für ihre Anhängerschaft unter Jugendlichen betrachten. Fundierte Beschreibungen rechtsextremer Strukturen und politischer Zielsetzungen finden bei PädagogInnen und SozialarbeiterInnen kaum Beachtung. Wir meinen ja gar nicht »Drahtzieher im Braunen Netz«, nicht einmal die Darstellungen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Es würde uns schon reichen, wenn die Damen und Herren einmal die wahrlich nicht linkslastigen Veröffentlichungen der Landesämter für Verfassungsschutz über Rechtsextremismus durchlesen würden.

Gewalt, losgelöst von poltischen Strömungen, als eigentliches Problem bestimmt die öffentliche Diskussion. Das eigentliche Problem ist aber Rassismus. Und Rassismus ist keine zeitweilige psychologische Verwirrung aufgrund schwieriger Umbruchsituationen, sondern eine Ideologie.

In einem beliebigen Fremdwörterbuch haben wir unter »Ideologie« die folgende Definition gefunden:

»Ideenlehre; polit. Grundvorstellung, die ein polit. Ziel bestätigen, begründen und erreichen will.«
[Mackensen: Das neue Fremdwörterbuch, Köln o.J.]

Es ist uns keineswegs gleichgültig, warum einzelne Menschen Ideologien übernehmen. Aber wir müssen feststellen: Es gibt in Deutschland eine Bewegung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, Deutschland nach rassistischen Kritierien »ausländerfrei« zu machen. Ihr Arm auf der Straße sind zum Teil jugendliche Gewalttäter, die die Ideologie, die diese Bewegung »bestätigen, begründen und erreichen« will, nicht immer voll verdaut haben oder gar formulieren können – obwohl schon viele Menschen verblüfft feststellen mußten, wie klar diese Vorstellungen sind und sich in Situationen fanden, in denen ihnen in ihrer intellektuellen Überheblichkeit die Argumente ausgingen.

Wenn also eine Ideologie und die zugehörige Bewegung als Problem erkannt werden, dann werden auch andere Ziele der Jugendarbeit verfolgt werden müssen. Dann geht es zunächst um die Isolierung derjenigen, die die Ideologie voll vertreten, verbreiten, mit ihr ein politisches Ziel verfolgen. Dazu muß man sie kennen, erkennen und entlarven können. Sich das nötige Wissen darüber zu verschaffen und die entsprechenden Argumente zu formulieren ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit jedes/r verantwortlichen Sozialarbeiters/in.

Es geht weiterhin um die Isolierung und Bekämpfung dieser Ideologie in den Hirnen derjenigen Jugendlichen, die noch erreichbar sind. Aber dazu muß man/frau eine eigene Meinung haben, offen und kontrovers vertreten. Jugendliche merken schnell, wenn sich jemand bei ihnen einschleimen will und unehrlich wird.

Argument für die Arbeit mit »rechten« Jugendlichen ist die Forderung, sie in ihren Problemen ernst zu nehmen. Zunächst einmal sollte man sie in ihren Aussagen ernst nehmen. Wenn sie sagen: »Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!« dann meinen sie dies ganz ernst. Sie haben ja auch bewiesen, daß sie bereit sind, dieses sehr klare und eindeutige Ziel mit allen Mitteln zu verfolgen und durchzusetzen.

Das Aktionsprogramm - ein Progpagandaschauspiel

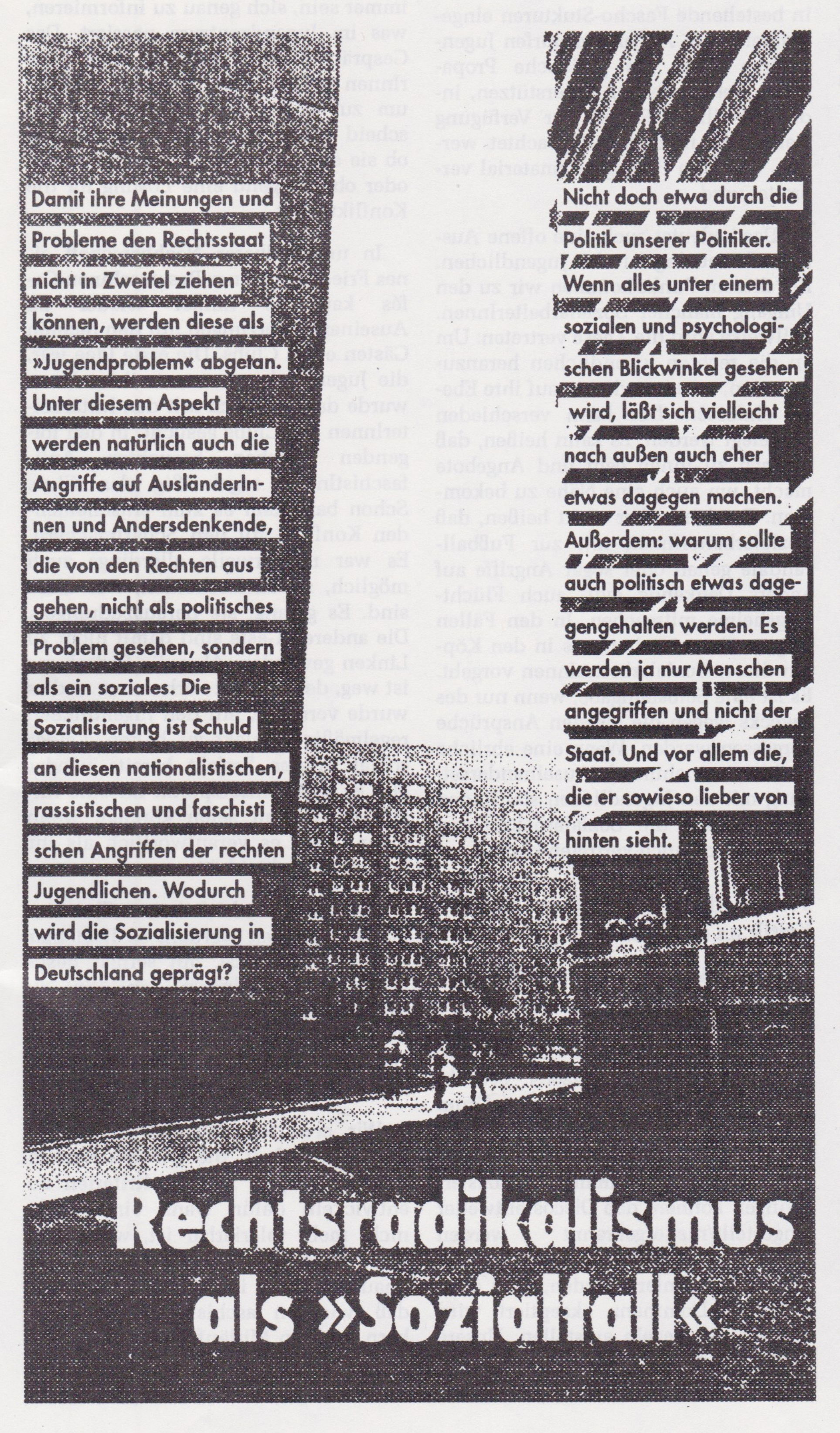
Wir haben uns während der Arbeit an diesem Artikel zeitweilig gefragt, ob wir das Aktionsprogramm nicht in seiner Bedeutung überschätzen. Tatsächlich ist es vor dem Hintergrund der allgemeinen Tendenz der Jugendpolitik zu Kürzungen, Einschränkungen und einseitigen Angeboten ein Akt propagandistisch aufgemotzter Augenwischerei.

Mit großem Medienrummel rückt das BMFJ das Programm als Beweis seiner Aktivität in den Blick der Öffentlichkeit. Ein Artikel des Neuen Deutschland vom 14.9.92 dokumentiert darüber hinaus, wie es dem Sozialministerium Sachsen-Anhalt gelingt, das selbe Programm, das der Bund ins Leben rief, als besondere Leistung des Landes zu verkaufen. Auch etliche regionale Jugendämter nutzen die geförderten Projekte, um zu beweisen, wie aktiv sie im Bereich der Jugendpolitik sind. So profitieren alle staatlichen Instanzen, von oben nach unten, von dem Medienspektakel. Frau Merkel fliegt dann auch schon mal im Hubschrauber in die neuen Länder - wie mutig - um sich vor Ort ein Bild zu verschaffen. Im Gefolge schleppt sie einen Schwanz von Presseleuten und Fernsehteams mit, damit auch ja viele Leute von ihrer Aktivität erfahren.

20 Mio. sind natürlich, verteilt auf 144 Projekte, abzüglich der Finanzierung der begleitenden Maßnahmen, nicht allzu viel Geld. Die Bundesministerin verweist auf die Zuständigkeit der Länder. Die Länder geben z.T. einen weiteren Zuschuß, verweisen aber auf die Zuständigkeit der Kommunen. Die Kommunen sind verschuldet, vom Finanzministerium aufgefordert, Sparmaßnahmen zu ergreifen. Der Deutsche Städtetag empfiehlt: Kürzungen in der Jugendarbeit. Alle Projekte der Jugendarbeit klagen über Finanzmangel, sogar wenn sie durch AgAG gefördert werden.

Und die Jugendlichen? Sie sind schön brav und zünden Flüchtlingsheime an; wo sie doch mal einen Club besetzten, und dem Staat ihr Recht auf Räume abtrotzen, richten sie den Faschisten ihre Zentralen ein. Und die Linke sitzt daneben, schaut zu, wie ihr ureigenster Anknüpfungspunkt, die Arbeit mit rebellischen Jugendlichen, systematisch von Faschisten übernommen wird.

Zur Diskussion:



So wird die Ausländerfeindlichkeit, der Rassismus, der Nationalismus, der Faschismus, der Sexismus und das Herrenmenschendenken, das von rechten und rechtslastigen Jugendlichen propagiert wird, nicht als politisch sondern als soziales Problem gehandhabt. Mit dieser Handhabung geht es eher darum, pädagogische Lösungen zu finden, als sie politisch ernst zu nehmen.

Einzelne Beispiele »schlechter Sozialisierung« werden für eine ganze Bewegung, die als Jugendbewegung gesehen wird, als Recht fertigung benutzt. Gerade wenn es um Gewalt als Aussagekraft geht, werden Beispiele genommen, wo Jugendliche aus Arbeiterfamilien oder geschiedenen Elternhaus kommen und somit sowieso eine schlechtere Grundlage hätten. Damit werden bestimmte Klischees aufrecht erhalten. Da ja in den Familien oft verbale Auseinandersetzungen nicht möglich seien, herrsche hier noch eher das Faustrecht. Mit solchen politischen und sozialen Einschätzungen werden Familien und Jugendliche diffamiert. Obwohl es ja gerade bei den Fascho-Kadern doch eher so ist, daß sie aus bürgerlichen Familien kommen und oft nicht allein mit ihrer politischen Überzeugung stehen.

Auf diese Weise läßt sich auch sozialpolitisch arbeiten. Die Kämpfe der ErzieherInnen für bessere Bedingungen für sich und die Kinder, die Zusicherung vom Aufbau neuer Kitas wurde und wird zurückgestellt. Stellen werden im Sozialbereich abgebaut, Gelder werden bei der Sozialhilfe eingespart. Aber ein Millionenfond für die Arbeit mit »rechten« Jugendlichen wird eingerichtet. Wofür? Um zu zeigen: es wird was gemacht im Sozialbereich. Die Gewalttäter von der Straße zu holen und ihnen Jugendzentren – nur für Deutsche – zur Verfügung zu stellen. Wo ist der multikulturelle Anspruch der SozialarbeiterInnen geblieben, der in den letzten Jahren so modern war?

Um sich nicht politisch mit der Gewalt der rechten Jugendlichen auseinanderzusetzen, werden für sie Möglichkeiten verschafft, deutschnationale Ansprüche in Jugendzentren hinein zu tragen. Das heißt für uns nicht, daß alle Projekte schlecht sind. Wir wissen, daß es auch einige gute gibt. Aber es geht um die Politik, die der Staat macht, und die von den SozialarbeiterInnen und von der Gesellschaft meist unreflektiert vertreten wird.

Was würde es für Kraft kosten, Jugendliche ernst zu nehmen, sie so zu behandeln, wie jeder selbst behandelt werden will. Andere Ansichten zu haben, diese den Jugendlichen verstehen zu geben, ohne sich dabei zu verkaufen. Es können unterschiedliche Meinungen bestehen und trotzdem nimmt man sich ernst. Doch wenn man sich einige Projekte ansieht und die Sozialarbeiter betrachtet, drängt sich die Frage auf, ob sie nicht teilweise dieselbe politische Vorstellung haben wie Teile »ihrer« Jugendlichen.

Das Problem liegt darin, daß das Konzept nur auf Gewaltprävention beruht, was bedeutet, die Gewalt, die die rechten Jugendlichen ausüben, soll abgebaut werden. Da ist es kein Wunder, daß es als Erfolg gesehen wird, wenn die rechten Jugendlichen statt Doc's nur noch Turnschuhe anziehen und sich angepaßter geben, aber hintenrum organisiert sind und ihre Propaganda weitergeben. Und die liberalen SozialarbeiterInnen sind davon überzeugt, das Richtige gemacht zu haben, nur weil jene nicht mehr so gewalttätig auftreten.

Unserer Meinung nach sollten SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen, die im Jugendbereich arbeiten, ein regelmäßiges Forum haben, damit ein Austausch unter den SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen entsteht. Mit einem regelmäßigen Austausch können bestimmte Schwierigkeiten umgangen werden. Wie zum Beispiel, daß bekannte Faschisten als Ehrenamtliche, Honorarkräfte oder sogar ABM-Kräfte arbeiten können. Ist es bekannt, daß einer ein offen auftretender Faschist ist, kann es auf diesem regelmäßigen Forum weiter gegeben werden. Damit kann verhindert werden, daß dieser in Jugendzentren Arbeit bekommt. Weiterhin müssen Diskussionen über faschistische Politik und bestehende Fascho-Stukturen geführt werden. Diese können nicht nur einmal als Fortbildung laufen, sondern müssen in die tägliche Arbeit integriert werden. Das bedeutet, daß der Senat dieses auch ermöglichen muß, indem er mehr Stellen bewilligt. Weiterhin sollten festgelegte Regeln in den Jugendprojekten bestehen, die vielleicht sogar projektübergreifend angewendet werden. Eine solcher Regel wäre unserer Meinung nach z.B., daß keine organisierten Faschisten in den Einrichtungen geduldet werden. Nicht als Mitarbeiter, egal ob ehrenamtlich oder fest angestellt. Nicht als Jugendliche, sobald ihre Position deutlich wird und es feststeht, daß sie in bestehende Fascho-Stukturen eingebunden sind. Außerdem dürfen Jugenzentren nicht die politische Propaganda der Faschisten unterstützen, indem sie ihnen Räume zur Verfügung stellen. Es muß darauf geachtet werden, daß kein Propagandamaterial verbreitet wird.

Das bedeutet auch eine offene Auseinandersetzung mit den Jugendlichen. Bei diesem Punkt kommen wir zu den Umgang mancher SozialarbeiterInnen. Teilweise wird die These vertreten: Um an die rechten Jugendlichen heranzukommen, müssen wir uns auf ihre Ebene einlassen. Das kann verschieden ausgelegt werden. Es kann heißen, daß mensch zu ihnen geht und Angebote macht, um auch eine Nähe zu bekommen. Das kann aber nicht heißen, daß SozialarbeiterInnen mit zur Fußballrandale gehen oder sogar Angriffe auf anders Denkende evtl. auch Flüchtlingsheime mitmachen. In den Fällen fragen wir uns schon,was in den Köpfen dieser SozialarbeiterInnen vorgeht. Es ist eine Selbstaufgabe, wenn nur des Zwecks wegen die eigenen Ansprüche vergessen werden. Wenn eine ehrliche und ernstzunehmende Auseinandersetzung mit den Jugendlichen stattfinden soll, müssen die SozialarbeiterInnen ihre Position auch vertreten können.

»Wir sind die Schärfsten« – eine Kritik an der Linken

Den Linken müssen wir nahelegen, daß sie sich mit den bestehenden Projekten auseinanderzusetzen haben. Denn nicht alle Projekte und Einrichtungen, die von »Glatzen« besucht werden sind Fascho-Projekte. Drum prüft intensiver nach, bevor ihr urteilt.

Es ist an sich schlimm, daß Nazis erzwingen können, daß Discos entweder eingestellt/niedergebrannt werden müssen, weil sie von Rassisten und Faschisten dominiert werden, oder aber, daß ihre Dominanz akzeptiert wird und sie die Regeln aufstellen. Unsere Politik muß sich darauf ausrichten, dieses »entweder-oder« aufzubrechen.

Auch wenn es im Einzelfall keine andere Lösung gibt - im Prinzip ist es ein Widerspruch zu linken Ansätzen, Jugendzentren zu zerstören statt sie aufzubauen.

In der Auseinandersetzung mit Jugendzentren, die von Rechten besucht werden, fordern wir daher von AntifaschistInnen eine ganz besonders gründliche Diskussion und Auseinandersetzung. Der erste Schritt muß dabei immer sein, sich genau zu informieren, was im Jugendzentrum passiert. Das Gespräch mit den dortigen MitarbeiterInnen sollte zuerst gesucht werden, um zu sehen, ob sie überhaupt Bescheid wissen, was bei ihnen passiert, ob sie ein vernünftiges Konzept haben oder ob es irgend eine Lösung für die Konflikte gibt.

In unmittelbarer Nachbarschaft eines Friedrichshainer BesetzerInnen-Cafés kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den rechten Gästen eines Clubs. Die erste Idee war, die Jugendlichen zu vertreiben. Dann wurde das Gespräch mit den MitarbeiterInnen des Clubs gesucht. In den folgenden Wochen besuchten AntifaschistInnen regelmäßig den Club. Schon bald kam es zum entscheidenden Konflikt mit den Scharfmachern. Es war mittlerweile allerdings auch möglich, zu unterscheiden, wer diese sind. Es gelang, sie herauszudrängen. Die anderen Gäste sind damit nicht zu Linken geworden. Aber die Bedrohung ist weg, der Club ist vorhanden, und es wurde versucht, mit den Jugendlichen regelmäßig Kontakt zu halten. Leider schläft dieses Projekt bereits wieder ein. Es hätte Ansatzpunkt für eine linke Jugendarbeit seien können, wenn mehr Linke es verantwortlich als ihr Projekt betrachtet hätten.

Sollte der Friedrichshainer Club einmal geschlossen werden, so liegt hier eine echte Chance, mit seinen BesucherInnen gemeinsam um ihn zu kämpfen. Und in diesem Kampf könnte der eine oder andere heute rechte Jugendliche linke Alternativen entdekken.

Wir erwarten von der Diskussion um Jugendarbeit, die wir mit diesem Artikel anregen wollen, Kriterien zu entwickeln dafür, wann ein Projekt nicht mehr tolerierbar ist, wann also eine politische Konfrontation damit unausweichlich ist. Und wir erwarten, daß zwischen faschistischen Drahtziehern, rechten Mitläufern und Unbeteiligten unterschieden wird. Ebenso erwarten wir, daß AntifaschistInnen

sich über die Vorstellungen und Konzepte der Projektleitung informieren.

Innerhalb der Linken bestehen keine Überlegungen für Jugendliche, interessant zu werden, damit die Linke weiter bestehen kann und auch »Nachwuchs« dazu kommt. Ein nachahmungswürdiges Beispiel ist die Villa Straußberg, die regelmäßig Konzerte und Feten macht. Dadurch ist sie ein wichtiger Ort für die Jugendlichen in der Umgebung geworden und wird auch genutzt.

Die Linke tritt oft als arroganter und ignoranter Haufen auf. Es stehen Ansprüche im Raum die kaum eine/r selber erfüllen kann oder will. Wir wollten anders sein als der Rest der Gesellschaft, was ist daraus geworden?

Die Leute sitzen in ihren (wenn überhaupt) »erkämpften Freiräumen«, den ehemals besetzten Häusern und sind dabei, sich selbst zu isolieren: »Kreuzberg ist tot, es lebe Kreuzberg«. Weiter geht es mit der Selbstgettoisierung. Nur ist es jetzt nicht mehr Kreuzberg, sondern kleinere Nischen. Wir müssen aus unserer Isolierung raus. Auf der Straße sollten wir sein, nicht nur bei Demos sondern um ansprechbar zu sein und Möglichkeiten zu schaffen um mit anderen ins Gespräch zu kommen. Nur wenige der »besetzten« Häuser sind so in der Nachbarschaft integriert, daß es unangenehm auffallen würde, wenn sie weg wären. Ist das der Sinn unserer Politik? Was ist mit der Offenheit unsere politischen Vorstellung zu verwirklichen und so andere von unserem Tun zu überzeugen? Diese Offenheit gibt es nicht, weil alle überzeugt sind, daß wir »besser« sind. Warum sollten wir irgend jemandem zuhören? Denn nur wir wissen die Wahrheit. Es ist nicht verwunderlich, wenn wir nicht ernst genommen werden, denn wen nehmen wir ernst ? Wie kann auch jemand ernst genommen werden, wenn ihm keiner zuhört. Wenn es nicht mal unter uns klappt, ist jeder Abspruch nach außen viel zu hoch.

In der Linken besteht ein Wissensmonopol. Wir wagen es nicht, unser Unwissen zuzugeben, aber auch niemand kommt auf die Idee sein Wissen weiterzugeben. Andererseits wird belehrend mit Menschen umgegangen, egal ob Jugendliche, AusländerInnen oder OstlerInnen. Keiner kommt auf die Idee, daß wir etwas von anderen dazu lernen könnten.

Wir müssen versuchen, aus unserem selbstgebauten Käfig raus zu kommen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden bzw. bestehende genutzt werden, um öfter zusammenzukommen. Wir müssen uns bei unserer Kritik alle mal selbst in die Tasche schauen Kritik annehmen und versuchen, die kritischen Punkte zu verbessern. Alle sollten mehr auf ihre Umwelt achten, um die Probleme zu verstehen, die die Menschen außerhalb unseres Dunstkreises haben.

»Heinisch«-Projekt Pfarrstraße 111



PFARRSTRASSE 111

Das umstrittene Projekt von Michael Heinisch ist zum 30.1.'93 ausgelaufen.

Mit Jugendlichen aus dem Lichtenberger Kiez hat Heinisch zwei Jahre lang ein Haus in der Pfarrstr. renoviert. Umstritten war das Projekt, weil er zu Beginn versuchte, drei Personen aus dem Führungskader der Nationalen Alternative durch dieses Projekt aus der Nazi-Szene herauszukriegen. Nicht nur von Linken wurde Heinisch kritisiert, weil sein Konzept stellenweise unklar war, weil er sich quasi alleine mit dem Projekt beschäftigte und den Nazi-Kadern ziemlich naiv gegenüber trat. Eine geschlossene Gruppe von Faschisten durch ein solches Projekt aus der Szene zu lösen, ist chancenlos.

Durch die regelmäßige Anwesenheit führender Nazi-Kader in unmittelbarer Nachbarschaft von linken, besetzten Häusern, die schon in der Vergangenheit immer wieder angegriffen wurden, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen. Da Heinisch trotz der Kritik die Nazi-Funktionäre weiter beschäftigte, wurde im Gebäude Feuer gelegt.

Heinisch schmiß die drei bekanntesten organisierten Faschisten - F.Lutz, I.Hasselbach-Pfannschmidt und H.Baumert schließlich aus dem Projekt. Noch im August '92 arbeiteten aber mindestens drei organisierte Faschisten in der Pfarrstr.111. Sie wurden dann im Herbst auch rausgeschmissen.

Ende '92 wurde Heinisch in Kreuzberg zusammengeschlagen. Wir halten das für ein völlig falsches Vorgehen. Heinisch mag naiv und unkritisch gewesen sein, er ist aber mit Sicherheit selber kein Faschist. Angriffe auf seine Person können nicht unsere Politik sein, selbst wenn wir sein Konzept kritisieren.

Anläßlich der Beendigung des ersten Pfarrstr.-Projektes hat Heinisch sein damaliges Vorgehen erklärt und selber kritisiert. Das sollten wir anerkennen.

Das Projekt, das er nun in der Pfarrstr.111 betreuen will, hat einen vielversprechenden Ansatz: Betreutes Wohnen für Trebekinder und -jugendliche aus dem Kiez. Personelle Überschneidungen mit den alten Pfarrstr.-Leuten gibt es nicht. Wir sollten Heinischs Projekt eine echte Chance geben.

»Die deutschen Demokratien sind mit den Rechtsextremisten immer wie mit bösen Verwandten umgegangen.«
(Ralph Giordano)

Verbote gegen Neonazi-Parteien

Nach den Morden von Mölln reagierte das Bundesinnenministerium auf die wachsenden Vorwürfe des In- und Auslandes, daß die staatlichen Behörden der BRD weitgehend untätig gegenüber der Gewaltwelle von Rechts bleiben. Es wurden eine Reihe von faschistischen Aufmärschen und Veranstaltungen untersagt, sowie vier Verbotsverfügungen erlassen. Betroffen sind die NATIONALISTISCHE FRONT (NF), die DEUTSCHE ALTERNATIVE (DA), der DEUTSCHE KAMERADSCHAFTSBUND (DKB) (Wilhelmshaven) und die NATIONALE OFFENSIVE (NO). In allen Fällen waren die Nazi-Kader durch Ankündigungen und lautes Nachdenken der Behörden vorgewarnt. In der Mitgliederrundschrift der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) war bereits im Oktober 92 ein Hinweis »aus dem Umfeld der NF« zu lesen, daß 2.000 Hausdurchsuchungen gegen das »Nationale Lager« im September und Oktober geplant seien, die im September in Sachsen begonnen hätten. Tatsächlich gehen die Behörden seit September wesentlich häufiger als je zuvor gegen Straftaten der Nazis vor, nachdem in den vorangegangenen Monaten fast eine Lähmung zu diagnostizieren war. Man hatte jahrelang zugesehen, wie die Neonazis Pogrome inszenierten, ein Organisationsgeflecht aufbauten, das sich politisch und paramilitärisch in über siebzig Vereinen formiert hat.

Bundesinnenminister RUDOLF SEITERS verstand vor allem die medienwirksame Präsentation des neuen Kurses gegen Rechts, ansonsten hält sich der Erfolg der Aktion in Grenzen. Am 23. November letzten Jahres wurde ein Verbot der NF bereits angekündigt und am 26. November meldet die Berliner Zeitung, daß Seiters gegen die NF, DA, NEK, DBI und die GdNF Verbotsverfügungen einleiten will, jedoch die zum selben Spektrum gehörende FAP, die NPD und auch die DVU vorerst nichts zu befürchten hätten. Nachdem die Nazis, bis auf einige ihrer Dümmsten, genügend Zeit hatten, Beweismittel bei Seite zu schaffen, begannen die Hausdurchsuchungen. Wenn die Zeit bestanden hat, die Verbote vorab zu verkünden, hätte auch die Zeit bestanden, die Begründungen rechtlich wasserdicht zu formulieren, doch gerade die rechtliche Haltbarkeit der Verfügungen steht auf äußerst wackligen Füßen. Beim Bundeswahlleiter eingetragene Parteien können eigentlich nur durch eine Klage beim Bundesverfassungsgericht verboten werden, jedoch nicht durch das Bundesinnenministerium.

Die Verbote sind im wesentlichen billige Effekthascherei, weil sie auf der einen Seite dilletantisch begründet und angekündigt waren und zum anderen, weil davon nicht die übergreifende Kaderstrukturen betroffen sind. Die GdNF als feste Kader-Organisation der Drahtzieher einer ganzen Reihe von Nazi-Vereinen, ist ebensowenig betroffen wie die mit der NF in der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG) arbeitenden Organisationen WIKING JUGEND (WJ) oder die NPD. Unberührt bleibt auch die HILFSGEMEINSCHAFT NATIONALER GEFANGENER UND DEREN ANGEHÖRIGE (HNG), in der Mitglieder der DA, der NF, der FAP, der NO usw. aktiv sind. Trotz der Verbotsklausel, die eine Bildung von »Ersatzorganisationen« untersagt, arbeitet der größte Teil der alten NF-Struktur heute legal als SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA).

»Reporter, Richter, Polizisten, Sie!«

Einer der zentralen Figuren des organisierten Neofaschismus, der Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER aus Hamburg, formulierte im Fernsehmagazin Panorama die Strategie der Nazis:

Rieger: *»Wenn jetzt tatsächlich diese ganzen Verbote durchgehen sollten, dann kriegen wir 'ne rechte RAF, da können Sie absolut sicher sein. Warten Sie's doch ab. Wenn der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, dann wissen Sie, es geht los. ... Nicht die Großen, da wird nicht der Präsident des Bundesverfassungsgerichtshofes oder was, alles Quatsch, das interessiert nicht. Aber die Gruppierungen, die sind dran.«*

Panorama: *»Reporter?«*

Rieger: *»Reporter, Richter, Polizisten, Sie!«*

Panorama: *»Wenn Sie sagen, Sie glauben es kommt so, wie geht es Ihnen dabei persönlich ?«*

Rieger: *»Was mir persönlich? Ich glaube nicht, daß ich auf der Abschußliste stehe, ha, ha.«*

Auf Jürgen Rieger geht der sogenannte »9 Punkte Plan zur Ausländerrückführung« zurück, der das Signal für die Welle von Anschlägen, Morden und Pogromen war: *»Wir müssen Ihnen den Aufenthalt so unbequem wie möglich machen!«* erklärte Rieger im April 1991.

NATIONALISTISCHE FRONT

Die NF ist zweifellos eine der aggressivsten Neonazi-Organisationen der BRD. Das wird nach außen hin nicht nur durch die direkte Bezugnahme auf die »Helden der Waffen-SS« dokumentiert, sondern wird auch durch den Einfluß, den die NF auf Mitglieder und Sympathisanten ausübt, unterstrichen. 1988 zündete das NF-Mitglied JOSEF SALLER in Schwandorf ein von türkischen ArbeiterInnen bewohntes Haus an, wobei vier Menschen in den Flammen starben. Die Brüder SVEN und KAI NANDO BÖCKER (verurteilt wegen Totschlags an Amadeu Antonio – Eberswalde) sollen laut dem »Neuen Deutschland« (ND) vom 28.8.92 regelmäßige Besucher einer Schwedter Wohnung gewesen sein, die als Anlaufpunkt eines NF-Kaders diente, der den Aufbau der Organisation im nördlichen Brandenburg betreute. Als am 12. November '92 der arbeitslose Metzger KARL-HANS ROHN von zwei Nazi-Skins in einer Wuppertaler Kneipe erst zusammengeschlagen, dann mit Alkohol übergossen und angezündet wurde, waren laut Zeitungsmeldungen wieder zwei NF-Mitglieder in einen Mordanschlag verwickelt: ANDREAS WEMBER (24) und MICHAEL SENF (18).

Am Morgen des 27. November 1992 »stürmten« Beamte des Sondereinsatzkommandos der Polizei das Zentrum der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) in Detmold-Pivitsheide. Sie wurden von zahlreichen Kamerateams und Journalisten schon vor Ort sehnsüchtig erwartet. Schon Stunden vor der Durchsuchung von 56 Wohnungen und Büros hatte dpa gemeldet, daß die NF das Ziel des ersten staatlichen Verbotes einer Neonazi-Partei seit 1989 sein würde. So drängte sich auch den Tagesschau-Moderatoren der Vergleich mit der angekündigten Landung der US-Armee in Somalia auf.

Die Woche vor dem Verbot wurde genutzt, um kistenweise Material mit einem bereitstehenden Kleintransporter bei Seite zu schaffen – das Partei-Konto wurde nahezu geräumt. Der pressewirksame Einsatz der Sondereinsatzkommandos transportierte das Bild der wehrhaften deutschen Demokratie in das Ausland und Bundesinnenminister Seiters ließ sich als Held der Stunde feiern.

Es fanden Durchsuchungen bei Angehörigen beider gespaltener Flügel der NF statt, wobei die Brandenburger Polizei bei einem 20-jährigen Mann in Potsdam Sprengstoff fand. Weiterhin wurden laut Polizeimitteilung viele Waffen und Schulungsmaterial, Uniformen, Propagandamaterial und eine »Todesliste 92« mit Namen von Kripobeamten, sowie Namenslisten möglicher Opfer – Lehrer, Schwule und Politiker – beschlagnahmt. Ähnliche Listen wurden schon im Dezember '91 beim Freisinger NF-Stützpunkt und im Sommer 1992 bei der Braunschweiger NF gefunden – dort allerdings inklusive eines halbautomatischen Gewehres und Materialien für Brand- und Sprengsätze, sowie Anleitungen für terroristische Aktivitäten. Am 27.11. wurde neben dem KLARTEXT-VERLAG MEINOLF SCHÖNBORNS (36) auch eine zweite Finanzierungsquelle der NF, der Lüdenscheidter DONNER-VERSAND, durchsucht. Ihn leiten STEFAN HAASE (ehem. NF-Bereichsleitung Nord – Finanzen) und HARALD TH. MEHR. Mehr gibt die Zeitung REVOLTE im gleichnamigen Verlag heraus und ist der abgespaltenen NF-Mehrheit zuzurechnen. Er will nun vorerst, laut seiner Presseerklärung, die Herausgabe einstellen, da dies gegen das »Wiederbetätigungsverbot« verstoßen würde.

Der Zug der NF 1991 in Halbe. In der Mitte mit Mütze Helmut Braun, jetzt SrA



Die rechtliche Seite des Verbotes

Während der NF-Vorsitzende MEINOLF SCHÖNBORN (36) seine Schlagringe, Baseballschläger und Schreckschußpistolen als sein Privateigentum zurückerhalten hat, will er nun mit Hilfe des NF-Parteifreundes Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER aus Hamburg gegen das Verbot klagen. Rieger rechnet sich dabei gute Chancen aus, da eine beim Bundeswahlleiter registrierte politische Partei eigentlich nicht durch eine Verfügung des Bundesinnenministeriums verboten werden kann, sondern nur durch ein langwieriges Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Erschwerend käme hinzu, daß die NF schon des öfteren zu Wahlen angetreten ist. Während die NF seit Jahren als Partei eingetragen ist, obwohl ihre Ziele schon seit Anfang an deutlich waren, wird der NF in der Verbotsverfügung der Parteienstatus aberkannt. Die NF verfüge nach dem *»Austritt der überwiegenden Zahl der Mitglieder ... über keine hinreichend umfangreiche und feste Organisation, um ernsthaft und dauerhaft nach parlamentarischer Vertretung des Volkes zu streben.«* Den Sicherheitsbehörden seien derzeit nur die in der NF verbliebenen Ortsgruppen Detmold, Braunschweig und Bremen bekannt.

Von dem Verbot unberührt bleiben die Jugendorganisation der NF und der FREUNDESKREIS DEUTSCHER POLITIK, deren Vorsitzender ebenfalls Schönborn ist. Ebensowenig betroffen sind der JUNGSTURM DEUTSCHLAND und die NF-Vorfeldorganisation FÖRDERKREIS JUNGES DEUTSCHLAND. Nicht erwähnt werden weiterhin der FÖRDERKREIS FREIES DEUTSCHLAND (Schladern) und die von der ausgetrete-

nen NF-Mehrheit gebildeten Ersatzorganisationen FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND und die dazugehörige Kaderpartei SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA).

Der größte Teil der NF-Mitglieder hatte sich am 8.August 1992 in Kremmen (Brandenburg) auf einem »außerordentlichen Parteitag der NF« endgültig vom Schönborn-Flügel abgespalten und wählte einen neuen Vorstand. Doch Schönborn prozessierte mit Erfolg und bekam das Recht auf die Weiterführung der NF zugesprochen. Vorausgegangen waren Streitigkeiten innerhalb der Partei, die im Zuge der Ermittlungen wegen der Gründung einer terroristischen Vereinigung, des NATIONALEN EINSATZKOMMANDOS (NEK) der NF, aufgetreten waren. Der Flügel um den jetzigen Vorsitzenden der SrA, ANDREAS POHL (Berlin), schob Schönborn die Alleinverantwortung für das NEK in die Schuhe und warf ihm despotischen Führungsstil vor. Die beiden Fraktionen bekämpften sich, Schönborn wurde für abgesetzt erklärt, Büros wurden aufgebrochen, das Parteisiegel entwendet und in Gütersloh ging eine kleine Druckerei der NF in Flammen auf. Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der laut eigenen Angaben das Programm des NEKs mit Schönborn bis ins Detail durchgesprochen und für unbedenklich erklärt hatte, hält in dem Streit zu Schönborn. Nachdem Schönborns Konto erst am 31.12.92 gesperrt worden war, hat ihm Rieger nun sein eigenes Konto angeboten.

Bankraube und NATIONALE EINSATZKOMMANDOs

Die NF war besonders in zwei Zusammenschlüssen von Neonazi-Organisationen fest eingebunden. Neben den Aktivitäten und Verbindungen, die sich durch die Mitarbeit an Riegers ARTGEMEINSCHAFT – GERMANISCHE GLAUBENSGEMEINSCHAFT WESENSGEMÄßER LEBENSGESTALTUNG ergibt, verband die Partei vor allem eine intensive Zusammenarbeit mit der WIKING JUGEND (WJ) in der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT (DKG). Dafür stehen die gemeinsamen Vorbereitungen der Aufmärsche uniformierter Neonazis in Halbe (Brandenburg), die maßgeblich von den beiden Organisationen getragen worden waren. Das Konzept des NEKs fiel zum ersten Mal der österreichischen Polizei in die Hände, als sie bei den »Kulturtagen« der DKG am 5.Oktober 1991 in Pichlmayr – Obersteiermark eine Routinekontrolle durchführte. Die Polizei



Der Vorsitzende der SrA, Andreas Pohl (links) auf einer DKG-Veranstaltung

war hinter Schönborns Zimmernachbarn her, doch sie fand bei Schönborn das NEK-Konzept. Die DKG ist eine bedeutende Schaltstelle zwischen alten Waffen-SSlern, sich demokratisch gebenden Nazis, wie der deutschen NPD oder der österreichischen NDP, und militanten Sturmtruppen.

Einen Hinweis, daß die Finanzierung der NF aus Überfällen bewerkstelligt wurde, gibt die Verurteilung MICHAEL SCHUBERTs wegen dreifachen Bankraubes im Februar 1990 in Österreich. Schubert begleitete Schönborn ergeben seit ca. 1979 als Parteimitglied der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN). Der schwergewichtige Schubert war in den Nazi-Rocker Gangs MC-NATIONAL und den CUSTADES aktiv und spielte bis zu den Anfängen des ersten NF-Zentrums in der Bielefelder Bleichstraße noch den Leibwächter und ergebenen Diener des Vorsitzenden. Dann verschwand Schubert nach Angaben Jürgen Riegers Richtung Südamerika, mit einer Postadresse in Argentinien. Er soll, laut Rieger, auch im Auftrag der Regierung in Feuerland tätig gewesen sein. Im Juli 1989 wurde Schubert in Österreich verhaftet und der Prozeß brachte zutage, daß er der Käufer des NF-Zentrums in der Bielefelder Bleichstraße gewesen war. Er gab jedoch an, die 1,2 Millionen Schilling in Spielkasinos auf den Kopf gehauen zu haben. Eine Überprüfung ergab, daß er nur einmal in einem Kasino gewesen sein soll und dabei nur einen kleineren Betrag verspielt hatte. Im Zuge des Prozesses mußte die NF die Bleichstraße verkaufen und zog um nach Detmold-Pivitsheide.

NF-Vorstand
(gewählt am 27.6.92 in Hetendorf)

MEINOLF SCHÖNBORN (Generalsekretär und Organisationsleiter)
THORSTEN SCHIBBLOCK (Stellvertreter)
ECKARD SCHOLZ (2. Stellvertreter)
THORSTEN WIEDAU (Beisitzer)
STEPHAN PIELERT (Beisitzer und zentraler Kassenwart)

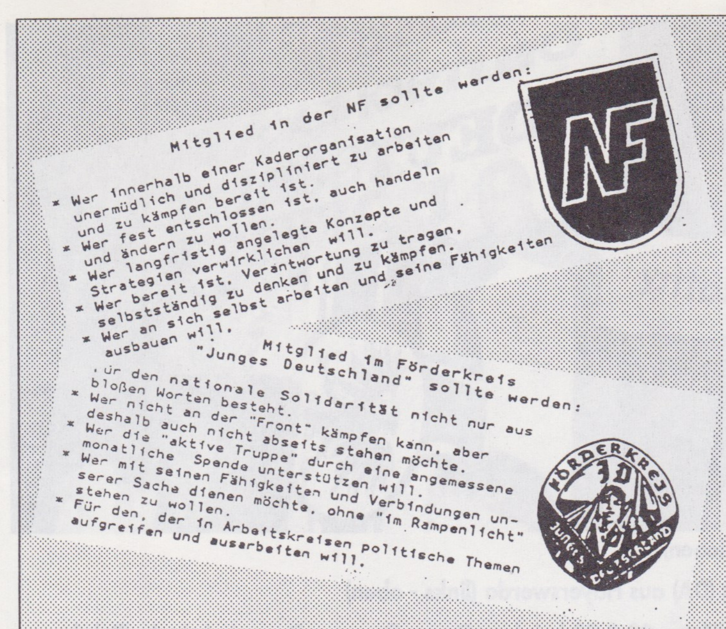
- Ortsgruppen in Braunschweig, Detmold, Bremen
- Klartext-Verlag und Versand,
- Publikationen: »Revolte«, »Aufbruch«, »Umsturz«, »Kelheimer Beobachter«, »Schulungsblätter«, »Nachrichten und Informationen«, »Volkskampf« und »Hetzer«

Vorstand der Mehrheit
(gewählt am 8.8.92 in Kremmen – heute SrA)

ANDREAS SIEGFRIED POHL - Berlin (Vorsitzender)
MATHIAS SCHWIER - Minden (Stellvertreter)
JÜRGEN DEHMER - Rhein-Neckar (2.Stellvertreter)
ENNO GEHRMANN - Kremmen (3. Stellvertreter)
HELMUT BRAUN - Heidelberg (Kassenwart)
STEFFEN HUPKA - Detmold (Beisitzer)
AXEL GRUNOW - Berlin (Bundesschiedskomission)
HEINER TESKE (Bundesschiedskomission)
LUTZ BENTRUP (Bundesschiedskomission)

Die Fortführung der NF: SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA)

Im Juli '92 wurde der Sitz der damaligen NF-Mehrheit nach Berlin verlegt und seit der endgültigen Abspaltung von Schönborn im Herbst 1992 geht es so weiter wie bisher. Nach bewährtem Organisationsmuster der NF ersetzt nun das FÖRDERWERK MITTELDEUTSCHE JUGEND (FMJ – gegr. Juli 92) die Funktion des bisherigen FÖRDERKREIS »JUNGES DEUTSCHLAND« als Vorfeldorganisation der Kaderpartei. Über das FMJ werden Einladungen und Informationen an die Mitglieder der »Massenorganisation« versandt. Der Vorstand der SrA will nun wieder verstärkt auf eine Schulung der »Anwärter und Mitglieder« setzen, die ihrer Meinung



Mitglied in der NF sollte werden:

* Wer innerhalb einer Kaderorganisation unermüdlich und diszipliniert zu arbeiten und zu kämpfen bereit ist.
* Wer fest entschlossen ist, auch handeln und ändern zu wollen.
* Wer langfristig angelegte Konzepte und Strategien verwirklichen will.
* Wer bereit ist, Verantwortung zu tragen, selbstständig zu denken und zu kämpfen.
* Wer an sich selbst arbeiten und seine Fähigkeiten ausbauen will.

Mitglied im Förderkreis "Junges Deutschland" sollte werden:

* ·ür den nationale Solidarität nicht nur aus bloßen Worten besteht.
* Wer nicht an der "Front" kämpfen kann, aber deshalb auch nicht abseits stehen möchte.
* Wer die "aktive Truppe" durch eine angemessene monatliche Spende unterstützen will.
* Wer mit seinen Fähigkeiten und Verbindungen unserer Sache dienen möchte, ohne "im Rampenlicht" stehen zu wollen.
* Für den, der in Arbeitskreisen politische Themen aufgreifen und ausarbeiten will.

WER KÄMPFEN WILL DER ORGANISIERE SICH!

NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK!

Mitglied im FMJ sollte werden:

- Wer deutsch ist, deutsch denkt und deutsch handelt
- Wer kämpfen will und kann, aber keine Lust hat sich einer "Partei" anzuschließen
- Wer die aktive Truppe durch eine freiwillige monatliche Spende unterstützen will
- Für den Deutschland und nationale Solidarität nicht nur Worte sind

Mitglied in der SrA sollte werden:

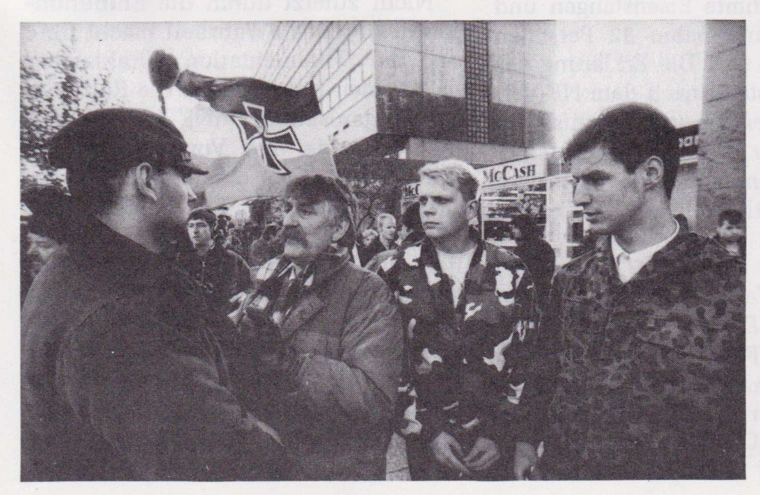
- Wer fest entschlossen ist handeln und ändern zu wollen
- Wer sich militärisch ein- und unterordnen kann
- Wer bereit ist, innerhalb einer Kaderorganisation unermüdlich und diszipliniert zu arbeiten und zu kämpfen
- Wer bereit ist Verantwortung zu tragen und selbstständig zu denken und zu handeln

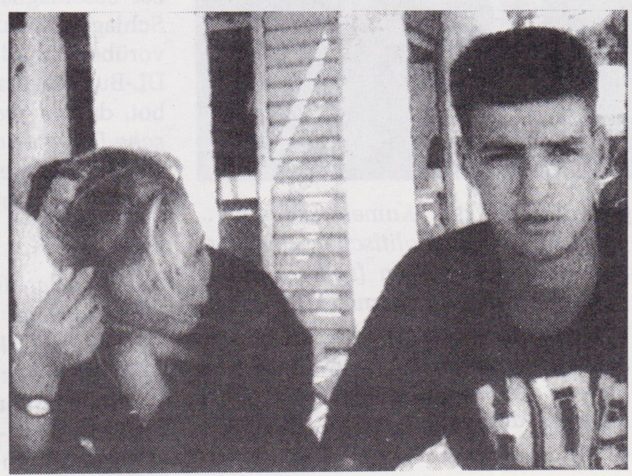
Es sind kaum Unterschiede zwischen NF + FJD auf der einen und SrA + FMJ auf der anderen (neuen) Seite auszumachen

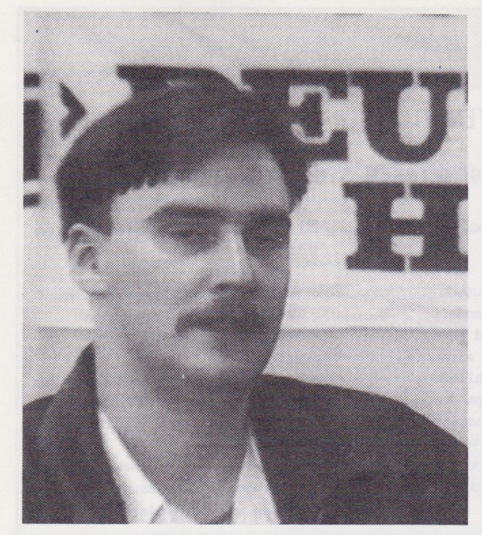
nach von Schönborn vernachlässigt worden sei. Der ehemalige NF-Bereichsleiter Mitte STEFFEN HUPKA aus Detmold lud bereits am Wochenende des 20.September zu einer Neugliederung des Schulungsbereichs auf. Das FMJ führte die bewährte Zusammenarbeit mit der WIKING JUGEND auch während der Vorbereitungen des sog. »Heldengedenkens« in Halbe fort. Wegen des diesjährigen Verbotes des Nazi-Aufmarsches wich das FMJ mit kleinen Kundgebungen auf den Friedhof von Stahnsdorf und nach Mittenwalde aus.

Als neue Zeitung des FMJ erschien der ANGRIFF im Herbst 1992 mit einer ersten kostenlosen Ausgabe. Wer geglaubt hat, daß die ausgestiegenen NF-ler der gemäßigtere Flügel der alten NF seien, hat sich getäuscht. ENNO GEHRMANN aus Kremmen bei Oranienburg lobt unter der Überschrift *»Spätsommer 1992 – oder – Kanacke gib Fersengeld«* den Protest von Rostocker Jugendlichen, der zur *»zweiten ausländerfreien«* Stadt geführt habe. Um das heutige Gewissen für den geplanten »Rassenkrieg« der Nazis zu erleichtern, wird der Holocaust, wie auch schon schwerpunktmäßig von der alten NF, geleugnet. Im Versand wird das sog. »Leuchter-Gutachten« (ein von Nazis in Auftrag gegebenes Pamphlet, das den Massenmord in den Vernichtungslagern leugnet) angeboten, daß *»sogar von Bundestagsabgeordneten (HEINRICH LUMMER MdB, CDU) als wissenschaftliche Arbeit anerkannt wurde.«* Treffpunkte von Antifas in Brandenburg werden veröffentlicht und auch gleich eine Handlungsanleitung mitgeliefert. Unter dem Motto von JOSEPH GOEBBELS *»Rache muß kalt genossen werden«* wird beschrieben, wie *»ein Führungsstab (2 bis 3 Personen)«* die Aktionen bis in jede Einzelheit planen soll, um sich *»1 oder 2 Tage vor der Aktion«* nochmals mit allen *»Kameraden«* zu besprechen. Jeder solle *»Handschuhe, Sturmhaube, Telefongeld, Nummer des Anwaltes«* dabei haben – *»Leute, die sich schnell provozieren lassen«* hätten bei ihren Aktionen *»nichts zu suchen«*. Der Umstand, daß vor dem Wort *»Aktion«* das Wort *»Flugblatt-«* in Klammern gesetzt ist, kann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier eine Anleitung zur *»Rache«* gegeben wird, wie ein Überfall bzw. Anschlag. Ganz im Stil der alten NF wird der politische Kampf gegen *»das gegenwärtig herrschende System als Feind Nr.1«* propagiert und

Auf beiden Fotos ist der gleiche GdNF-Kader aus Österreich zu sehen. Das linke Bild ist am 9.11.91 in Halle entstanden (außerdem ist noch Thomas Wulff (NL) ganz links und Heinz Reisz (Deutsches Hessen) als 2. von links mit Schal zu sehen). Das zweite Bild ist in Kroatien entstanden und zeigt den Österreicher mit einem T-Shirt der kroatischen Terrormiliz HOS.









DA-Veranstaltung (oben)

Roman Danneberg (DA) aus Hoyerswerda (links - oben)

Thomas Dienel (DNP) am 22.3.92 bei der »Gegen Drogen« Demo in Leipzig (links)

DA-Stadthalter in Dresden (unten)





gefordert, daß die *»Kameradschaften ... ihre Leute in alle politischen Organisationen hineinschicken (sollen), in die Gewerkschaften, Bauernschaften, politischen Parteien usw.«* Als Illustration ist ein Wehrmachtssoldat mit dem Spruch abgebildet: *»Deines Volkes Ehre ist auch deine Ehre, Verteidige sie!«*

DEUTSCHE LIGA-Vorsitzender schreibt für NF-Nachfolgeorganisation

Ob auch der Berlin-Brandenburgische Vorsitzende der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT (DL), FRANK SCHWERDT aus Berlin-Heiligensee, so ein oben gefordertes »SrA-U-Boot« in der DL ist, bleibt leider in der ANGRIFF-Ausgabe offen. Jedenfalls meldet sich Schwerdt zu Wort: *»Sachsenhausen – Zündelten die Juden selbst?«* heißt sein Artikel, der mit dem NF-Aufkleber *»Schluß mit dem Holocaust! oder Deutscher, willst du ewig bezahlen«* bebildert ist. Wie auch immer, die Zusammenarbeit zwischen DL und der alten NF funktionierte in Brandenburg schon seit längerem. Sichtbar wurde dies im August 1992 in Eberswalde, als die »Kameradschaft« der NF zusammen mit der DL zu einer Demo gegen *»linke Zecken«* aufgerufen hatte. 200 Nazis folgten dem Aufruf, die Polizei beschlagnahmte Eisenstangen und Schlagstöcke und nahm 32 Personen vorübergehend fest. Die Erklärung des DL-Bundesvorstand nach dem NF-Verbot, daß es *»geistige und organisatorische Distanz zu allen verfassungsfeindlichen Gruppen zu halten«* gelte, ist wohl offensichtlich ein blasses Lippenbekenntnis.

Auf jeden Fall scheint damit nicht die *»geistige Distanz«* zu dem ANGRIFF der NF-Nachfolgeorganisation gemeint zu sein. Dort erschien ein Konzertbericht von KLAUS-DIETER LÜCK über die Nazi-Oi Band LANDSER aus Berlin, die am 12. September in Hennigsdorf bei Berlin spielte. Titel wie *»Das Asylheim brennt«*, *»Schlagt sie tot«* oder *»Kanacke verrecke«* brachten den SrA-Vorsitzenden Andreas Pohl derartig in Schwung, daß er auf der Bühne noch seinen Song *»Kraft durch Froide«* zum Besten gab. Laut dem ND vom 2.12.92 betätigte sich der Berliner AXEL GRUNOW schon als Aufbauhelfer für das nördliche Brandenburg und betreute auch die Kameradschaft Kremmen-Hennigsdorf. Die Gruppe in Kremmen ist neben der Kameradschaft Königs-Wusterhausen (südlich von Berlin – siehe Art. S. 36) die aktivste in Brandenburg und gibt ein lokales Blättchen, den KREMMENER BEOBACHTER, mit angeblicher Auflage von 20.000 heraus.

Zwei Vorfeldorganisationen der GdNF verboten: DEUTSCHE ALTERNATIVE und DEUTSCHER KAMERADSCHAFTSBUND

Nicht zuletzt durch die Enthüllungen des Filmes »Wahrheit macht frei« und die Dokumentation »Drahtzieher im braunen Netz« rückte die Rolle der Kaderorganisation GdNF in den Medien mehr in den Vordergrund. Die GdNF sieht sich einem wachsenden Druck ausgesetzt und bemüht sich, zu erklären, daß sie gar keine Organisation sei. Von dem jetzigen Verbot ist allerdings mit der DA ihr bisher erfolgreichster Versuch einer breit angelegten Nazi-Partei der letzten Jahre betroffen. Auch die Kader der GdNF setzen – wie die NF – auf eine gerichtliche Klärung und verhalten sich nach außen abwartend.

Nachdem auch das Verbot der DEUTSCHEN ALTERNATIVE schon seit Monaten Medienthema war, kamen auch die 49 Hausdurchsuchungen am 10. Dezember bei DA-Mitgliedern in 12 Bundesländern nicht unerwartet. Der DA werden 1.200 Mitglieder zugerechnet, davon allein 600 in Brandenburg – die Verbotsverfügung spricht jedoch nur von 350 Mitgliedern. Auf dem Parteikonto waren noch 630.- DM für die Staatsanwaltschaft ausgelegt und ansonsten fand die Polizei nur Propagandamaterial. In Hoyerswerda wurde ein DA-Führungsmitglied verhaftet, das Ende November 1992 eine Pizzeria in Bautzen überfallen und den Koch schwer verletzt haben soll. Kurz zuvor war es zu Hausdurchsuchungen bei 24 mutmaßlichen Mitglieder des DKB im Raum Oldenburg-Wilhelmshaven gekommen und das Verbot angekündigt worden (21. Dezember in Kraft getreten). Die DA-Führung in Cottbus trifft sich jedoch weiterhin zu den wöchentlichen »Kameradschaftsabenden« im Lokal »Wassermann« in Gross-Gaglow. Es werden auch »Bildungsveranstaltungen« abgehalten und am 23.Januar wurde eine vom Fernsehen begleitete Kranzniederlegung in Halbe-Brandenburg durchgeführt. Am 30. Januar versammelten sich 20 DA-Mitglieder zum Jahrestag der Machtübergabe an die Nazis in Lauchhammer (Kreis Senftenberg). Die Polizei löste das Treffen der aus Cottbus, Düsseldorf und dem Kreis Senftenberg stammenden Nazis auf und leitete Verfahren ein. Rechtlich ermöglicht wird die Aufrechterhaltung des Organisationszusammenhanges durch ein Urteil des *»Bundesverfassungsgerichtes vom 15.Juni 1989, wonach ein verbotener Verein weiterhin seine organisatorischen Zusammenhänge aufrechterhalten darf, um das juristische Vorgehen gegen das Verbot zu organisieren«* (taz-Bernd Siegler 16.1.92). Von der Gründung einer DEUTSCHEN INITIATIVE als Auffangorganisation der DA ist bisher nichts bekanntgeworden. Hübner überlegt dagegen laut, ob er eine auf Brandenburg zugeschnittene Partei etablieren solle, die BRANDENBURGISCHE VOLKSPARTEI.

Eine umfangreiche Reisetätigkeit führender Funktionäre von und nach Cottbus hatte nach der Verbotsverfügung eingesetzt. DA-Chef FRANK HÜBNER reiste in der ersten Januarhälfte zu HEINZ REISZ aus Langen. Reisz, der regelmäßiger Gastredner auf DA-Veranstaltungen ist, verblieb aus Befürchtung eines eventuellen Parteiverbotes der DA bei seiner Organisation DEUTSCHES HESSEN und will zu den hessischen Kommunalwahlen 1993 antreten. Auch in Cottbus wurden Besuche hochrangiger GdNF-Vertreter beobachtet und alles deutet auf eine intensive Diskussion hin, wie es nun weitergehen soll. Dem GdNF-Chef CHRISTIAN WORCH von der NATIONALEN LISTE (NL) wurde bei einer Besprechung mit dem DA-Ehrenvorsitzenden WINFRIED ARNULF PRIEM im Januar in Berlin das Auto demoliert. Der »Volxsportclub Antifa« eröffnete vor Priems Wohnung die *»Wagensportliga Amateurklasse«* und gab als Echtheitsbeweis in einem Schreiben die Autonummer des Worch-Omegas mit HH-RR 876 bekannt. Wie auch immer, die eigentliche Struktur der GdNF ist vom Verbot nicht betroffen. Außerdem verbleiben noch zahlreiche Parteien, die im Vorfeld der Kaderstruktur bereitstehen. Die NATIONALE ALTERNATIVE (NA) könnte reaktiviert werden, es bleiben die NATIONALE LISTE (NL), das DEUTSCHE HESSEN (DH), der NATIONALE BLOCK (NB) aus Bayern, die DEUTSCH NATIONALE PARTEI (DNP) aus Thüringen, die AKTIONSFRONT NATIONALER KAMERADEN (ANK) aus Heidelberg, die NATIONAL FREIHEITLICHE ALTERNATIVE (NFA) aus Baden-Württemberg, die ganze Reihe von Vorfeldorganisationen usw. usf.



NO-Vorsitzender Michael Schwierczek mit dem Organisator des NO-Aufmarsches am 3.10.92 in Dresden, einem Holländer mit dem Vornamen Laif



Constantin Mayer aus Bayern ist NO-Chef in Sachsen

Das MEK - OST

Wie die Strutur der GdNF aufgebaut ist, wird an den Unterlagen des sächsischen Landesvorsitzenden der DA, ROMAN DANNEBERG aus Hoyerswerda, deutlich. Im Parteiauftrag verschickte er einen Gründungsaufruf für ein MOBILES EINSATZKOMMANDO-Ost (MEK). Nach dem vorliegenden Plan sollte das MEK bezirksweise gegliedert sein und jede Gruppe 10 Personen umfassen. Nach einem festgelegten Modell sollen Aktionsgruppen in anderen Regionen und Städten Aktionen durchführen. So würden Thüringer Nazis nach Berlin und Sachsen-Anhalt fahren, Sachsens Nazis nach Thüringen, Berlin und Brandenburg, Brandenburger Nazis nach Berlin, Sachsen und Mecklenburg usw. Berlin steht auf dem Wegeplan aller Bezirksgruppen. Koordiniert soll das MEK in Berlin und Thüringen werden. Der thüringische Chef der DNP, THOMAS DIENEL, wurde ebenso genannt, wie die Berliner Ansprechpartner ARNULF PRIEM (NSDAP/AO und DA), »BOMBER« und »TOTENKOPF«. Auch die FAP FRIEDHELM BUSSE's ist mit ihrem Leipziger Vorsitzenden DIRK ZIMMERMANN beteiligt.

Etwas hilflos mutet auch der Versuch des Bundeskabinetts an, dem wegen Volksverhetzung vorbestraften Thomas Dienel und Heinz Reisz in einem Verfahren beim Bundesverfassungsgericht die Grundrechte aberkennen zu lassen. Ein ähnliches Verfahren gegen den DVU-Vorsitzenden GERHARD FREY wurde 1969 nach vier Jahren erfolglos eingestellt. Solange nicht die Kaderstruktur der GdNF im Mittelpunkt der Maßnahmen steht, sind die bisherigen Verbote relativ wirkungslos.

NATIONALE OFFENSIVE (NO) verboten

Mit der NO ist eine Gruppierung betroffen, von der angenommen werden muß, daß ihre Kader nach Abspaltung von der FAP wieder Teil der GdNF-Struktur geworden sind. Darauf weisen die gemeinsamen Aktivitäten in Schlesien, die gemeinsamen Aufmärsche, (am 20.6.92 meldete die NO einen Aufmarsch in Leipzig an, es kamen jedoch die GdNFler aus Bielefeld und Hamburg), sowie die Veröffentlichungen der NO-Kontaktadressen in Publikationen der GdNF-Vorfeld- und Wahlorganisationen hin. Die NO ist vor allem in Sachsen aktiv und betrieb dort mit großangelegten Werbekampagnen Öffentlichkeitsarbeit. Sie bezeichnet sich als nationalrevolutionär und viele ihrer Mitglieder sind schon bei Überfällen auf Linke erkannt worden, obwohl sich die Organisation natürlich zur Gewaltfreiheit bekennt.

Daß auch die NO nicht von dem Verbot überrascht wurde, sei hier der Vollständigkeit halber erwähnt. Bereits am 11.12. fand eine großangelegte Razzia bei NO-Mitgliedern in Witten, Bochum und Dortmund statt. Dabei wurden in zahlreichen Gebäuden und Wohnungen neben Materialien über den Organisationsaufbau auch Chemikalien und elektronische Bauteile zur Herstellung von Bomben gefunden. Gegen sechs Männer aus Bochum und Essen im Alter von 18 - 25 Jahren wurde Haftbefehl wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, §129, erlassen. Ihnen wird vorgeworfen, Straftaten gegen Asylbewerber und Linke vorbereitet zu haben. Am 23. Dezember wurden dann 30 Wohnungen und Geschäftsräume in sieben Bundesländern durchsucht und 10.- DM vom Parteikonto beschlagnahmt. NO-Chef MICHAEL SWIERCZEK aus dem bayrischen Stadtbergen, CONSTANTIN MAYER und DIRK ANDRE aus Sachsen verlassen sich laut Artikel von Bernd Siegler wie die NF-Schönborns auf den Hamburger Rechtsanwalt JÜRGEN RIEGER. Dieser sieht aufgrund des Parteienstatus und der durchgeführten Kandidaturen bei Landtagswahlen ebenso gute Chancen für die NO wie für die NF. Die gefundenen Materialien bei den NO-Mitgliedern in Bochum und Essen lassen aber befürchten, daß es für die NO-Mitglieder – nach internen Äußerungen Constantin Mayers – auch die Möglichkeit gebe, zu anderen Mitteln zu greifen. Am Freitag, dem 5.2.92 meldeten Zeitungen in NRW eine weitere Razzia gegen NO-Mitglieder in Witten, wobei nochmals Sprengstoff und Waffen beschlagnahmt wurden. Inhaftiert wurde CHRISTIAN SENNLAUB, der auch im Vorstand der HNG sitzt.

Auf die Spitze getrieben wurde der Dilletantismus der staatlichen Behörden bei der Umsetzung der Verbote allerdings in Dresden. Dort traf die Verbotsverfügung erst ein, als in Westdeutschland die Razzien schon längst begonnen hatten. ■

Die Erstellung dieses Artikels wurde durch das Antifa-Archiv Berlin unterstützt: Materialien u.a. aus taz, Antifaschistischer Städtebericht Wuppertal, Antifa-Info Dresden, Berliner Zeitung, Neues Deutschand, Tagesspiegel, Sächsische Zeitung und Volksblatt

FAP-Bundesgeschäftsstelle in Halstenbek

Seitdem am 2.12.92 eine Gruppe von ca. 30-40 türkischen, griechischen und deutschen AntifaschistInnen versucht hat, die Bundesgeschäftsstelle der FAP in Halstenbek anzugreifen, ist die Existenz der Bundesgeschäftsstelle am Rand von Hamburg zum ersten Mal auch in der überregionalen Presse erwähnt worden. Noch am Abend nach dem Angriff und in den Tagen danach wurden fünf türkische und ein griechischer Jugendlicher vom Staatsschutz in Hamburg festgenommen. Ihnen wird u.a. Körperverletzung und Landfriedensbruch vorgeworfen (bei dem Angriff war JÖRG GROLL, ein FAP-Mitglied aus dem nahegelegenen Schenefeld, durch ein Messer schwer verletzt worden), es wurden aber keine Haftbefehle erlassen.

Die Bundesgeschäftsstelle der FAP befindet sich schon seit August/September 1991 in der Seestr. 185 in Halstenbek-Krupunder (Schleswig-Holstein). Hier wohnt auch GLENN GOERTZ, der FAP-Bundesgeschäftsführer, dessen Mutter, Heike Goertz, die Wohnung gehört.

Halstenbek (15.000 EinwohnerInnen) und die nächstgrößere Kreisstadt Pinneberg (80.000 EinwohnerInnen) sind aber schon seit über 10 Jahren politisches Aktionsfeld der FAP und ihrer Vorläufer-Organisationen. Schon Mitte bis Ende der 70er Jahre verbreitete die von MICHAEL KÜHNEN und CHRISTIAN WORCH geführte faschistische »Hansa-Bande« in Hamburg und später im Hamburger Umland faschistischen und antisemitischen Terror. Die »Hansa-Bande« verwüstete jüdische Friedhöfe, sprühte Nazi-Parolen und griff MigrantInnen und Linke an. Daß es sich bei dieser »Bande« keineswegs um eine apolitische Jugendgang handelte, wurde spätestens 1977 deutlich, als Kühnen die ANS/NA gründete. Ein Hauptziel der ANS/NA war es, die Aufhebung des NSDAP-Verbots durchzusetzen. So fand z.B. im Januar 1978 in einer Gaststätte im Halstenbeker Nachbarort Lurup ein bundesweites NSDAP-AO Treffen mit sämtlichen Führungskadern aus der bundesdeutschen Alt- und Neonaziszene statt. Der Naziterror in Hamburg wurde zwei Jahre später tödlich: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim wurden 1980 zwei vietnamesische Flüchtlinge getötet.

Im Sommer 1983 verschoben sich die Aktivitäten der ANS/NA aus dem Hamburger Innenstadtbereich in die Vororte Rahlstedt und Bergedorf, sowie nach Pinneberg. Schon einen Monat vor Gründung der »ANS/NA Kameradschaft Pinneberg« am 5. Oktober 1983 hatten AnwohnerInnen beobachtet, wie eine Gruppe von ca. 15 Leuten auf einem Schulgelände Wehrsportübungen durchführte. Und zwei Tage vor der Gründung der Pinneberger Kameradschaft fand sich im »Hamburger Abendblatt« folgende Anzeige: *»Nationalbewußte Deutsche zur Gründung eines Geländesportvereins gesucht, Chiffre 64944.«* Kreiskameradschaftsführer wurde der damals 18-jährige MATTHIAS PAGEL. Bis zum Verbot der ANS/NA im Dezember 1983 wohnte auch Kühnen in Pinneberg – bei der stadtbekannten Altfaschistin EDITHA ARNOLD.

Nach dem Verbot der ANS/NA gliederten sich die ANS/NA-Mitglieder und Ortsgruppen schon ab Dezember 1983 auf Absprache zwischen Kühnen und dem FAP-Vorsitzenden PAPE in die FAP ein. In Halstenbek gründete sich schon im Dezember 1983 eine FAP-Ortsgruppe. Und auch in Pinneberg blieb die alte ANS/NA-Gruppe unter anderen Namen wie »Antikommunistische Vereinigung Pinneberg« und »Lesezirkel der Neuen Front« weiter aktiv; z.B. bei einem versuchten Angriff auf eine Veranstaltung der VVN-Pinneberg im Mai 1984, an dem auch Matthias Pagel beteiligt war. Mitte der 80er Jahre fiel die FAP in Pinneberg und Halstenbek dann allerdings hauptsächlich durch das Kleben von FAP-Aufklebern und dem Zerstören von Stelltafeln der Grünen auf.

Im FAP-Rundbrief Nr. 1 für den Gau Hamburg-Schleswig-Holstein vom August 1987 wird die Arbeit des Kreisverbandes Pinneberg wie folgt erwähnt: *»Einer der aktivsten Kreisverbände der FAP in Schleswig-Holstein ist der Kreisverband Pinneberg. Hier wurden in kürzester Zeit tausende von Flugblättern verteilt und eine noch größere Anzahl von Aufklebern verklebt (...). Die Reaktion der Bevölkerung sind zum großen Teil positiv und rege. Über personelle Probleme kann sich der Kreisvorsitzende nicht beschweren, auf den wöchentlichen Treffs hat man zu-*



Die FAP am 21.4.90 bei einer Demo in St. Augustin bei Bonn






Die Spitze des FAP-Zuges 1990 in Halbe ...

... und 1992 in Rudolstadt beim »Rudolf-Hess-Gedenkmarsch«

meist Schwierigkeiten, einen Sitzplatz zu bekommen.« Und in der Ausgabe Nr. 2 vom Oktober 1987 heißt es dann: *»Selbstverständlich standen auch die Pinneberger Aktivitäten im Schatten des Märtyrertodes von Rudolf Hess. Sowohl an der Aktion vor den Konsulaten der Besatzer, als auch an dem Marsch durch Witten (Dortmund) nahmen die Pinneberger Aktivisten teil (...). Zum ersten Augustwochenende organisierte die Kameradschaft ein Sympathisantentreffen, an dem etwa 30 geladene Gäste und Freunde der Partei teilnahmen. Es konnte Kontakt zu einigen Interessenten geknüpft werden.«* Zu diesem Zeitpunkt traten sowohl Glenn Goertz als auch sein jüngerer Bruder ANDRÉ (22) des öfteren mit bekannten FAP-Aktivisten in der Öffentlichkeit

auf. Die folgenden zwei Jahre nutzte die FAP zur Aufbauarbeit und zur Rekrutierung aus der Neonaziszene im Umkreis von Pinneberg und Halstenbek – u.a. in Lurup, Schenefeld, Rellingen und Egenbüttel. Dabei versuchten jüngere Neonazis auch im Jugendzentrum Halstenbek-Rellingen Fuß zu fassen. So schreibt das Pinneberger Tageblatt am 5.4.1989 nach einer Auseinandersetzung zwischen türkischen Jugendlichen und Neonazis bei einer Discoveranstaltung im Jugendzentrum am 30.3.1989: ... *»Probleme mit Ausländerfeindlichkeit sind in Halstenbek bedauerlicherweise kein Novum. Bereits vor einiger Zeit habe es im Jugendzentrum Komplikationen mit jungen Leuten gegeben, die der Neonazi-Szene zugeordnet werden und versuchten, Einfluß auf andere Besucher zu nehmen, (...)Es gab dabei auch Hakenkreuz-Schmierereien. (...) Halstenbek habe eine bekannte rechtsradikale Szene und einen dementsprechenden Ruf.«*

Ca. seit 1986/87 übernahmen die Brüder Glenn und André Goertz, die dem Busse-Flügel der FAP zuzurechnen sind, zunehmend Führungspositionen innerhalb der neofaschistischen Szene in Halstenbek und Umgebung. Außerdem knüpften sie vermehrt Kontakte zu überregionalen faschistischen Strukturen, z.B. zum KKK in Henstedt-Ulzburg und Elmshorn und zu der im Raum Norderstedt aktiven »Aktion Nationale Kameradschaft (ANK). Ende 1990 stieg Glenn Goertz zum Landesvorsitzenden der FAP in Schleswig-Holstein auf. Sein Bruder André verließ Halstenbek Mitte des Jahres 1991, um in Hamburg Jura zu studieren, und ist seitdem FAP-Gauleiter in Hamburg.

Nach dem Umzug von Glenn Goertz aus dem Haus seiner Mutter in deren Zweitwohnung in die Seestr. 185 in Halstenbek-Krupunder im Sommer 1991, verlagert die FAP ihre wöchentlichen Kameradschaftsabende, an denen 30-40 FAP-Mitglieder teilnehmen, in die Kneipe »Kiek In« in Krupunder. Ungefähr im gleichen Zeitraum verstärkt sich der faschistische Terror auf den Straßen in Halstenbek und Krupunder. Flüchtlinge werden bedroht, mehrmals werden junge AntifaschistInnen in Krupunder von Skin-Gruppen zusammengeschlagen, überall tauchen Aufkleber mit dem Motto »Halstenbek – Hochburg der FAP« auf. Ab Sommer 1992 finden die Kameradschaftsabende direkt in der Bundesgeschäftsstelle statt, da der Wirt des »Kiek In« der FAP aufgrund einer zunehmenden Öffentlichkeit die Räume entzogen hat.

Einhergehend mit dieser Verlagerung nimmt der faschistische Terror am S-Bahnhof Krupunder zu; Flüchtlinge, MigrantInnen und SchülerInnen trauen sich nicht mehr, dort auszusteigen. Aus Angst vor einer vermuteten Zusammenarbeit zwischen einigen örtlichen Polizisten und Glenn Goertz, stellen mehrere Personen, die von FAPlern und mit ihnen sympathisierenden Skinheads zusammengeschlagen wurden, jedoch keine Anzeigen bei der Polizei. Einer breiteren Öffentlichkeit wird die Präsenz der FAP in Halstenbek erst bekannt, nachdem vor dem Schützenfest im September 1992 überall Plakate mit folgendem Text auftauchen: *»Achtung! Die Gemeindeverwaltung weist darauf hin, daß Ausländer und Asylanten den Schützenplatz nicht betreten dürfen! Der Bürgermeister«* Die Ermittlungen des Itze-

hoer Staatsschutzes wegen Volksverhetzung und Urkundenfälschung bleiben – wie nicht anders zu erwarten – erfolglos.

Nachdem die Polizei bei einer Razzia Ende September auf dem S-Bahnhof Krupunder rund 40 FAPler und Skins durchsucht und einige Waffen beschlagnahmt, meldet Glenn Goertz für den 7.10.92 eine Mahnwache unter dem Motto *»Mehr Toleranz für Andersdenkende«* an. AntifaschistInnen aus Pinneberg und anderen Städten in Schleswig-Holstein mobilisieren daraufhin für den gleichen Tag zu einer antifaschistischen Demonstration in Krupunder, an der trotz kurzfristiger Mobilisierung ca. 300 AntifaschistInnen teilnahmen. Die »Mahnwache« der FAP fällt aus.

In den folgenden Wintermonaten verstärkt Glenn Goertz seine Bemühungen, die FAP als legitime Rechtspartei in Halstenbek zu etablieren. Sein Konzept hat offensichtlich Erfolg: Als er Anfang Dezember 1992 mit 25 FAPlern bei einer Bürgerfragestunde des Gemeinderats auftaucht, wird er daraufhin noch vor Weihnachten zusammen mit seinem Bruder André vom parteilosen Bürgermeister Bruno Egge zu einem Gespräch mit dem Bürgervorsteher (CDU) und dem Bürgermeister im Rathaus empfangen. Der Presse gegenüber zeigt sich der Bürgermeister nach dem Gespräch sehr zufrieden. Sein Ziel sei es in erster Linie, daß in Krupunder wieder Ruhe eintrete, und er habe mit Herrn Goertz darüber geredet, daß er seine Leute in den Griff bekommen müsse – so der Bürgermeister. Ansonsten sei es für seine Gemeinde ein schweres Problem, die Asylanten unterzubringen. Auf die Frage, warum die 110 Flüchtlinge in Halstenbek in Containern untergebracht sind, meinte Egge: Man wolle diese schließlich nicht integrieren, schließlich würden sowieso 90% aller Asylanten abgeschoben, von daher stelle sich die Frage der Integration gar nicht. Auch ansonsten scheint der Bürgermeister das Problem eher in den wachsenden Ansätzen antifaschistischen und antirassistischen Widerstands in Halstenbek und Krupunder zu sehen. Nach seiner Meinung über eine von Halstenbeker SchülerInnen organisierte Mahnwache befragt, an der sich unter dem Motto »Gegen Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt« Mitte Dezember 1992 400 SchülerInnen und BürgerInnen beteiligen, bekennt der Bürgermeister Farbe. Er sehe es überhaupt nicht gern, daß auch Lehrer ihre SchülerInnen dazu angestiftet hätten, an der Mahnwache teilzunehmen, denn schließlich könne ja auch von Lichterketten Gewalt ausgehen. In dieser Logik steht dann auch das Verhalten der Polizei bei den seit Dezember 92 wöchentlich stattfindenden Mahnwachen am S-Bahnhof Krupunder; nachdem FAP-Mitglieder mehrmals versuchten, die Mahnwache zu photographieren und zu stören, vermummten sich die anwesenden AntifaschistInnen. Das nahm die Polzei dann zum Anlaß, einzuschreiten.

Die Antifa-Demo, die wöchentlichen Mahnwachen aus dem gewaltfreien Spektrum und der anfangs erwähnte Überfall auf die Bundesgeschäftsstelle von Anfang Dezember haben nach Einschätzung sowohl der Polizei des Ortes als auch der Antifas dazu geführt, daß die FAP sich in Krupunder momentan in der Defensive befindet. Goertz versucht jetzt, sich und die FAP als die eigentlichen Opfer darzustellen. Auf einem Flugblatt, das die FAP nach dem Angriff auf die Bundesgeschäftsstelle in Krupunder verteilte, heißt es: *»Die FAP ist Opfer von Gewalt ... Trotz dieses Terrors* (gemeint sind Aktionen von deutschen und ausländischen Antifas gegen FAP- Mitglieder in Krupunder, d.R.) *greifen FAP-Mitglieder und Anhänger nicht zur Gegengewalt. Sie setzen auch weiterhin auf Information und Aufklärung! Weitere Informationen erhalten Sie bei der: FAP Halstenbek, V.i.S.d.P: F. Busse, Kemptener Str. 33, 8 München 71.«*

Auch die für den 6. Februar 1993 geplante überregionale Antifa-Demo gegen die FAP-Bundesgeschäftsstelle hat Goertz zu hektischen Gegenaktivitäten veranlaßt. Zum einen tauchte er schon einen Tag nach der Anmeldung der Demo bei der örtlichen Polizeiwache auf, um Personen- und Objektschutz für sich und die Bundesgeschäftsstelle zu fordern. Zum anderen verteilt er ein Schreiben an die Geschäftsleute in Krupunder mit der Aufforderung an sie, beim Ordnungsamt schon im Vorfeld der Demo Beschwerden gegen die Demogenehmigung einzulegen. Offensichtlich sieht Goertz sein politisches Ziel, die FAP in Halstenbek zu etablieren und den reibungslosen Ablauf der Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle (u.a. Koordinierung von FAP-Parteitagen wie im April 1992 in Berlin und Versand von FAP-Propagandamaterial) durch die von den Antifas hergestellte Öffentlichkeit gefährdet. Auch die Polizei in Halstenbek scheint durch die Aktivitäten der Antifas aufgeschreckt zu sein – sie hat schon vorsorglich Verstärkung aus dem ganzen Bundesgebiet angefordert. ■

Eine Dokumentation zu den Entwicklungen und Ereignissen in Halstenbek/Pinneberg befindet sich im Antifa-Info Kreis Pinneberg/Bad Segeberg Nr. 4 vom Januar 1992, das z.B. über den Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36 erhältlich ist.



Ein Teil des 1991 gewählten Berliner FAP-Vorstandes (links)



Lars Burmeister aus Berlin-Prenzlauer Berg ist Vorsitzender der Berliner FAP (rechts)

Kurzmeldungen und Berichte



aus der Fascho-Szene

MANNHEIM

Bundesvorsitzender der NPD verurteilt.

Am 13. November '92 wurde Günther Deckert, Bundesvorsitzender der NPD, vom Landgericht Mannheim nach drei Verhandlungstagen wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und übler Nachrede zu einem Jahr Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Gefängnisstrafe wurde auf vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt. In dem Verfahren ging es hauptsächlich um die von Deckert geleitete Veranstaltung mit dem US-Amerikaner Fred Leuchter am 10. November 1991 in Weinheim, auf der u.a. der »Leuchter-Report« vorgestellt wurde, der behauptet, daß in Auschwitz keine Menschen vergast worden sind.

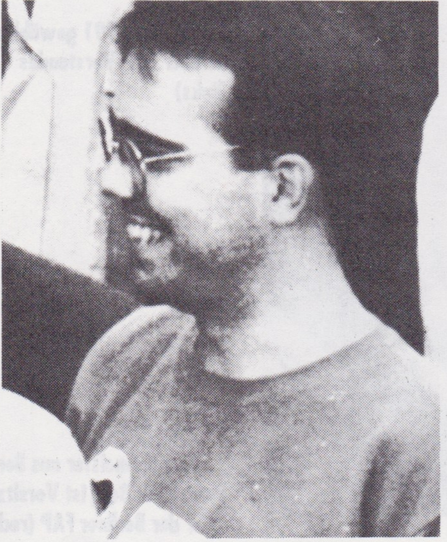
BERLIN

»Denkzettel« wird massiv verteilt

Der »Denkzettel«, die Schülerzeitung der Berliner »Jungen Nationaldemokraten« (JN), wird mittlerweile auch in anderen Gebieten Ostdeutschlands verteilt. Nachdem die Rostocker Gruppe der JN schon zur Schürung des Pogroms in Lichtenhagen beigetragen hatte (siehe INFO 20a), konzentrieren sich die BerlinerInnen auf die Propaganda gegen die Zentrale Sammelstelle für AsylbewerberInnen im Bezirk Hohenschönhausen. Am 20. November wurde nach einer Veranstaltung eine Klebeaktion *»Für die Schließung der Ausländerbehörde in Hohenschönhausen«* mit Mitgliedern der Berliner NF (heute SrA) durchgeführt. Daß die Nazi-Propaganda in diesem Bezirk bisher noch nicht zu Pogromen geführt hat, ist ein Glücksfall: Zwei Wochen nach dem Rostocker Pogrom liefen 150 organisierte Nazis vor dem VietnamesInnenwohnheim in Marschformation auf, begleitet von weiteren 400 Nazi-Skins und -Hooligans, doch die Polizei verhinderte schlimmeres.

Die JN bekennt in der Denkzettel-Ausgabe 4/92, auf dem jährlichen europäischen Faschistentreffen im belgischen Diksmuide gewesen zu sein, wo sich auch die Drahtzieher zahlreicher terroristischer Organisationen treffen. Doch die LeserInnen werden über derartige Hintergründe selbstverständlich in Unwissenheit gehalten. In einem geschickt verdrehenden Artikel, *»Links, weil man nicht rechts sein will ...«* sollen SchülerInnen angesprochen werden, die etwas gegen die Nazi-Gewalt haben. Man bekennt sich zur Gewaltfreiheit und bedauert den Tod von *»Silvio Meier genauso, wie den von Rene Gruber«*. Für *»Scheinkonflikte*, wie dem zwischen »links« und »rechts«, darf zukünftig kein Platz mehr sein. Deshalb: *»Jugend voran!«* Oder im Klartext: »Heil Dir, du deutsche Volksgemeinschaft« – nur eben netter ausgedrückt.


JN-Berlin



SENFTENBERG

§129a gegen Nazis?

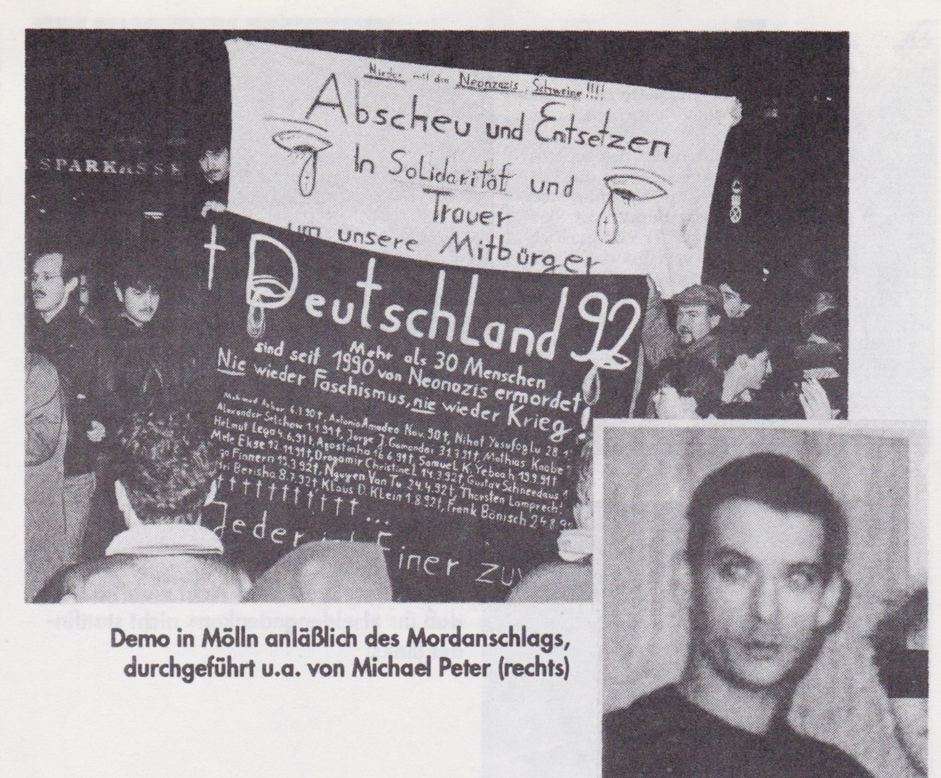
Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen §129, kriminelle Vereinigungung, gegen die I. WERWOLF JAGDEINHEIT SENFTENBERG und prüft sogar, ob ein Ermittlungsverfahren wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung eröffnet werden solle. Da muß schon was passiert sein, wenn die BAW eingreift und Nazis solcher Untaten bezichtigt werden, ohne daß sie einen Unternehmer oder Staatsanwalt umgebracht haben. Gefunden wurden drei Maschinenpistolen, Munition und mehr als 150 Angriffshandgranaten, sowie militärische Ausrüstungsgegenstände, die teilweise in Erddepots gelagert waren. Gegen den 25jährigen Anführer der Gruppe JENS WERNER KLOCKE wurde Haftbefehl wegen Rädelsführerschaft und Mordes erlassen. Zusammen mit den19jährigen DANIEL L. soll er am 12.12.91 einen 27jährigen Autofahrer ermordet haben. Die Nazis täuschten eine Autopanne vor und ein hilfsbereiter Autofahrer hielt an, um zu helfen. Aus Dank dafür schossen sie ihm in den Oberkörper, zerrten ihn auf den Beifahrersitz und fuhren in ein Waldgelände bei dem Ort Schipkau. Inzwischen hatte sich der 27jährige Familienvater während der Fahrt auf dem Sitz bewegt – Klocke exekutierte ihn vom Rücksitz aus. Danach wurde der Opel Kadett in Brand gesteckt. Insgesamt wurde gegen 10 Beschuldigte Untersuchungshaft angeordnet. Das Vorbild der Mördertruppe ist dasselbe wie das noch legaler Nazi-Horden – die WAFFEN-SS.

MÖLLN

Die Nachricht von der Ermordung Silvios war noch gar nicht richtig angekommen, da kam schon der nächste Hammer: In Mölln sind zwei Wohnhäuser niedergebrannt worden und in den Flammen sind drei Menschen gestorben. Über diese Morde ist mittlerweile durch alle Presseorgane ausführlich berichtet worden, deswegen möchten wir an dieser Stelle nur noch auf die jetzige Situation in Mölln eingehen. Den Leuten aus diesem kleinen, verschlafenen Nest war es völlig unlieb, so stark in die Schlagzeilen zu geraten. Eine Beteiligung von Leuten aus dem Ort schloß man bis zu ihrer Verhaftung fast völlig aus. Solche gäbe es angeblich nicht in Mölln, hieß es immer wieder. Sie haben sich geirrt, einer der beiden Verhafteten wohnt in Mölln. Falsch ist auch das Bild, das von dem kleinen Ort in der Öffentlichkeit verbreitet wurde.

Bisher ist es zum Glück noch nicht bundesweiter Durchschnitt, daß über 10% der Bevölkerung die DVU wählen, so aber in Mölln. Die CDU steht den Anschauungen solcher Parteien ja zunehmend aufgeschlossener gegenüber. Wie der Berliner Zeitung zu entnehmen ist, schrieb das Ehepaar Kohrt, er CDU-Vorsitzender von Mölln, sie CDU-Stadträtin, schon vor Jahren einen Brief an den Bürgermeister, den sich viele REPs in der damaligen Zeit nicht gewagt hätten. Dabei ging es um ein damals existierendes AsylbewerberInnenheim, das ihrer Meinung nach *»die Wohnqualität mindert«* und eine *»körperliche und seelische Bedrohung für sie und ihre Kinder«* darstellte. Belegt wurde das mit so folgenschweren Aussagen wie der Tatsache, daß sich minderjährige Möllner Mädchen in dem Haus aufgehalten haben. Das alles freiwillig, wie auch das Ehepaar Kohrt zugeben mußte. Außerdem sollen die Heimbewohner einen nicht anerkannten Weltrekord aufgestellt haben, indem sie *»leere Flaschen 80 Meter weit durch die Gegend geworfen haben«*.

In der jetzigen Zeit werden die abgebrannten Häuser durch Freiwillige des Cap Anamur Friedenscorps wieder aufgebaut. Sofort gab es Beschwerden aus der Bevölkerung wegen des störenden Lärms und des anfallenden Drecks in der Straße. Auf den Gedanken, beim Wiederaufbau mitzuhelfen, kommt natürlich niemand. Diese Einstellungen stehen im krassen Gegensatz zu den anfangs geheuchelten massiven Sympathiebekundungen. Dafür sind Verhaltensweisen zu beobachten, wie wir sie z.B. aus Quedlinburg leider bereits kennen. Menschen, die nicht einverstanden sind mit der »allgemeine Meinung«, trauen sich nicht, das auch zu äußern. Kleine Symphatiebezeugungen werden so durchgeführt, daß möglichst niemand etwas davon mitbekommt, weil es ja sonst möglich wäre, daß durch den Klatsch ein »negatives« Bild von jemanden entsteht.



Demo in Mölln anläßlich des Mordanschlags, durchgeführt u.a. von Michael Peter (rechts)

Das durch den freiwilligen Wiederaufbau durch Cap Anamur von der Stadt eingesparte Geld (die Häuser sind Eigentum der Stadt und waren ausreichend versichert) soll in eine Begegnungsstätte für Deutsche und Ausländer investiert werden. Die soll direkt hinter einem der beiden Häuser eingerichtet werden.

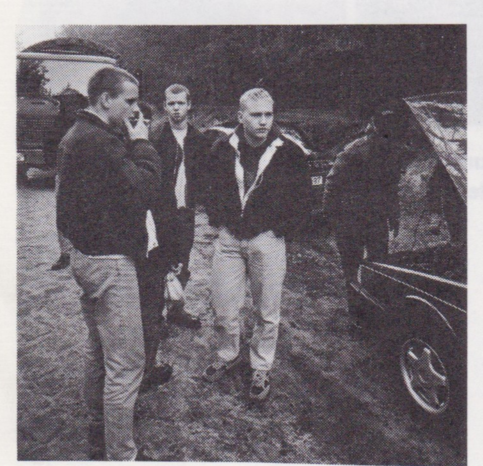
Am 28.1.93 wurde der stellvertretene NPD-Vorsitzende von Schleswig-Holstein, Heinrich Förster, wegen versuchten Mordes und schweren Landfriedensbruchs festgenommen. Er steht unter dem Verdacht, einen Brandanschlag auf ein AsylbewerberInnenheim in Bahlen (Mecklenburg-Vorpommern) im Juli 1992 organisiert zu haben. Der Zusammenhang mit Mölln besteht darin, daß Förster und der wegen der Mordanschläge in Mölln verhaftete Michael Peters u.a. gemeinsam in dem NPD-Kreisvorstand Lauenburg tätig waren.

BERLIN

Nazi-Aufmarsch in Halbe verboten

Für den 15. November 1992 meldete die Berliner Vorsitzende der BERLINER KULTURGEMEINSCHAFT PREUSSEN (Teil der DEUTSCHEN KULTURGEMEINSCHAFT) wie schon in den beiden letzten Jahren ein sog. »Heldengedenken« auf dem Soldatenfriedhof in Halbe an. Frau Dr. URSULA SCHAFFER (80) wurde auf Grund der antifaschistischen Öffentlichkeitsarbeit und vor allem wegen der Skandale, die durch ein gemeinsamen Auftreten der Bundeswehr mit organisierten Neonazis im Ausland ausgelöst werden könnten, ein Verbot des Polizeipräsidiums Potsdam zugestellt. Das war ein Erfolg der antifaschistischen Mobilisierung 1992, nachdem die Nazis im letzten Jahr nahezu ungestört marschieren konnten. Das Gebiet um Halbe war hermetisch abgeriegelt und bis auf ANDREAS STORR von der JN-Berlin und einigen anderen Schwachköpfen waren so gut wie keine Nazis durchgekommen. Die Nazis wichen dann mit einigen Minikundgebungen nach Stahnsdorf und Mittenwalde (FMJ), nach Egsdorf (FAP) und Massow, bei Halbe aus. Von den Nazis angemietete Lokale in Märkisch Buchholz und bei Halbe wurden in den Tagen vor dem Aufmarschtermin beschädigt bzw. angezündet, so kamen diese beiden Treffpunkte für





Die FAP bei ihrer Mini-Ersatzkundgebung in Egsdorf (oben)

Diese Nazis wollten es nicht wahrhaben, daß ihr »Heldengedenken« nicht stattfindet (links)

die Nazis schon mal nicht mehr in Frage. CHRISTIAN WORCHs NATIONALE LISTE ließ sich in Hamburg am Kriegerdenkmal festnehmen und in Cottbus wurde eine Ansammlung von DAlern aufgelöst. MEINOLF SCHÖNBORN beschränkte sich mit seinen Verbliebenen auf eine Niederlegung eines schwarz-weiß-roten Lappens ganz in der Nähe des NF-Zentrums, Detmold-Pivitsheide. Doch daß dann auch diejenigen von einer weiteren Verbotsverfügung betroffen waren, die mit zu der Unterbindung des Nazi-Aufmarsches beigetragen haben, gehört wohl zum deutschen Alltag. Das Verbot betraf die Antifa-Kundgebung vor dem Soldatenfriedhof und war gespickt mit einer langen Liste von militanten Antifa-Aktionen, die irgendwo und irgendwann in der BRD stattgefunden hatten. Erschwerend käme *»im vorliegenden Fall hinzu, daß zurechenbare autonome Gruppen, wie "Antifa-Jugendfront Berlin", "Edelweißpiraten" und die Herausgeber des "Antifa Infoblattes" diesem Spektrum angehören. (...) Das "Antifa-Infoblatt" propagiert den "Kampf gegen Faschismus auf allen Ebenen" durch "Aufklärung und der direkten Konfrontation" und veröffentlichte gegen den "Aufmarsch von Halbe" Fotos der Organisatoren.«* Nach der anfänglichen Genehmigung der Antifa-Kundgebung kam wahrscheinlich von den autonomenfressenden westlichen Behörden die Order, sich diese Verbotsbegründung aus den Fingern zu saugen. Trotz Verbotes wurde eine Protestkundgebung in Königs-Wusterhausen mit 400 Leuten durchgeführt. Hauptsächlich waren Antifas aus der gesamtem Ex-DDR angereist und es war schon ein recht buntes Häuflein, daß sich in KW am Bahnhof versammelt hatte. Dort wurde eine kurze Kundgebung abgehalten, während frei nach dem Motto »Bürger beobachten die Polizei« Fahrwachen die Durchführung des Verbotes der Nazi-Ansammlung überprüften. Leider waren weniger Leute als erwartet gekommen, wohl weil sie wegen des angekündigten Verbotes der Meinung waren, es ist besser, zu Hause zu bleiben. Eine schöne, natürlich gewaltfreie Szene gab es noch zu beobachten. Als wir am Bahnhof KW angelangten, gingen gerade drei Nazis in Armeekluft Richtung ihres Zuges nach Halbe. Fünf Minuten später kamen wieder drei Personen aus dem Bahnhof. Diesmal waren es zwei Polizisten, die in ihrer Mitte einen der Nazis mit freiem Oberkörper begleiteten.

»Reichsgründungsfeier« der Nazis in Heiligensee am 24.1.93 unter Polizeischutz

Für den 24. Januar 1993 hatte die »Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.« und das »Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk e.V.« gemeinsam zur »Feierstunde zur Reichsgründung« geladen. Dies wurde unter anderem durch einen taz-Artikel (Berlinteil) am 14.1.93 bekannt. Dort schrieb S. Weiland, daß die Veranstaltung in Spandau stattfände. Er wollte ausdrücklich niemandem den genauen Ort verraten – vielleicht weil er wußte, daß es sich mit Spandau um eine Finte handelte oder weil er den Anlaufpunkt der Nazis, U-Bhf Borsigwerke, nicht dem richtigen Bezirk zuordnen konnte? Die Staatsorgane waren über den Veranstaltungsort genau informiert. Die Polizei, in zivil und uniformiert, war zahlreich versammelt, um den Veranstaltungsort, die Kneipe St.Hubertus in der Schulzendorferstr. 3 abzuriegeln. Bevor die Nazis ihre Veranstaltung beendeteten, wurden die noch anwesenden AntifaschistInnen abgedrängt.

Kurios wirkt dann erstmal eine taz-Meldung vom 26.1.93, in der unter der Überschrift *»Rechten Treff bedrängt«* über diese Nazi-Veranstaltung abschließend zu lesen war: *»Die Polizei konnte die Meldung gestern nicht bestätigen.«* Dies heißt, daß die Versammlung der braunen Elite aus Berlin für die Staatsorgane gar nicht stattgefunden hat. Wohl aus guten Grund: Mit den scheinheiligen Verboten von einigen faschistischen Organisationen soll die Öffentlichkeit beruhigt werden. Wenn sich dann Nazis unter Polizeischutz versammeln können – paßt das nicht so recht ins Bild. An dieser Stelle wollen wir uns die Veranstalter nochmal genauer ansehen:

Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.

Sie ist Teil der Deutschen Kulturgemeinschaft und zugleich eine Schaltzentrale – nicht nur für die Berliner Nazi-Gruppen. Die Vorsitzende ist Dr. Ursula Schaffer, die in den vergangenen Jahren die Aufmärsche der Nazis in Halbe angemeldet hatte. Dafür hat sie viel Lob von der gesamten Nazi-Elite bekommen. Ansonsten tut sie sich durch umfassende Schulungen in vielen Bereichen für das gesamte Nazispektrum hervor.

Wer verbirgt sich hinter dem anderen Part bei dieser »Reichsgründungsfeier« in Heiligensee:

»Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk«

Hinter diesem erstmal unscheinbaren Namen hat sich eine mittlerweile zentrale Koordinationsstelle für verschiedene faschistische Organisationen und Gruppierungen in Berlin etabliert. Auf der anderen Seite dient es als »Blockadebrecher« ins bürgerliche Spektrum.

Gegründet wurde das Bildungswerk im Januar 1991. Das neofaschistische Monatsblatt »Europa Vorn« aus Köln schreibt in der Ausgabe Nr. 32 (Mai 1992) über das Bildungswerk: »Dem Vorstand gehören derzeit u.a. Vertreter der Republikaner, der Deutschen Liga, der NPD und der DSU an.« Im Dezember '91 wurde der ehemalige Berliner Rep-Chef Carsten Pagel zum Vorsitzenden des Bildungswerks gewählt. Über ihn laufen wesentliche Stränge des rechtsextremen Spektrums in Berlin. Auf der einen Seite vertritt er die Nazis als Rechtsanwalt vor Gericht, wie z. B. gegen das Verbot der Kundgebung der »Nationalen« im Mai letzten Jahres in Karlshorst mit David Irving, der mehrfach wegen der Leugnung des Holocaust verurteilt wurde. Bei dem Verbot des Halbe-Aufmarsches gab Pagel der »Kulturgemeinschaft« Rechtsbeistand. Insofern ist es auch nicht überraschend, daß das Bildungswerk zusammen mit den sich bekennenden Nationalsozialisten aus der »Kulturgemeinschaft« gemeinsame Veranstaltungen durchführt. Gleichzeitig ist Pagel in der Zeitung »Junge Freiheit« verantwortlich für die Hauptstadtseite. Die »Junge Freiheit« dient der rechtsextremen Bewegung als Blockadebrecher ins konservative und bürgerliche Spektrum.

Eine vergleichbare Funktion hat auch das Bildungswerk Fallersleben: Dort referierten in der Vergangenheit honorige Rechte aus der Grauzone. Zu nennen sind z.B. Dr. Roland Hahn (FU) über »Nationale Identität«, der einschlägig bekannte Prof. Klaus Motschmann über »Deutsches Nationalgefühl – der Irrweg einer Nation?« oder der Landesschulrat a.D. Bath, der über »Schule und Nation« aufklärte.

Diese braunen Schreibtischtäter konnten sich am 24.1. dann in feiner Gesellschaft wiederfinden: Den Veranstaltungsschutz in Heiligensee stellte Oliver Schweigert mit seinem Schläger-Anhang. Schweigert ist einer der Nazi-Multi-Funktionäre in Berlin: Mitglied in der »Deutschen Alternative« (Nr. 89), Bereichsleiter der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front usw.

Nazi-Waffenhändlerring ausgehoben

Seit Monaten betrieben 12 Männer im Alter von 21-30 Jahren einen internationalen Waffenhändlerring. Sie kauften die Waffen hauptsächlich in der Schweiz und Frankreich ein. Dabei ging der Polizei im Dezember '92 der 22-jährige Maurer RALF G. und der 23-jährige Stahlbetonbauer MICHAEL A. in Weil am Rhein ins Netz, als sie Waffen und 11.000 Schuß Munition schmuggeln wollten. Als Kopf der Gruppe wurde der 24-jährige Umschüler RALF M. genannt, bei dem die Polizei bereits im Juli '92 eine »Pump-Action« (Schrotflinte der US- Cops) fand. Sie versteckten die Schrotflinten, Gewehre, Munition, sowie Bajonette, Dolche und Kampfmesser in Erddepots im Grunewald und im Spandauer Forst. Sechs der Beschuldigten nahmen bereits 1986 in Spandau an einer »Wehrsportübung« teil und versuchten, einen Ortsverband der damals in Berlin nicht zugelassenen FAP zu gründen. Fünf Mitglieder gehörten darüberhinaus noch der FREIWILLIGEN POLIZEIRESERVE an, die in Berlin bei Großdemonstrationen und zum Schutz gefährdeter Politiker eingesetzt wird. Zwei von ihnen waren bereits wegen sexueller Mißhandlung von Kindern, Exibitionismus und Ladendiebstahl auffällig geworden. Am 3. Februar '93 inhaftierte die Polizei vier Personen, gegen sieben weitere wird ermittelt. (aus Berliner Zeitung)



1992 war Carsten Pagel Vorsitzender des »Hoffmann von Fallersleben Bildungswerkes«, das der »Deutschen Liga« nahe steht

Nazi-Aktivitäten im Kreis Königs-Wusterhausen (KW) waren schon des öfteren Thema auch bundesweiter Berichterstattung. Spektakuläres brachte das Nachrichtenmagazin »Spiegel-TV«, als im Sommer '91 eine Kreuzverbrennung des KU KLUX KLAN (KKK) gefilmt wurde. Mittlerweile regt sich der Protest von antifaschistischen Jugendlichen in KW, die, wie an vielen Orten der fünf neuen Bundesländer, dem Terror der Nazis ausgesetzt sind.

Antifaschistischer Widerstand in Königs-Wusterhausen

Fangen wir mit einem Blick auf die Landkarte an: KW liegt 20 Kilometer südöstlich von Berlin, hat ca. 20.000 EinwohnerInnen, die zu einem großen Teil in den üblichen Plattenbausiedlungen wohnen. Im Kreis KW liegt auch die Gemeinde Halbe, die 1990 und 1991 Aufmarschort von bundesweit angereisten Faschisten war. Als MusikerInnen und Leute aus Kreuzberg im benachbarten Zeesen die alte Villa Gustav Gründgens, das »Schloß«, besetzten, machten sie sehr unterschiedliche Erfahrungen mit den neuen Nachbarn. Von Vielen wurden sie freundlich aufgenommen und akzeptiert – von den meist jugendlichen Nazis dagegen wurden sie angegriffen. Für Jugendliche, die sich den Nazi-Terror nicht mehr gefallen lassen wollten, war das »Schloß« der erste Anlaufpunkt, an dem auch Kulturveranstaltungen und Konzerte stattfinden.



Antifaschistische SchülerInnen-Demo am 3. Februar 1993

In Berliner Antifa-Gruppen begann eine Diskussion, wie etwas gegen die Festigung eines »braunen Gürtels« rings um Berlin unternommen werden könnte. In den Kleinstädten Brandenburgs wurden sofort nach der Wende mit West-Hilfe Nazi-Gruppen aufgebaut. Während die Nazis in Berlin auf starken Widerstand stießen, verlagerten die Berliner Kader ihre Aktivitäten ins Umland. Diese Taktik ist schon aus den 20er- und 30er Jahren bekannt – nach der Einkreisung Berlins begann die NSDAP, die Stadt zu erobern. Die »Kameradschaft« der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) in KW galt als eine der ersten in den neuen Bundesländern. So fuhren einige Berliner Antifas des öfteren nach KW. Wie immer stand am Anfang erstmal das gegenseitige Kennenlernen und das Begreifen, in welcher Situation die Antifas im Kreis KW leben. Ziel war, die Antifas zu unterstützen, um sich miteinander in einer Struktur zu vernetzen.

Begonnen hatte alles mit dem Zeigen von Filmen über Nazi-Organisierung, wobei die Erfahrung gemacht worden ist, daß diese Filme teilweise sehr lang und auch erschlagend sein können, weil darin fast nur Nazi-Aktivitäten zu sehen sind. Doch es entwickelten sich einige gute Diskussionen, die eine gemeinsame Grundlage für die Antifa-Aktivitäten gelegt haben. Die BerlinerInnen brachten auch Infomaterial mit und zusammen wurde darüber geredet, was für Ideen und Erfahrungen es gibt und wie die dann auch umgesetzt werden können. Erstes sichtbares Zeichen, daß es unter der Jugend in KW nicht nur Nazis gibt, waren zahlreiche Aufkleber, die die Eintönigkeit der von der NF beschmierten Bushaltestellen und Trafohäuschen erhellten. Dann gingen die Antifas zusammen mit den UnterstützerInnen zwei mal Nazi-Parolen übermalen und Plakate kleben, die aus Berlin mitgebracht worden waren (Bleiberecht für alle). Wichtig war, gerade dort zu kleben, wo die Nazis wohnen, um ihnen zu zeigen, daß man keine Angst hat und um den anderen Jugendlichen Mut zu machen. Daraufhin entwarf die Antifa-Jugend KW ihr erstes eigenes Plakat und Flugblatt, die selbstverständlich noch intensiver verbreitet worden sind als die aus Berlin exportierten. Nach der ersten Phase von Aktivitäten war dann

erstmal die Luft raus, weil nicht klar war, wie es weitergehen konnte und was die KWer Antifas selbst weitermachen wollten. Es gab in der Gruppe auch nur einige richtig Aktive, die oft allein dastanden. Nun begann eine zweite Phase der Auseinandersetzungen und Diskussionen. Diese ganzen Schwierigkeiten im Aufbau einer Antifa bestehen ja nicht im luftleerem Raum, sondern werden auch geprägt durch die Nazi-Bedrohung.

Organisierte Nazis in KW

Schon am 25.8.91 gab es, nach einigen fehlgeschlagenen Überfällen auf das Zeesener Schloß, einen Angriff, bei dem ein Unterstützer der BesetzerInnen aus einer Kleinkaliber-Handfeuerwaffe angeschossen worden war. Ende August wurde der damals 17-jährige SILVIO JAKOWSKY vernommen. Er behauptete, der Angriff sei von einer Gruppe aus der alten BRD ausgeführt worden, doch auch die rechte Szene in KW besäße Präzisions- und Handfeuerwaffen. Eine wichtige Rolle spiele RALF LUCKOW, als JUNGSCHARFÜHRER der NF, der seinerseits Kontakte zum KKK und zu einer Terrorgruppe ISOR habe. Schon im Adressbuch Michael Kühnens wurde Luckow als Kameradschaftsführer geführt.

Die NF-KW um HAGEN BOHRLOCH aus Bestensee spielt wohl die wichtigste Rolle in der regionalen Nazi-Szene. Ihr fiel eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung des sog. »Heldengedenken's« in Halbe zu und Bohrloch verschickte Adressen von Antifas an die NF-Zentrale nach Detmold-Pivitsheide. Bohrloch selbst stieg im November '91 in die »Bereichsleitung-Mitte« der NF auf. Am Tage des NF-Verbotes fand



Der Zug der NF 1991 in Halbe: ganz rechts Hagen Bohrloch, der im November 91 zum »Bereichsleiter Mitte« berufen wurde, der dritte von links mit Fahne und Handschuhen ist Jens Puhse

auch bei ihm eine Razzia statt. Danach war seine Wohnung Anlaufpunkt für zahlreiche NF-Kader von auswärts. In dem NF-internen Rundschreiben »Aufbruch« wird die Ortsgruppe immer wieder lobend erwähnt oder tritt mit eigenen Aktionsberichten auf. Der NF-Kader RENE MAURITZ aus KW zog vor drei Jahren nach Windeck-Schladern und betrieb dort den Aufbau der regionalen NF Rhein-Sieg. In KW wird von organisierten Faschos auch das Nazi-Skin Fanzine «United Skins« herausgegeben, das u.a. gute Kontakte zu »Proißens Gloria« Herausgeber STEVEN JONES aus Berlin unterhält.

Weiterhin ist in KW noch die FAP aktiv, der der schon zitierte Schläger Silvio Jakowsky und die drei PAULE-Brüder zugerechnet werden. Ein Treffpunkt für Nazi-Versammlungen ist der »Märkische Hof« in KW, der in seinen Anzeigen mit der Odalsruhne wirbt. Dort war nach antifaschistischem Protest (Antifas zeigten Intresse für die Einrichtung) am 5.9.92 eine DVU-Veranstaltung mit GERHARD FREY abgesagt worden, bei der vemutlich ein Landesverband Brandenburg gegründet werden sollte. Auch die NF hatte den Saal gemietet, doch das Polizeipräsidium Potsdam untersagte das Nazi-Treffen, welches trotzdem in der »Sportlerkneipe« stattfand.

Silvio Jankowski terrorisiert in KW antifaschistische Jugendliche



Wehrsport

Die Neonazis aus KW werden auf den zahlreichen verlassenen Übungsplätzen der Sowjetarmee im Kreisgebiet militärisch trainiert. Schwerpunkte liegen bei Halbe, Massow und Freidorf, wo BürgerInnen bestätigen, daß sie des öfteren Schüsse hören, die nicht von Jägern stammen können. Ein Beispiel für die hohe Toleranz, die Nazis in dieser ländlichen Gegend genießen, ist Freidorf. Dort lebt ALFRED KAISER, ein älterer Mitbürger, der »Zugführer« einer Horde von Nazi-Skins ist, die bei ihm im NVA-Jeep vorfahren. Kaiser veranstaltet mit den jungen Nazis an den Wochenenden paramilitärisches Training, was so gut wie allen BürgerInnen des Dorfes bekannt ist. Denn Kaiser versteckt seine Einstellung durchaus nicht. Er läuft in voller Nazi-Uniform, einschließlich Hakenkreuz, durch das Dorf. Er besitzt eine scharfe Pistole, deren Existenz den AnwohnerInnen durch die häufigen Schießübungen auf seine Scheune bekannt ist. Auch die paramilitärischen Übungen an anderen Orten des Landkreises sind ein offenes Geheimnis. Wenn man die Gruppen mit den Tarnuniformen und Klappspaten über die Landstraße ziehen sieht, dann sieht man lieber weg und regt sich nicht weiter auf. Auch die Polizei des Kreises weiß von den »Wehrsportübungen«, doch nach Angaben der Berliner Zeitung fehlen ihr die Einsatzkräfte, um dagegen vorzugehen.

Anschläge auf GUS-Soldaten und Flüchtlinge

Am 5.Mai flogen zwei Brandflaschen in eine Pätzer Wohnung, in der eine Familie eines Soldaten der GUS wohnte. Ein Brandsatz flog auf ein Bett, in dem zwei Kinder schliefen, konnte aber gerade noch rechtzeitig

von den Eltern gelöscht werden. Auch das Flüchtlingsheim in Pätz war schon des öfteren Ziel von Brandanschlägen, die mit Hilfe eines roten BMWs ausgeführt wurden. Am 8. November wurden drei PKW's von Flüchtlingen im benachbarten Schulzendorf angezündet, wo MICHAEL BRAUN, der in der Kartei der NATIONALEN ALTERNATIVE geführt wird, sein Unwesen treibt. Die Flüchtlinge werden nicht nur in den Heimen angegriffen, sondern sind sich auch auf den Straßen ihres Lebens nicht sicher: Anfang Dezember '92 wurde ein kurdische Frau mit einem Auto angefahren und zum Glück »nur« verletzt. Sie war bereits am 9.November aus einem Auto heraus beschimpft und angefahren worden. Als am 1. November im naheliegenden Dolgenbrodt ein für 85 Flüchtlinge vorgesehenes Heim bezogen werden sollte, brannte die Baracke bis auf die Grundmauern ab – die Täter werden in den Reihen der AnwohnerInnen vermutet, die wiederholt einen Aufschub der Belegung erreicht hatten.

Bedrohungen und Morde

Die Neonazis aus dem Kreis KW fallen unter anderem durch ihre menschenverachtende Brutalität auf. Am 7. November '92 ermordeten drei Nazi-Skins aus KW den 51 jährigen obdachlosen ROLF SCHULZE aus Zossen, den sie an den Kolpin-See verschleppten, erschlugen und anschließend mit Benzin übergossen und angesteckt hatten. Zwei der mutmaßlichen Täter, DANIEL K. und THOMAS S., wurden sofort inhaftiert; der dritte Beteiligte, MARCO WENZEL, stellte sich, nachdem er zur Fahndung ausgeschrieben wurde. Als in der Nacht vom 7. auf den 8. November zwei 16-jährige antifaschistisch eingestellte Jugendliche tot an den S-Bahn Gleisen zwischen KW und Wildau gefunden wurden, verschleppten die Behörden die Ermittlungen. Sie behaupteten, die beiden Graffiti-Sprayer seien beim S-Bahn Surfen umgekommen. Die FreundInnen der Beiden jedoch betonten sofort, daß dies ganz und gar unmöglich sei, da der Eine immer panische Angst vor dem S-Bahn-Fahren hatte und im Normalfall kein S-Bahn-Waggon betrat. Auch Hinweisen auf Bedrohungen von Neonazis, die einem der Beiden des öfteren direkt gesagt bzw. ausgerichtet worden waren, ging die Staatsanwaltschaft anfänglich nicht nach, sondern wollte das Verfahren einstellen. Nach Vorlage neuer Indizien, die klar auf Mord schließen lassen, werden die Ermittlungen jetzt weitergeführt.

Die antifaschistischen Jugendlichen aus KW waren von Anfang an Ziel rechter Angriffe. Im Januar '92 überfiel eine vermummte Gruppe Nazis die Wohnung eines Antifas in Bestensee aus Rache für eine der oben erwähnte Plakataktionen. Sie trafen jedoch nur den Vater des Jungen an, schossen ihm mit einer Gaspistole ins Gesicht und beschädigten den Wohnblock. Drohbriefe und -anrufe sind an der Tagesordnung. Den Antifas wird an der Schule von Anderen ausgerichtet, daß sie »nicht mehr lange zu leben« hätten. Genauso gehören gezielte Überfälle auf Einzelne, Wohnungen und Feste zur alltäglichen Bedrohung der Jugendlichen. Erst im November '92 wurde versucht, einen Antifa mit einem PKW zu überfahren. Die NF-Gruppe KW schrieb dazu in der August-Ausgabe des »Aufbruchs«, daß *»vor allem eine neue "Antifa-Jugend Kwh" und die Autonomen im Zeesener Schloß«* Probleme machen würden.

Die Antifas machen weiter – eine Flugblattaktion

Trotz der massiven Bedrohungen verloren die Antifas aus KW nicht den Mut, sondern fingen erst richtig an. Von der alten Gruppe blieben nur wenige übrig, die nicht resigniert hatten, doch neue AktivistInnen stießen dazu. Nach vielen Gesprächen fand dann eine Aktion an der 1. Gesamtschule KW statt. Bei einer Meinungsumfrage unter den SchülerInnen, welchen neuen Namen diese Schule bekommen soll, sprachen sich 51% für die Namen »Adolf Hitler- oder Rudolf Hess-Schule« aus. 30 Antifas aus Berlin zogen durch die Klassenräume und verteilten Flugblätter, die auf die Aktivitäten der NF hinweisen: *»ANDREAS DANN, RALF ZIERCKE, CHRISTIAN LAMP-*



Position beziehen!

gegen Rassismus und Naziterror!

Offensichtlich bekommen in Königs-Wusterhausen neonazistische Gruppen immer mehr Zulauf von Jugendlichen.

Auch hier an der 1. KWer Gesamtschule findet eine solche Entwicklung statt.

Faschistisches Gedankengut wird hier offen gehandelt. Immer wieder tauchen Parolen an den Hauswänden und Aufkleber der faschistischen Partei "Nationalistischen Front" ("NF") auf. In der Schule wird Schulungsmaterial der NF gelesen und weitergereicht. Einige Schüler laufen mit T-Shirts des faschistischen Ku-Klux-Klan's, mit Hakenkreuzen oder sonstigen faschistischen Parolen drauf rum. Ausländerfeindliche und rassistische Sprüche sind sowieso an der Tagesordnung. Ihr faschistisches Gedankengut setzen sie auch in die Tat um. Diejenigen, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen werden angepöbelt, angegriffen und Sachen von ihnen beschädigt.

Stefan Dumreuse, Andreas Dann, Ralf Ziercke, Christian Lamprecht, Thomas Braun und Andreas Komenda sind organisierte Nazis, die hier an der Schule ihr Unwesen treiben.

Einige Schüler sind hilflos gegen die Faschos aber viele rennen den Nazis hinterher. Sie sympathisieren mit dem faschistischen Gedankengut oder stehen schon fest dahinter. Teilweise beteiligen sie sich an Aktionen der "NF", wie z.B. Wehrsportübungen in den umliegenden Wäldern. Dort werden diverse Kampftechniken geprobt.

Die Lehrer schauen dieser Entwicklung tatenlos zu. Das Herunterspielen und Verharmlosen solcher Entwicklungen bestärkt aber die rechten Schüler in ihrer Einstellung. Auch die Lehrer sind gefordert sich gegen diese menschenverachtende Entwicklung zu stellen und die offene Auseinandersetzung über Faschismus und Neo-Faschismus zu führen.

- ***Alle Leute, die meinen bei den Faschos mitrennen zu müssen oder selber welche sind, sollten sich in Zukunft genau überlegen, ob sie das wirklich riskieren wollen.***
- ***Alle die gegen Faschisten und rassistische Überfälle sind, sollten sich überlegen wie sie auf diese Entwicklung reagieren können z. B. mit deinen Mitschülern darüber reden, den betreffenden Schülern klarmachen, daß faschistisches Gedankengut nicht akzeptiert werden kann. Nur wenn die Faschos merken, daß ihre Meinung auch abgelehnt wird und ihr Handeln auch Konsequenzen hat, werden sie sich dazu Gedanken machen.***
- ***Alle, die was gegen Nazis machen wollen und Unterstützung oder Infos brauchen oder Infos über Fascho-Aktivitäten haben, können sich bei uns melden.***

Am 24. Februar verteilten Antifas dieses Flugblatt – auf der Rückseite wurde die NF genauer beschrieben.



Nazis raus! Autonome stürmten eine Schule

Königs Wusterhausen – Schock für die Mädchen und Jungen der 7. Klasse an der 1. Gesamtschule in Königs Wusterhausen in der ersten Stunde. Mitten im Matheunterricht stürmten dreißig junge Frauen und Männer in den Klassenraum und machten Krawall.

Die Lehrerin zur BZ: „Ich verurteile die Form des 'linken Besuches', die Inhalte des Flugblattes kann ich aber durchaus mittragen. In ihrer Orientierungslosigkeit sehe ich eine Hauptursache für die Probleme unserer Jugend."

Springer-BZ, 26. November 1992

Die Vorderseite des zweiten Flugblatts



DEN ANTIFA-WIDERSTAND ORGANISIEREN!

Antifas haben am Morgen des 24. 11. 92 an eurer Schule Flugblätter verteilt. Ziel der Aktion war es, dem Terror der Nationalistischen Front (NF) und ihrer Sympathisanten etwas entgegenzusetzen und die Atmosphäre der Angst, die sie unter allen anderen verbreiten, zu durchbrechen. Das dies richtig war, haben uns sowohl die positiven Reaktionen vieler SchülerInnen innerhalb der Schule als auch die Nervosität der NF-Scheitelchen gezeigt. Diese haben gleich am nächsten Tag ein ziemlich schlecht gemachtes Flugblatt mit unzähligen Rechtschreibfehlern verteilt. Vielleicht sollten sie öfter mal im Deutschunterricht aufpassen, statt durch den Wald zu robben...

In dem Flugblatt versuchen sie, sich als friedliebende Bürger zu verkaufen, die völlig grundlos von Antifas angegriffen worden seien. Außerdem seien sie keine Rassisten und in keiner Partei organisiert.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Schon mit dem Antwortflugblatt auf die antifa-Aktion haben die Schreiber zugegeben, daß sie ein Interesse haben, im Namen der NF Stellung zu beziehen - einer Partei, die in der Vergangenheit mehrmals zu Wahlen angetreten ist und mittlerweile übrigens als rechtsextrem verboten ist.

Seit ihrer Gründung 1985 steht die NF für faschistischen Terror:

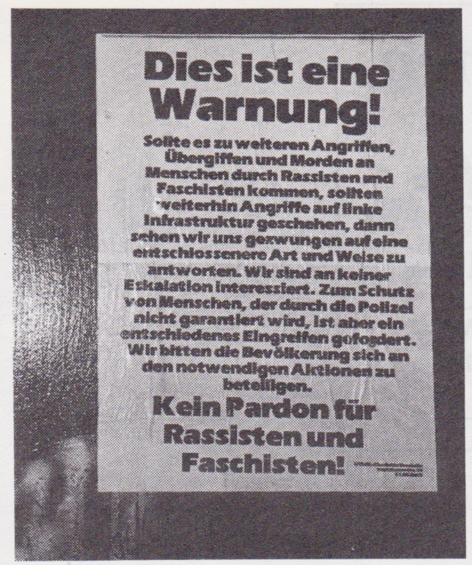
- *Schon im Dezember 1988 zündete der NF-Aktivist Josef Saller in Schwandorf (Oberpfalz) ein Wohnhaus an, in dem vier Menschen türkischer Staatsangehörigkeit verbrannten. Saller war kurz zuvor in der NF-Bundeszentrale in Bielefeld gewesen.*
- *Mitte 1992 rief die NF direkt auf zur Bildung von terroristischen Kampfgruppen (NEK's - Nationale Einsatzkommandos), die "den Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichteter, sicherer und noch erfolgreicher durchführen" sollten.*

RECHT, THOMAS BRAUN und ANDREAS KOMENDA (Vorsicht, nicht bei allen Namen ist die richtige Schreibweise bekannt, d. Red.) *sind organisierte Nazis, die an der Schule ihr Unwesen treiben«* hieß es in dem Flugblatt. *»In der Schule wird Schulungsmaterial der NF gelesen und weitergereicht. Einige Schüler laufen mit T-Shirts des faschistischen KKK, mit Hakenkreuzen oder sonstigen faschistischen Parolen herum.«* An der Schule treten besonders Komenda und Ziercke als geschulte NF-Kader in Erscheinung.

Das Echo auf die Aktion belegte, daß die Antifas den richtigen Ton getroffen hatten. Die Flugblattverteilung war Gesprächsthema Nr.1 im ganzen Ort und viele Zeitungen berichteten positiv. Aus dem Rahmen fiel natürlich die BZ, die mit *»Nazis raus - Autonome stürmten Schule«* titelte. Das Flugblatt verbreitete sich in Windeseile und wurde in den Klassen heiß diskutiert. Anfänglich waren die genannten Nazis verunsichert. Danach verbreiteten sie ein Gegenflugblatt mit so entsetzlich vielen Rechtschreibfehlern, daß die Antifas ihnen in einem zweiten Flugblatt empfahlen, doch *»lieber im Deutschunterricht aufzupassen, statt durch den Wald zu robben«*. Die Antifas diskutierten auch mit LehrerInnen sowie den SchülerInnen und Gesprächskreise wurden von der Direktorin zugesagt. Als das oben erwähnte Gegenflugblatt der NFler verteilt wurde, erregte sich die Lehrerschaft noch einmal, weil die Nazis erklärten, daß ihre Meinung von den Lehrern bisher toleriert wurde. Danach kehrte für die »Pädagogen« wieder der Alltag ein und bereits gemachte Zusagen für »Projekttage« wurden zurückgezogen. Es meldeten sich aber einige SchülerInnen anderer Schulen, die sich bei ähnlichen Aktionen an ihrer Schule auch beteiligen wollten.

Die erste SchülerInnen Antifa-Demo

Die antifaschistischen SchülerInnen waren durch diesen kleine Erfolg ermutigt und beantragten nun bei der SPD-Bürgermeisterin von Zeesen LEHMANN, deren Sohn BJÖRN auch in der NF organisiert ist, Räume für einen Treffpunkt. Sie argumentierten, daß sie keinen Platz für sich haben, da die beiden rechten Jugendklubs »Kaktusbox« und »Progress« für sie tabu sind. Diese Mission war erfolgreich und die Antifas richteten mit Zuschüssen nun ihr eigenes Zentrum ein. Nach dem Einzug und der Renovierung der neuen Räumlichkeiten planten die Antifas jetzt ihre



Dieser Demoaufruf wurde massiv geklebt

erste eigene SchülerInnen-Demo. Sie bereiteten diese selbst vor, verteilten Aufrufe vor den Schulen und setzten Anzeigen in die Zeitung. Am 3. Februar war es dann endlich soweit und über 400 SchülerInnen nahmen trotz Angst vor dem Nazi-Terror an der Demo teil. Das Durchschnittsalter der DemoteilnehmerInnen lag ungefähr bei 14 Jahren. Der Zug zog mit guter Stimmung auch durch die Plattenbausiedlungen, wobei den teilweise an den Balkonen hängenden Rechten Parolen wie *»Nazis verpisst euch, keiner vermisst euch«* zugerufen wurden. Die ca. 30 Nazis, die zur Störung und Einschüchterung der DemoteilnehmerInnen ausgeschickt waren, wurden vom Demoschutz immer wieder des Feldes verwiesen und hatten keine Chance. Es ist zu hoffen, daß die vielen SchülerInnen, die dieser Demo aus Angst ferngeblieben waren, nach diesem Erfolg beim nächsten Mal mitkommen und anfangen, sich gegen den Nazi-Terror zu wehren. Die Demo war umso mehr ein Erfolg, wenn man den Umstand betrachtet, daß zu einer Lichterkette im Dezember 92 nur 50 BürgerInnen erschienen waren.

Nachtrag: Nach der Demo gingen die Einschüchterungsversuche weiter. Silvio Jakowsky überfiel direkt nach der Demo einen Antifa und stahl ihm seinen Rucksack, in dem die Demotransparente untergebracht waren. Der Sohn des SPD-Stadtverordnetenvorstehers aus KW, MARKOLF BRUMLICH, hängte am Tage nach der Demo am schwarzen Brett seiner Schule ein Flugblatt aus, in dem die antifaschistischen DemonstrantInnen aufs übelste beschimpft werden: *»Paßt auf, daß ihr nicht die nächsten seid, die Blut spucken müssen!«* heißt es unzweideutig in dem Text. Zum Schulschluß wurde er von einer Gruppe Schutzgruppe der NF abgeholt.

Das Beispiel von der Antifa-Arbeit in KW zeigt, wie wichtig eine Unterstützung von Gruppen ist, die mit der massiven Nazi-Organisierung konfrontiert sind. Die Erfahrungen der Berliner UnterstützerInnen zeigen, daß man bei dieser Arbeit keinen Anspruch auf eine gradlinige schnelle Entwicklung haben kann – für diese Arbeit ist ein langer Atem notwendig. Die Unterstützungsarbeit hat bisher Spaß gemacht und es gab für die BerlinerInnen jede Menge neue Sachen zu lernen. Dabei ging es nie um eine Belehrung, sondern um einen Erfahrungsaustausch, die Weitergabe von Wissen, Infomaterial und den Aufbau einer Infrastruktur zur gegenseitigen Unterstützung. ■

Königs-Wusterhausen, 3. Februar 1993





CONNEFORDE

Am 19. Dezember haben AntifaschistInnen aus Oldenburg die alljährlich stattfindende Wintersonnwendfeier des Ahnenstättenvereins Connforde durch ihr Auftreten und das Verlesen einer Erklärung gestört. Im Ahnenstättenverein versammeln sich Menschen, deren Anliegen es ist, faschistisches Gedankengut gesellschaftsfähig zu machen. Sie setzten sich für die Gemeinschaft des »Nordmenschen« (Edo Pille in »25 Jahre Ahnenstättenverein«) und für die »Erhaltung der Art« (Hans Dirk in Rede zur Sonnenwendfeier 1988) ein.

LANDSTUHL

In der Nacht vom 14.1. zum 15.1.93 hat die Gewaltfreie Aktionsgruppe Clara Wichmann das nationalsozialistische »Hitler-Denkmal« in Landstuhl/Pfalz dadurch zerstört, daß sie den Kopf »Hitlers« absägten und mitnahmen und ein Schild mit der Aufschrift *»Keine faschistischen Denkmäler!«* hinterließen.

MESCHEDE

Im Sauerländischen Meschede verhinderten AntifaschistInnen am 27.12.92 eine geplante Anti-Antifa-Demo der Sauerländer Aktionsfront. Die Demo sollte unter dem Motto *»Gegen Deutschenfeindlichkeit und volksverhetzende Medien«* stehen. Die sich versammelnden Faschos wurden jedoch von Antifas angegriffen und mußten später nach der Auseinandersetzung unter Bullenschutz aus Meschede geleitet werden.

RENDSBURG

Matthias wurde zusammen mit anderen von Jugendlichen aus dem Büdelsdorfer Jugendtreff telefonisch zu Hilfe gerufen, da sich vor dem Jugendtreff eine Gruppe von Nazis versammelt hatte. Als Matthias mit den anderen beim Jugendclub erschien, waren aus dem Gebäude Hilferufe zu hören. Matthias wollte zu Hilfe kommen und es kam zu einer Auseinandersetzung, bei der ein Faschist Prellungen davontrug. Unmittelbar danach wurde Matthias von zwei anwesenden Zivilbullen festgenommen. Jetzt ist er zu 7 Monaten ohne Bewährung wegen gefährlicher Körperverletzung eines Faschisten und Widerstand gegen die Polizei verurteilt worden.

Spenden für den Prozeß an: Theprax Infoladen, Konto: 73 01 48 03, BLZ: 214 300 70, Vereins- u. Westbank Rendsburg, Stichwort: Matthias

HAMBURG

Haftverschonung für G. Bögelein

Nach rund zwei Jahren Gefängnis ist Gerhard Bögelein wieder draußen. Am 8. Dezember erhielt der 69jährige Haftverschonung auf Grund seines schlechten Gesundheitszustandes. Gerhard Bögelein wurde kurz nach dem rechtlichen Vollzug der Wiedervereinigung unter dem Vorwurf, den faschistischen Wehrmachtsrichter Kallmerten 1947 in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager getötet zu haben, in Leipzig verhaftet und in einem unsäglichen Verfahren zu lebenslangem Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da die Verteidigung von Gerhard Bögelein Revision eingelegt hat.

TÜBINGEN

Am 26.11.92 legte die Belegschaft der Zanker-Werke in Tübingen aus Protest gegen neonazistische Gewalt gegen EmigrantInnen und Flüchtlinge für eine Stunde ihre Arbeit nieder.

MÖNCHENGLADBACH

500 AntifaschistInnen, darunter Falken, VVN-BDA, Jusos, Grüne, RedSkins, EmigrantInnen und Autonome verhinderten am Volkstrauertag eine geplante Kundgebung von etwa 80 bis 100 Faschisten. Seit Anfang der 80er Jahre konnten die Neofaschisten jedes Jahr ungestört und von der Stadt genehmigt eine Kundgebung mit Fackelzug und Kranzniederlegung im einst von Joseph Goebbels eingeweihten Ehrenfriedhof im Rheydter Schmölderpark durchführen.

BERLIN

In Berlin wurden im November und Dezember drei Antifaschisten wegen angeblicher Beschädigung von Priems Auto und »Raub« verhaftet und trotz mangelnder Beweise einen bzw. zwei Monate in Untersuchungshaft gehalten. Bei dem »Raub« handelte es sich um Propagandamaterial der Berliner Natinalen Offensive. Die erst erhobene Anzeige wegen »schweren Raubes« (Mindeststrafe 5 Jahre ohne Bewährung) mußte die Staatsanwaltschaft wieder fallen lassen.

Kein Rederecht für Benoist

Am 6.2.93 sollte in der Humboldt-Uni eine Veranstaltung mit ALAIN DE BENOIST aus Paris, einem führenden Vertreter der Neuen Rechten, stattfinden. Veranstalter waren KUNST & KULTUR gGmbH und DS-Kultur. Die HUB kündigte die Räume und so sollte alles bei der »Neuen Gesellschaft für Literatur«, Rosenthaler Str. 38 stattfinden. Noch bevor die Veranstaltung begann, wurde Benoir *»von einer Gruppe teils vermummter Autonomer bedrängt, niedergeschlagen und zum Rückweg in sein Hotel gezwungen«* (Berliner, 8.2.). Benoir kam eine Stunde später unter Polizeischutz mit *»beschmutzter Kleidung und zerbrochener Brille«* wieder. Die Veranstaltung fand trotzdem nicht statt, weil die GesprächspartnerInnen keine »Lust« mehr hatten.

PASSAU

Prozesse gegen AntifaschistInnen

Wir sind eine antifaschistische Gruppe aus dem westlichen Ruhrgebiet. Gebildet haben wir uns, nachdem es anläßlich einer DVU-Großkundgebung zu Festnahmen von 21 Menschen aus dieser Region gekommen ist. Wir verstehen uns als eine die anstehenden Prozesse vorbereitende und begleitende Gruppe.

Die 1971 von ehemaligen CDU/CSU-Mitgliedern und Altnazis gegründete DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) mit dem Vorsitzenden Gerhardt Frey ist mit mindestens 20.000 Mitgliedern die größte neofaschistische Organisation Deutschlands. Die DVU ist in Bremen und Schleswig-Holstein im Landtag vertreten. Ihr sind mehrere Aktionsgemeinschaften angeschlossen, so u.a. die INITIATIVE FÜR AUSLÄNDER-RÜCKFÜHRUNG (IfA) und die AKTION DEUTSCHES RADIO UND FERNSEHEN (ARF). Das Programm der DVU lehnt sich im wesentlichen an das 25 Punkte-Programm der NSDAP von 1920 an. Seit der Gründung bis zur Mitte der 80er Jahre hat Frey dazu aufgerufen, die CDU/CSU zu wählen: »Wenn die CDU/CSU...siegt, werden unsere Chancen besser sein«(Deutsche Nationalzeitung 17.11.72). Neben der propagandistischen Tätigkeit über Freys Zeitungsimperium führt die DVU größere Saalveranstaltungen durch, so z.B. in Passau mit einigen tausend TeilnehmerInnen. Die DVU nutzt diese Großkundgebungen, um ihre völkisch-rassistische Hetze zu verbreiten. 1992 trat in Passau der »Historiker« David Irving auf, obwohl er - ein Verbreiter der sogenannten Auschwitzlüge - offiziell Einreiseverbot in der BRD hat.

1992 wurde erstmals bundesweit gegen die DVU-Veranstaltung in Passau mobilisiert. Ca. 3.000 Menschen kamen, um an verschiedenen Gegenaktionen teilzunehmen. Morgens trafen sich einige hundert vor der Halle, in der die Veranstaltung stattfinden sollte; Ziel war es, den FaschistInnen den Zutritt zu verwehren. Das anwesende Sondereinsatzkommando der Polizei (USK) ging sofort brutal gegen die DemonstrantInnen vor und drängte sie mit Hilfe eines Schlagstockeinsatzes von der Halle weg. Daraufhin wurde versucht, die anreisenden FaschistInnen an verschiedenen Zufahrtsstraßen durch Blockaden aufzuhalten. Im Zusammenhang mit einer solchen Aktion wurden 22 Personen aus Nordrhein-Westfalen festgenommen. Alle blieben bis nach Mitternacht in Sicherheitsverwahrung, gegen 6 AntifaschistInnen wurde willkürlich Haftbefehl erlassen. Nach 5 Tagen wurde der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt und die Leute gegen Auflagen entlassen. Gegen alle 22 wurde wegen Landfriedensbruch ermittelt.

Inzwischen begann die Prozeßreihe gegen die AntifaschistInnen. Der Vorwurf lautet:»... *sich an Gewalttätigkeiten gegen Sachen, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen wurden, als Teilnehmer beteiligt zu haben.*« Daß hier die Anklage auf Landfriedensbruch lautet, wundert nicht. Der Landfriedensbruchparagraph wurde eingeführt als Handhabe gegen das Demonstrationsrecht; er ist sehr dehnbar. Es wird versucht, die bloße Anwesenheit in einer Menschenmenge, aus welcher heraus »Straftaten« verübt wurden, unter Strafe zu stellen. Sinn und Zweck ist es, DemonstrantInnen vom weiteren Verbleib in der Menge abzuhalten und alle in der Menge zu kriminalisieren. Welche Personen im Konfliktfall jeweils als StraftäterInnen gefaßt und abgeurteilt werden, ist zweitrangig und vielfach zufällig. Es bleibt der Polizei überlassen, ob sie aus einer größeren Zahl von DemoteilnehmerInnen bestimmte »Teilmengen« ausgrenzen und festnehmen will.

Die Prozeßtermine erstrecken sich von Anfang Januar bis in den März. Die zum Prozeß aufgeführten Zeugen lassen sich unterteilen in Polizisten, Zivilpersonen und Festgenommene. Aus den Ermittlungsakten geht hervor, daß die Polizeizeugen keine prozeßrelevanten Aussagen machen können. Die Aussagen von Personen, die im gleichen Zusammenhang festgenommen wurden, kamen mehr oder minder unter starkem Druck der Polizei zustande (z.B. wurde ein Schüler von Polizeibeamten aus dem Unterricht geholt und verhört). Die Verwertbarkeit dieser Aussagen muß nach juristischen Maßstäben angezweifelt werden, mittlerweile sind die Verfahren gegen diese Personen eingestellt. Die Aussage der einzig relevanten zivilen Zeugin weist Widersprüche auf (so identifiziert sie z.B. eine Person, die sich nachweislich nicht am »Tatort« aufgehalten hat).

Es ist bezeichnend, in Zeiten der offen rassistischen Hetze und Pogrome, faschistischen Organisationen wie der DVU Räume zu überlassen und sie mit starkem Polizeiaufgebot zu schützen. Auf der anderen Seite aber gegen AntifaschistInnen, die dagegen demonstrieren, mit Verfahren wegen Landfriedensbruch vorzugehen und sie zu kriminalisieren. Wir fordern die Einstellung der Verfahren!

Anm.: Der erste Prozeßtermin hat inzwischen stattgefunden. Die Angeklagten werden beschuldigt, ein Auto umgeworfen zu haben. Ein Zivilbulle tat sich mit seiner Zeugenaussage hervor; er wollte den Vorfall aus 100 m Entfernung mit einem Fernglas beobachtet haben.

Spenden sind erwünscht an:
BfG-Bank AG
Stichwort: Schwarz-Rote Hilfe/Antifa
Konto-Nr. 277 580 200
BLZ 360 10 111

CHICAGO

Demo gegen den Rassismus in Deutschland

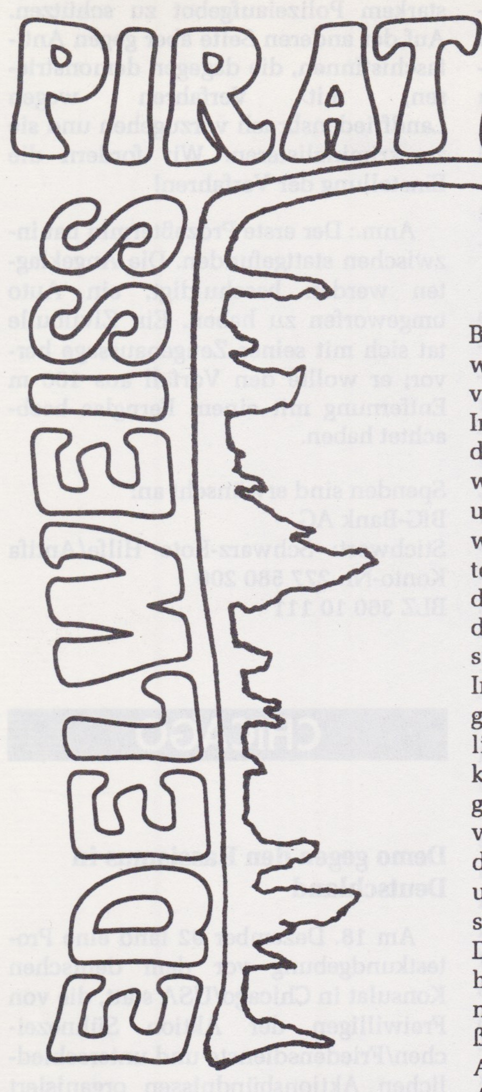
Am 18. Dezember 92 fand eine Protestkundgebung vor dem deutschen Konsulat in Chicago/USA statt, die von Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und unterschiedlichen Aktionsbündnissen organisiert worden war. Ihre Forderungen:

– Eindeutige Verurteilung von Neonazis und ihren Aktionen
– Keine Änderung des Rechtes auf Asyl
– Sofortige Einstellung aller Massendeportationen von Roma- und Sinti-Flüchtlingen
– Die Einberufung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Rolle der deutschen Staatsgewalten bei den jüngsten Pogromen

ANTWERPEN

Schülerstreik in Antwerpen gegen den faschistischen Flaams Blok.

Am Jahrestag des Wahlsiegs des faschistischen Flaams Blok in Antwerpen streikten dort SchülerInnen aller Schulformen. In einem Demonstrationszug zogen 15 000 SchülerInnen für gleiche Rechte, gegen Rassismus und Flaams Blok durch die Straßen.



Tips und Trix für Antifas ist eine 50-seitige Broschüre, die praktische Tips für die antifaschistische Arbeit gibt: Schwerpunktmäßig werden alle möglichen Aktionen sowie der Aufbau einer Antifagruppe behandelt; zu bestellen für 3,- DM plus Porto bei Edelweiß-Piraten, Gneisenaustr. 2a



Im Herbst 1991 gründete sich eine Bewegung, die mittlerweile bundesweit in über 80 Orten und Regionen vertreten ist: Die »Edelweiß-Piraten«. In der ganzen Republik gab es nach den rassistischen Überfällen in Hoyerswerda Menschen, die nun nicht mehr untätig dasitzen und die politische Entwicklung den Rechten überlassen wollten. Vor allem Jugendliche waren es, die sich dann entschlossen, ein bundesweites Netz von aktiven AntifaschistInnen zu spannen, Erfahrungen und Informationen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen und möglichst billig an Material heranzukommen. Daraus entstand die Bewegung EDELWEISS. Der Name leitet sich von einer Jugendbewegung ab, die es in den letzten Jahren des Faschismus gab und die sich vor allem in der Gegnerschaft zum Nazi-Regime auszeichnete. Die damaligen Epis waren keine einheitliche Bewegung und durchaus nicht alle hatten ein politisches Bewußtsein. Dazu aber mehr im nächsten ANTIFA JUGENDINFO (bundesweite Ausgabe) in dem Artikel »Den Mythos knacken«. Wir haben uns den Namen Edelweiß-Piraten gegeben, um deutlich zu machen, daß wir gegen die Faschisten sind, daß wir aktiv was machen und daß wir keiner einheitlichen Ideologie hinterher rennen. Ziel unserer Bewegung ist die gegenseitige Unterstützung in der antifaschistischen Arbeit, im Kampf gegen die Nazis und beim Aufbau eigenständiger Strukturen vor Ort. Wir wollen versuchen, eine antifaschistische Arbeit auf vielen verschiedenen Ebenen zu organisieren: Da gehört Öffentlichkeitsarbeit genauso dazu wie der praktische Selbstschutz, Überzeugungsarbeit gegenüber rechten Jugendlichen, wie Antifa-Konzerte, Demonstrationen, wie Blockaden faschistischer Veranstaltungen. Die EPI's sind eine legale Bewegung, eine politische und eine kulturelle Bewegung. Wir lehnen Gewalt zur Durchsetzung unserer Ideen ab, doch stoßen wir natürlich oft an die Grenzen der Legalität und der Gewaltfreiheit und müssen uns dann fragen, ob und wie wir weitermachen können. Ein effektiver Selbstschutz kann z.B. kaum noch mit gewaltfreien Mitteln bewerkstelligt werden und wer sich z.B. zum Schutz vor ein Flüchtlingsheim stellt, darf nicht die Illusion haben, völlig ohne Gewaltanwendung auszukommen, wenn es einen faschistischen Angriff gibt. Trotzdem sind dies Ausnahmesituationen, die nicht unseren politischen Alltag bestimmen – zum Glück. Allerdings ist uns auch schon klargeworden, daß wir immer öfter in ähnliche Situationen kommen und dann entscheiden müssen.

Die EPI's sind heute eine bundesweite Bewegung, aber wir sind keine zentralistische Organisation. Zwar gibt es ein Koordinationsbüro in Berlin, das ist aber kein Vorstand oder ähnliches. Die einzelnen Mitglieder und Gruppen (»Stämme«) der EPI's sind völlig selbständig und unabhängig, es gibt keinerlei Bevormundung durch eine höhere Instanz. Jeder Mensch bzw. jede Gruppe entscheidet über die eigenen Aktivitäten und Schwerpunkte selbst. Man kann sich an überregionalen Aktivitäten beteiligen, muß es aber natürlich nicht. Jeder Stamm entscheidet auch selber, welche Veröffentlichungen er herausgibt. Es gibt bei uns keine Kreis- oder Landesverbände, jede Gruppe muß den eigenen Aktionsradius selber abstecken. Die EPI's sind eine Mitglieder-Bewegung, also einzelne Leute sind Mitglied, auch wenn dahinter meist noch mehrere Menschen oder auch ganze Gruppen stecken. Über diese Mitglieder läuft dann der Kontakt untereinander. Von Berlin aus stellen wir über eine interne Zeitung, Briefe, persönliche Besuche usw. den Kontakt untereinander her. Hier wird das bundesweite Material hergestellt und verschickt, außerdem drucken wir auch für regionale EPI-Stämme Flugblätter, Plakate usw. Bisher gab es noch keine überregionalen gemeinsamen Aktivitäten, was sich aber voraussichtlich dieses Jahr ändern wird. Geplant ist als erstes im Frühjahr eine gemeinsame Aktion mit polnischen AntifaschistInnen an der deutsch-polnischen Grenze. Zweimal im Jahr gibt es ein Bundestreffen, auf dem EPI's aus den verschiedenen Städten und Regionen zusammenkommen. Dort kann man sich kennenlernen, Gespräche führen, Infos austauschen und sich weiterbilden. Beim nächsten Frühjahrs-Treffen werden wir uns drei Tage lang sehen, um mehr Zeit füreinander zu haben. Die Edelweiß-Piraten sind eine Jugendbewegung (das jüngste Mitglied ist 11 Jahre), weil der Altersdurchschnitt bei 14 Jahren liegt. Trotzdem haben auch

ACHTUNG FÄLSCHUNG!!!

Anscheinend ein neuer Trick der »Anti-Antifa« steckt hinter einem Flugblatt, das im Januar per Post an diverse Antifa-Gruppen, Jugendeinrichtungen und Begegnungszentren verschickt wurde. Angeblich ist es von uns Edelweißpiraten herausgebracht, was aber Quatsch ist. Es ist als Antifa-Flugie aufgemacht und ruft zum Boykott von allen Deutschen auf. Mit den Aufgreifen und Verdrehen von antirassistischen Argumenten soll der Eindruck erweckt werden, als wären wir eine Gruppe, die sich gegen die Deutschen im Allgemeinen richtet und stattdessen die *»$-One-world«* propagiert.

Wer weiß, wo dieses Flugblatt noch aufgetaucht ist, sollte auf jeden Fall mal mit den Leuten dort sprechen und die Sache klarstellen! Oder uns die entsprechende Adresse schicken.

Ansonsten haben wir natürlich auch ein großes Interesse daran, zu erfahren, von wem dieser Dreck hergestellt und verschickt worden ist. Wenn also jemand *konkrete* Hinweise hat, teile uns das bitte mit!!!

Ältere die Möglichkeit mitzumachen, wie z.B. die 77jährige Antifaschistin aus Sachsen. Auch immer mehr Menschen im östlichen und westlichen Ausland haben sich den EPI's angeschlossen. Wir haben nicht den Anspruch, als die antifaschistische Bewegung oder Struktur zu gelten, wie es von anderen Organisationen teilweise praktiziert wird. Wir haben keine festgefügte Ideologie, an der wir die Menschheitsgeschichte in die »richtigen« Bahnen lenken wollen. Klar, wir wollen beeinflussen, mitbestimmen und auch in die Hand nehmen – ohne aber dabei in Dogmatismus und Engstirnigkeit zu verfallen. Mag sein, daß das vielen nicht reicht, zu Recht. Aber wir sehen uns in erster Linie als Widerstands-Bewegung, nicht als parteiähnliches Gebilde. Dementsprechend ist auch unser Verhältnis zur Parteien und deren Jugendorganisationen nicht immer nur das beste, zumal wenn wir merken, daß wir nur ausgenutzt werden sollen.

Wir werden sehen, wie sich die Verhältnisse in unserem Land entwickeln und wir werden in Zukunft mehr als bisher darauf Einfluß nehmen (müssen). Wir hoffen, daß wir dabei nicht zu öden Politmackern werden, sondern versuchen, möglichst vielen Gedanken und Ideen gegenüber offen zu sein, zu lernen, sich mit anderen auszutauschen und gemeinsam Spaß zu haben.

Wenn du Lust hast, bei uns mitzumachen oder mehr von uns in die Finger zu kriegen, dann schick uns 3,- Mark in Briefmarken plus deiner Adresse und wir schicken dir dann mehr Material von uns! ■

Schreib an:
Edelweiß-Piraten
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61



Das *Antifa Jugendinfo BRD* behandelt Themen wie Rassismus, Unterdrückung und Widerstand. Es berichtet über aktuelle Entwicklungen in der Nazi-Szene, stellt aber auch antifaschistische Aktionen vor.

Abo (10 Ausgaben)
für 20,- DM:
ANTIFA-VERSAND
GNEISENAUSTR. 2 A
1000 BERLIN 61

STOPPT DIE NAZI-ZEITUNGEN

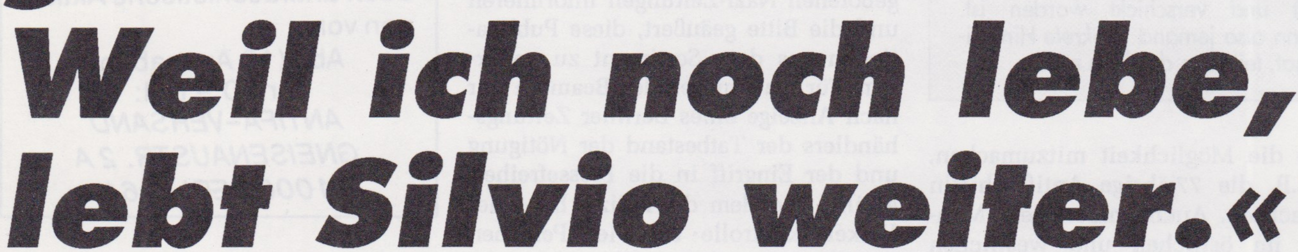
Diese Kampagne der EDELWEIß-PIRATEN erregte bereits die Gemüter übereifriger Polizeibehörden. Es wurden Briefe an Zeitungshändler verteilt, die über den Inhalt der im Geschäft angebotenen Nazi-Zeitungen informieren und die Bitte geäußert, diese Publikationen aus dem Sortiment zu entfernen. Für die ermittelnden Beamten war nach Anzeige eines Berliner Zeitungshändlers der Tatbestand der Nötigung und der Eingriff in die Pressefreiheit erfüllt. Nachdem die Polizei bei einer Verkehrskontrolle bei vier Personen Flugblätter zur Zeitungskampagne gefunden hatte, dachten zwei eifrige Kripobeamte, sie hätten die Verschwörung aufgedeckt. Von sich aus trat die Berliner Polizei am 7. Oktober an den Vorsitzenden des BUNDESVERBANDES DES DEUTSCHEN ZEITSCHRIFTEN-HANDELS, LV Berlin, heran. Es wurde vereinbart, daß der Bundesverband an die HändlerInnen schreibt, damit diese melden, wo überall die Informationsbriefe aufgetaucht sind: *»Durch irgendwelche Gruppen wird hier versucht, mit gezielten Drohbriefen Druck auf den Einzelhändler auszuüben und dadurch die Pressefreiheit zu unterbinden. Sollten diese Beispiele Schule machen, bestimmt der Mob, was verkauft werden darf.«* Nach Eingang der Meldungen wurden die Kontaktbereichsbeamten in den Bezirken, in denen die Briefe aufgetaucht waren, informiert. Nachdem für die ermittelnden Beamten alles am Schnürchen lief, holten sie zum nächsten Schlag aus, der ihnen eine sichere Beförderung bescheren könnte. Sie beantragten gegen die vier oben erwähnten Personen sowie gegen den Berliner Mehringhof als Kontaktadresse einen richterlichen Durchsuchungsbefehl. Doch der Staatsanwalt lehnte ab – so muß die Beförderung wohl doch noch etwas warten: *»Daß dem Geschädigten zugeleitete Flugblatt erfüllt nicht den Tatbestand einer Nötigung gemäß 240 StGB.«* Es ließe sich nicht nachweisen, daß die *»Täter«*, die dem Geschädigten das Flugblatt zugeleitet hätten, eine Drohung nach §240 StGB ausgesprochen haben. *»Darüber hinaus bestünde bei den Beschuldigten kein hinreichender Tatverdacht, ... bei (ihnen) Flugblätter gleicher oder ähnlicher Art gefunden werden.«*

Es gilt also weiterhin – damit nicht der braune Mob irgendwann bestimmt was zu lesen ist: Stoppt die Nazi-Zeitungen! ■



Zum Mord an Silvio am 21.11.92:

»Als man meinen Freund ermordete, bin ich auch gestorben.



Weil ich noch lebe, lebt Silvio weiter.«

Wir gehen hier ausführlicher auf den Mord an Silvio ein. Wir wollen ihn damit nicht als »besonderen Mord« darstellen und über die weit mehr als 40 Opfer (davon über 20 im Jahr 1992) faschistischen, rassistischen, sexistischen und antisemitischen Terrors seit der Vereinigung stellen, bloß hatten wir alle und ich besonders einen engeren Bezug zu ihm. Und da ist es meiner Meinung nach verständlich, daß mich Silvios Tod sehr viel mehr betroffen hat, als alle anderen Morde zusammen. Menschlichkeit, das sollte eigentlich eine Stärke von uns sein. Wir können noch so gute und »effektiv arbeitende« Antifa-Strukuren haben, damit werden wir vielleicht hier und da mal ein Nazi-Treffen verhindern oder auch die Öffentlichkeit über faschistische Aktivitäten aufklären können, aber damit werden wir keine Gesellschaft verändern. Dazu müssen wir einfach zeigen, daß wir besser sind und dazu gehört als wichtigstes, daß wir anders miteinander umgehen, Gefühle füreinander haben und auch zeigen und uns gegenseitig unterstützen. Ich kannte Silvio einfach, wußte so ein bißchen, wie er war und kannte nur zu gut die Situation, in der er abgestochen wurde. Er hat das gemacht, was unter anderen wir



immer wieder propagiert haben und werden: Nicht wegsehen, einmischen, eingreifen! Die Politiker fordern das auch, nennen es »Zivilcourage zeigen«, bloß müssen sie damit etwas anderes meinen. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß Silvios Freundinnen und Freunde mit einer Menge Falschinformationen und Verunglimpfungen von Seiten der Medien und der Politiker konfrontiert wurden und die Mörder wieder einmal verharmlost werden.

Jemand aus der Redaktion

Die Nacht vom Freitag, den 20. auf den 21. November 1992. Vier Leute wollen in eine Disko, in der Silvios Bruder Diskjockey macht. Zu diesem Zeitpunkt ist Silvio noch nicht bewußt, daß er seinen Bruder nie wieder sehen wird. Auf der Zwischenetage des U-Bahnhofs Samariterstr. in Berlin-Friedrichshain begegnen sie einer Gruppe von 7 Leuten, 13-18 Jahre alt. Einer von ihnen rempelt einen von Silvios Freunden bewußt an, daraufhin kommt es zu einer kurzen Rangelei. Während dieser »Auseinandersetzung« wird ein Aufnäher von der Jacke eines Nazis entfernt. Auf welche Art er entfernt wurde und was es für ein Aufnäher war, konnte bis jetzt nicht ermittelt werden. Beim Weitergehen auf den Bahnsteig, kurz nach der ca. 10 Sekunden dauernden Rangelei, meint Silvio, daß es ein »Stolzer Deutscher« gewesen ist (»Stolzer Deutscher« ist eine Aufnäher mit der Aussage: »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein«). Das ist bisher die einzige definitive Ausage, die anderen Beteiligten haben keine Erinnerung mehr daran. Da die U-Bahn gerade abgefahren war, entscheiden sie sich kurz darauf, nun doch ein Taxi zu nehmen und wollen deswegen den U-Bahnhof wieder verlassen. Als sie die Treppe wieder hochkommen, stehen die Nazis formiert da, zwei von ihnen halten ein Messer in der Hand. Schneller als sie die Situation überhaupt begreifen können, gehen die Nazis bereits mit Messern auf sie los. Silvio wird fünf mal getroffen, davon drei mal in die Brust, seine zwei Freunde werden während der Auseinandersetzung von hinten niedergestochen (zur »Professionalität« der Messerstiche, s. Interview), die Frau wird mit einem Messer und den Worten: Dich kriegen wir auch noch! bedroht. Diese Auseinandersetzung ist begleitet von Sprüchen wie: *»Ihr linken Schweine!«* usw. Für Silvio und seine FreundInnen kam alles völlig unerwartet, sie hatten nicht den Hauch einer Chance, sie waren völlig unbewaffnet.

Gleich darauf folgt das zweite Verbrechen, was in den Gesetzen als »Unterlassene Hilfeleistung« beschrieben wird. Einige Minuten später kommt ein U-Bahnzug, der Fahrer lehnt eine Hilfeleistung mit dem Verweis auf den einzuhaltenden Fahrplan ab. Diesem Zug entsteigen zwei Wachschutzleute, sie sind vollauf damit beschäftigt, ihren Hund zu beruhigen (s. Interview). Eine zufällig die Treppe herunterkommende Frau informiert die Bahnhofsaufsicht und erhält die Antwort: Ich

Wir veröffentlichen hier Auszüge aus einem Interview, welches der »telegraf« Anfang Dezember mit einem der Beteiligten gemacht hat.

(...)

t.: Wieso habt Ihr nicht anders reagiert? Wart Ihr geschockt, als sie Euch dort mit Messern empfingen?

J.: Wir haben nicht angenommen, daß die noch oben stehen. Ich habe auf der Treppe irgendwie gehört, daß oben einer fragte »Gehen wir runter?«. Die hatten sich oben formiert. Bei zweien, die an der Wand standen, habe ich gesehen, daß sie ein Messer bereithielten. Der Rest ging sehr schnell. Gesehen habe ich eigentlich nur, was mit E. passiert ist. Zwei oder drei haben sich mit ihm gekampelt, während einer von hinten zugestochen hat.

t.: Wie Silvio umgekommen ist, hast Du nicht gesehen?

J.: Nein, das habe ich nicht gesehen, E. auch nicht, was C. gesehen hat, weiß ich nicht. Das geschah an einem anderen Platz. Es ging hin und her, es geschah an vielen Punkten. Ich selbst wurde an der Stirn verletzt, in die Seite gestochen und danach zusammengetreten. Silvio lag an der Treppe zum U-Bahnhof.

t.: Es gibt unterschiedliche Darstellungen darüber, wann die Polizei eingetroffen ist. Von der Polizei selbst, die angibt, 12 Minuten später erschienen zu sein bis zu Aussagen, daß sie erst eine Stunde später ankam.

J.: Ich hatte kein Zeitgefühl mehr. Ich hatte einen Schock und bin irgendwie umhergerannt. Es könnten schon 12 Minuten gewesen sein, eine Stunde erscheint mir zu lang. Die ersten, die gekommen sind, waren meiner Erinnerung nach Wachschutzleute. Die standen zu zweit zehn oder zwanzig Meter entfernt und beschäftigten sich damit, ihren Hund zu beruhigen, statt Erste Hilfe zu leisten. Ich weiß gar nicht, wozu diese Leute da sind, außer zum Verprügeln von wehrlosen Betrunkenen. Dann kamen uniformierte Polizisten die Treppe runter, wahrscheinlich eine normale Wannenbesatzung. Die leisteten aber auch keine Erste Hilfe, jedenfalls kann ich mich nicht daran erinnern. Ich weiß noch, daß sie mit Notizblöcken herumgerannt sind und irgendwelche beknackten Fragen stellten. Ich bin dann ausgerastet, als sie den röchelnden E. fragen wollten. Irgendwann später erst kamen Feuerwehr und Ärzte. Erst durch die sind wir medizinisch versorgt worden.

Kurz nach den uniformierten Polizisten kamen dann noch zwei Zivilpolisten mit gezogenen Knarren die Treppe herunter und guckten, ob sie etwas schießen können. Dann zerrten sie an C. rum und wollten von ihr Aussagen haben.

(...)

t.: Wollten Euch diese Typen wirklich töten?

J.: Ich denke, sie wollten uns töten. Ich glaube nicht, daß sie einfach so ausgetickt sind, sondern da stand eine ganze Menge Berechnung dahinter. Die Ärzte haben ausgesagt, daß die Messerstiche ziemlich professionell waren, nicht irgendwelche Affektstiche. Die Leute müssen das schon geübt haben. Sie haben Stechen und Schneiden kombiniert. Ja, ich bin mir sicher, daß sie uns umbringen wollten. Sie standen schon mit gezogenen Messern da, als wir hochkamen. Und außerdem, wenn man jemanden Stiche in den Oberkörper verpaßt, kann man wohl sicher sein, daß der stirbt. Ich hatte den Eindruck, daß die beiden, die mit dem Messer zugestochen haben, uns ziemlich durchdacht abgestochen haben.

t.: Welchen Eindruck hattest Du im Krankenhaus vom Vorgehen der Polizei. ...

J.: Die ersten Vernehmungen wurde mit mir zwei bis drei Stunden nachdem ich zusammengeflickt worden war gemacht. Ich war immer noch ziemlich fertig. Da wurde mir schon zum ersten Mal mit Beugehaft gedroht. Ich hatte den Eindruck, daß sie von Anfang an parteiisch waren.

t.: Es ging ihnen darum, die Politik herauszuhalten?

J.: Bei der dritten Vernehmung ging es ausschließlich darum. Vor allem wollten sie aus der Welt schaffen, daß es sich um Rechtsradikale handelt. Da haben sie alles drangesetzt bis zu Lügen. Sie haben mir gegenüber behauptet, daß E. gesagt hätte, daß es keine Rechtsradikalen waren, was natürlich nicht stimmte. Dann haben sie versucht, die Zwischenzeit zwischen der Kampelei und der Messerstecherei aus der Welt zu schaffen, um zu konstruieren, daß die sich verteidigt hätten. Von meinen Aussagen sind keine Protokolle angefertigt worden, die Polizisten haben sich höchstens mal ein paar Stichpunkte gemacht. Ich habe beispielsweise das Messer genau beschrieben. Das ist einfach nicht zur Kenntnis genommen worden. (...)

t.: Was sind für Dich die Konsequenzen aus dem, was geschehen ist? Was kann man gegen derartige Überfälle tun?

J.: Die Konsequenz für jedeN sollte sein, noch mehr auf Nazis zu achten und sich noch mehr mit ihnen auseinanderzusetzen, jedeR auf seine Weise. Auf jeden Fall sollte sich keineR einschüchtern lassen, weil sie genau das wollen. Treffen kann es jedeN und überall. ■

weiß, da war schon mal jemand. Die Frau probiert notdürftig mit Taschentüchern Erste Hilfe zu leisten. Die nächste U-Bahn kommt, immer noch keine Hilfe, außer von der Frau (die U-Bahnen fahren im 10-Minuten Rythmus). Dann kommen ein paar Polizisten, später noch zwei Zivis, die sich mit ihren Fragen sehr wichtig tun, an Erste Hilfe auch keinen Gedanken verschwenden (s. Interview). Viel zu spät kommen Krankenwagen und Feuerwehr, die sich endlich um die Verletzten kümmern. Es ist bis jetzt noch unklar und wird es wohl auch bleiben, ob Silvio bei sofortiger Erster Hilfe noch leben könnte.



Jugendklub »Judith Auer« im Dezember 1992: Das Transpi hätte erstens viele Monate früher und zweitens im Klub hängen müssen!

Wegen dem Mord fand in der gleichen Nacht eine Spontandemo von ca. 150 Leuten, am Samstag Nachmittag eine mit 1000 und am Sonntag eine mit 3000 statt. Die Demo am Samstag ging auch am Jugendklub »Judith Auer« vorbei. Es war schon länger bekannt, daß sich dort jeden Freitag hochrangige Faschisten (u.a. PRIEM, SCHWEIGERT) trafen. Laut TAZ vom 27.11.92 ließ der Göttinger FAP-Vorsitzende, THORSTEN HEISE, Priem aus dem Auerklub herausprügeln, weil er diesem vorwarf, Heldengräber zu schänden, indem er sie auf der Suche nach alten Orden und Abzeichen umgräbt und dann plündert. Diese Sachen wurden dann nicht nur auf Flohmärkten u.ä. verkauft, sondern z.B. auch im »Judith-Auer«. Immer wieder kam es, von diesem Klub ausgehend, zu Konflikten im Nachbarbezirk Friedrichshain. Aus diesen Gründen wurde er vollständig entglast. Dabei hätte sicher etwas mehr Rücksicht auf die unbeteiligten Besucher der »Kinderdisko« nichts geschadet. Die Klubleiterin Frau Dametzke lügt aber, wenn sie im Nachhinein behauptet, daß dabei Morgensterne eingesetzt wurden. Was damals leider nicht bekannt war, ist die Tatsache, daß genau zu dem Zeitpunkt, wo der Klub entglast wurde, die beiden Hauptverdächtigen SVEN MÜLLER und SANDRO SCHWERTFEGER zusammen mit anderen, teilweise ebenfalls Tatbeteiligten, ungeschoren durch den hinteren Teil des Trauermarsches liefen. Die gesamte Clique um die Mörder von Silvio gehört zum »normalen« Publikum des Auer-Klubs. Damit ist festzustellen, daß das »normale« Publikum des Auer-Klubs zwar nicht sehr viel mit den Freitags-Nazis zu tun hat, in der Endkonsequenz einige Personen davon aber kein bißchen ungefährlicher sind.

Am Montag gab es dann nochmal zwei Demonstrationen in Berlin. Es ist zu beobachten, daß den meisten nur noch eine Reaktion auf den steigenden Rassismus und Faschismus einfällt: Laß uns 'ne Demo machen! Die Wut und Trauer ist verständlich und sie auf die Straße zu tragen, dagegen kann auch nichts gesagt werden. Das darf aber nur ein Teil unserer Reaktion sein. Wir müssen uns fragen lassen, was wir vor und nach dem Mord gegen die zunehmenden faschistischen Strukturen in dem Kiez getan haben? Was taten wir dagegen, daß im Auer-Klub und anderen bekannten rechten Treffpunkten die Jugendlichen ausnahmslos unter dem Einfluß bekannter faschistischer Führungskader standen? Wenn ein Jugendklub als Nazitreffpunkt bekannt ist, gibt es meistens nur eine Überlegung, zerstören, damit die Nazis sich dort nicht mehr treffen können. Das mag in einigen Fällen richtig sein, auf jeden Fall muß dann aber eine »Aufbauarbeit« geleistet werden, damit in dem wiederhergestellten Klub nicht sofort die gleichen Zustände wie vorher wiedereinziehen (s. auch Jugendarbeit-Artikel).

Die Presse reagierte nach dem Mord wie gewohnt, fast durchweg beschissen. Von der Polizei wurde versucht, den politischen Hintergrund der Tat auszublenden, was seinen Höhepunkt in der dritten Vernehmung des einen Verletzten hatte, als sie von ihm einen Spruch auf Tonband haben wollten, auf dem er sich von eventueller Gewalt auf dem Trauermarsch und sonstigen »gewaltätigen Aktionen« distanziert und aussagt, daß es keine Nazis waren, die Silvio umgebracht haben (s.Interview). Durch eine breite Pressearbeit von Silvios FreundInnen wurden die Falschmeldungen in der Presse in einigen Punkten berichtigt. Dann hatten sie aber gleich den nächsten Knüller, nachdem sich 2 Tage nach dem Mord ein »armer« Jugendlicher gestellt hatte, der *»aus Angst davor, daß Unschuldige von Linken verprügelt werden«*, angeblich *»nicht mehr schlafen konnte«*. Müller gab den Mord zu, konstruierte in seinen ersten Aussagen aber eine völlig unglaubwürdige Notwehrsituation. Diese Ausagen wurden von dem Leiter der 4. Mordkomission, Vogt, auf einer Pressekonferenz unkommentiert als die reine Wahrheit weitergegeben. Er behauptete sogar, daß die Aussagen mit dem Obduktionsbericht übereinstimmen. Laut dieser Lügen stammte das Mord-Messer von Silvio, der den Mörder auch noch zuvor mit einer Gaspistole am Kopf verletzt habe. Dieses Lügenkonstrukt hielt nicht mal 24 Stunden, hatte seinen Zweck aber schon völlig erreicht. Der Widerruf dieser Aussagen erschien ganz klein auf einer der hinteren Seiten der Presse, die öffentliche Meinung war in vielen Fällen schon umgeschlagen.

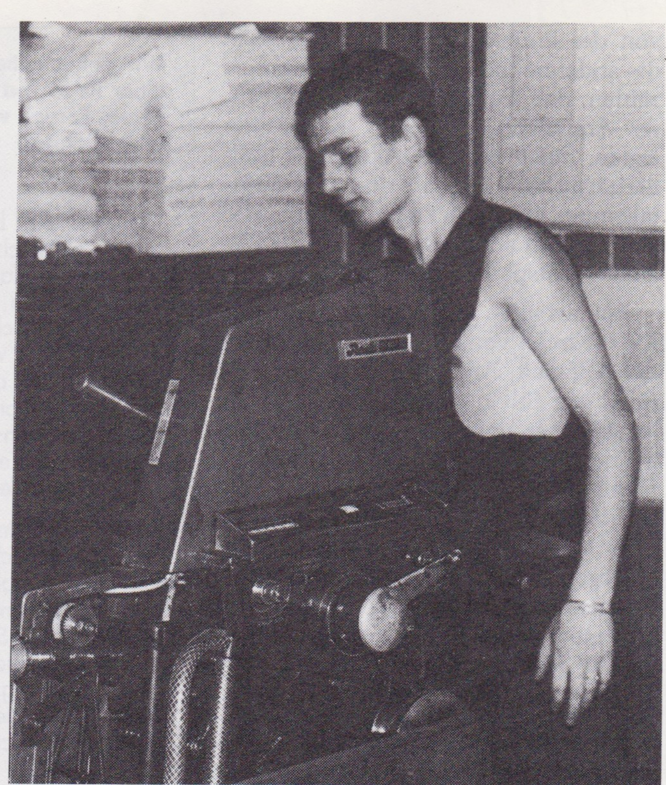
Bis heute gibt es leider Leute, die der Meinung sind, daß eigentlich Silvio und seine FreundInnen die Schuld an dem Mord trifft. Sie hätten die Leute angeblich in der kurzen vorhergehenden Rangelei provoziert. Wegen dieser Sache und weil durchaus die Möglichkeit bestand, daß die Nazis da oben noch rumstehen könnten, hätte *»jeder vernünftige Mensch«* den anderen Ausgang gewählt. Solche falschen Einschätzungen von der gewesenen Situation kommen u.a. durch die manipulierte Berichterstattung zustande.

Einen Tag später wurde der zweite Hauptverdächtige Schwertfeger verhaftet, der mit seinen Aussagen u.a. dazu beitrug, daß der erste seine Lügen widerrufen mußte. Beide bezeichneten sich als Hooligans, Müller als »unpolitischer«, Schwertfeger als »rechter«. Zu dem »unpolitischen Hooligan« können wir uns einige Ausführungen nicht verkneifen. Er hat in seiner Umgebung nie mit seiner faschistischen Gesinnung hinterm Berg gehalten, hatte bekannte Verbindungen zur FAP, hat längere Zeit Kampfsport trainiert und war bei mindestens einem Überfall auf ein besetztes Haus dabei. Er machte sich ziemlich oft einen Spaß daraus, zusammen mit dem zweiten Hauptangeklagten sinnlos Schwächere zu verprügeln. Kurz nachdem sich diese beiden der Polizei gestellt hatten, waren auch die anderen Tatbeteiligten bekannt.

Wir werden Silvio rächen, aber nicht in der von der Presse und den Politikern beschriebenen Art und Weise, daß wir jetzt als prügelnde Horden durch die Straßen ziehen und jeden vermeintlichen oder wahrhaftigen Faschisten ins Krankenhaus oder auf den Friedhof befördern.

Wir werden Silvio rächen, indem wir jetzt erst recht nicht mehr wegschauen, indem wir uns nicht einschüchtern lassen, wie es von den Nazis gewollt ist, indem wir immer wieder jedeN EinzelneN an ihre/seine Mitverantwortung an dem steigenden Rassismus und Faschismus erinnern, indem wir effektive Selbstverteidigungsstrukuren auf- und ausbauen, indem wir unter uns zu einem anderen Umgehen miteinander finden, geprägt von Gleichstellung und gegenseitiger Achtung und indem wir über eine neue Gesellschaft diskutieren, in der wir selbstbestimmt leben können und Rassismus und Sexismus keinen Platz mehr hat.

IN DEM, WAS WIR TUN,
LEBT SILVIO WEITER. ■



Die beiden Kästen und der nachfolgende Artikel sind in gekürzter Form dem »telegraf« 12/92 entnommen. Unter folgender Adresse könnt Ihr ihn bestellen: telegraf; Schliemannstr. 22; O-1058 Berlin.

Erinnerungen eines langjährigen Freundes an den am 20. November von Nazis Ermordeten

Kennengelernt habe ich Silvio 1986 bei einer Geburtstagsparty im Friedrichshain. Mir fiel seine mitreißende Art zu lachen auf. Irgendwann saß ich dann neben ihm und machte Witze, um mich von seiner Heiterkeit anstekken zu lassen. Ich bemerkte dabei, daß er auch über sich selbst lachen konnte, was ihn mir um so sympathischer machte, zumal ich so etwas bei vielen anderen vermißte. (...)

Silvio mußte immer irgendwie »unterwegs« sein und fand dabei schnell Kontakt zu anderen Menschen. Seine Wohnung wurde bald ein Anlaufpunkt für alle möglichen Leute, die dann immer jede Menge Neuigkeiten mitbrachten.

Er kam irgendwann zur seinerzeit in unseren Wohnungen »überwinternden« Berliner »Offenen Arbeit«, mit der viele aus der Friedrichshainer Szene in Verbindung standen. Für das Projekt eines Hauses der »Offenen Arbeit«, einem Ort, wo wir uns mit unserer Art zu leben treffen konnten, außerhalb der staatlich instrumentalisierten Freizeitangebote der Jugendklubs, begann er sich zu engagieren.

Später dann beteiligte er sich maßgeblich an der Organisierung unser »Nachtpott«-Abende im Pro-Fi-Keller der Erlöser-Gemeinde und an der Herausgabe des Infoblättchens der Offenen Arbeit, dem »mOAning star«. Unsere Redaktionssitzungen fanden in seiner Wohnung statt. (...)

Wie wir alle half Silvio neuen Leuten bei der Suche nach Wohnung und Arbeit oder bei für uns ganz normalen Geschichten, wie den Wehrdienstverweigerungen. (...)

In dieser Zeit versuchte er auch Konzerte zu organisieren, wie das mit der »Firma« und »Element of Crime« am 17. Oktober 1987 in der Zionskirche, welches durch den Nazi-Überfall zur traurigen Berühmheit wurde. Seine ungezwungen Art machte ihn da zu einem Organisationstalent. Auch half er den Köpenicker Punks bei der Vorbereitung ihrer genialen Frühlingsfeste.

Es gab eigentlich kaum eine Aktion in Berlin, bei der Silvio nicht dabei war. So beispielsweise bei der Mahnwache in Zion im November 1987 oder die Demonstrationen gegen den IWF-Gipfel, der im September 1988 in Westberlin stattfand. Vorher veranstalteten wir zwei kleine Seminare in unseren Wohnungen, auf denen uns klar wurde, daß allein schon mit der Beherbergung einiger IWF-Bonzen in Ostberlin die DDR Mitverantwortung für die Ausbeutung der Dritten Welt trägt. Wir sammelten Zwanzig-Pfennig-Münzen, um damit die Telefonleitungen der Interhotels lahmzulegen. Vor dem Pergamonmuseum wurden dann einige der verdutzten IWF-Gipfelteilnehmer mit Kleingeld beworfen. Als sich der Demonstrationszug in Richtung Amerikanische Botschaft bewegte, wurde er

von der Polizei »eingesammelt«. Wie die anderen konnte Silvio hinterher erzählen, daß sie die Vernehmer mit ihrer Argumentation lässig aufs Kreuz legten, indem sie ihre Aktion als Solidaritätsbekundung mit den vom Kapitalismus unterdrückten Völkern der Dritten Welt erklärten, was ja auch offizielle Staatspolitik war. (...)

Bei fast allen Veranstaltungen in der KvU (Kirche von Unten - ein Zentrum der Offenen Arbeit in Ostberlin, d. Red.) war Silvio dabei. So organisierte er als einer unserer Vertreter die fast flächendeckende Auszählung der Wählerstimmen im Mai 1989 in Berlin mit. Verständlicherweise war auch er darüber empört, daß Pfarrer Eppelmann entgegen der Absprachen vorzeitig die Beweise der Wahlmanipulation den Westmedien präsentierte und sich damit auf Kosten anderer öffentlich produzierte.

Als im September 1989 ein Parteiengründungsfieber ausbrach, stellten wir diesem Phänomen verulkend unser »Positionspapier zur Bildung einer transradikalen linken Förderative« entgegen, welches wir mit »Fröhliche Friedrichshainer FriedensFreunde« unterzeichneten und dann obendrein die allgemeine Kürzelungsmanie mit »Fr. Fr. Fr. Fr.«karikierten. (...)

Wir konnten stundenlang angestrengt über Tage und Wochen an solchen Geschichten arbeiten, ohne dabei den Faden zu verlieren. Silvios Art, witzig zu sein, konnte viele angespannte Situationen entkrampfen. Oft provozierte er uns mit seiner typischen Anmache, auch wenn der Spaß dabei auf seine Kosten ging.

Am 7. Oktober 1989 lief er unvorsichtigerweise in die Arme einer Polizeikette und mußte auf Grund des öffentlichen Druckes wie die anderen Festgenommenen eine Woche später freigelassen werden. Mit einem Freund war er der Einzigste, die den Sicherheitskräften gegenüber keinerlei Aussagen machten. (...)

Seit dem Frühjahr 1990 kam es immer häufiger zu Angriffen Rechtsradikaler aus besetzte Häuser. Nicht nur aus Gründen des Selbstschutzes (und dem der Kinder, die bei uns leben) sondern auch mit dem Bewußtsein für gesellschaftliche Verantwortung, daß wir über die Jahre entwickelt hatten, traten wir dem entgegen. Als sich die Rechten einem organisierten Widerstand seitens der Häuser gegenübersahen und sich dann feige auf die Schwächsten der Gesellschaft, die Nichtdeutschen, stürzten, gehörte Silvio zu denen, die das Problem nicht aus dem Auge verloren.

Wir redeten über Ursachen und Symptome von Abgrenzung, Überheblichkeit und sozialer Hoffnungslosigkeit, über die latenten Formen des Faschismus in der bürgerlichen Gesellschaft und auf welche Weise sie benutzt und gefördert werden. An einer nötigen Utopiediskussion wird sich Silvio nicht mehr beteiligen können. Silvio redete nicht nur, sondern handelte auch. Ich beneidete ihn um seine Art des couragiert gelebten Widerstandes, wie ich sie mir nie getraut habe.

Es gehört zu unseren Erfahrungen, daß erlebte schreckliche Dinge niemals öffentliche aufgeklärt und die wahrhaft Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Immer noch und wieder stehen wir ziemlich ohnmächtig den offiziellen Verlautbarungen der Mächtigen und ihrer Medien, den verschleppenden Polizeiermittlungen und den uninteressierten und falsch informierten Bürgern gegenüber, einer ganz miesen Ignoranz, auch wenn wir mit unserer Gegenöffentlichkeit teilweise Richtigstellungen erreichten. Um so schlimmer enpfinden wir die Bestrebungen von Leuten, die Silvio als einen Märtyrer für ihre politischen Zwecke mißbrauchen, um sich damit Öffentlichkeit zu verschaffen.

Viele, die uns und Silvio kennenlernten, haben sich irgendwie gemeldet, ohne große Worte. Es tut gut zu wissen, daß wir nicht allein sind.

Als man meinen Freund ermordete, bin ich auch gestorben. Weil ich noch lebe, lebt Silvio weiter. ■

Wir dokumentieren hier Auszüge aus einer Rede von Irena Kukutz (Gruppe Neues Forum) vor dem Berliner Abgeordnetenhaus.

Das ist kein böser Traum, sondern längst alltägliche Wirklichkeit. Meine Söhne hatten das schon viel eher begriffen als ich. Du mit deiner Gewaltlosigkeit, das ist doch von gestern, du weißt ja nicht mehr, wo du lebst, wir haben nicht mehr 89, als auch wir mit erhobenen Händen vor der Gethsemanekirche standen und uns verprügeln ließen und dabei riefen: Keine Gewalt. Das sagten sie immer wieder zu mir.

Doch ich war taub und wollte nicht sehen, obwohl ich selbst miterlebt hatte mit welch brutaler Gewalt die Mainzer Straße geräumt wurde. Obwohl ich meinen einen Sohn umschulen mußte, weil er sich nicht mehr in die Schule traute, aus Angst davor, als sogenannter Linker von den Rechten verprügelt zu werden oder schlimmeres. Und obwohl er nun doch, zwar nicht von einem Rechten, sondern von einem vermummten Polizisten bei einer Razzia, brutal geschlagen wurde und mit einem Nasenbeinbruch und Gehirnerschütterung ins Krankenhaus mußte. (Ja, Herr Kliem von der CDU, vermummte Polizisten gibt es wirklich, sie haben es von ihrem Senator bestätigt bekommen.) Erschrokken war ich und hilflos, fand keine richtigen Argumente mehr, meinen Söhnen, trotz alledem, meine Überzeugung entgegenzustellen, daß mit Gewalt immer nur Gegengewalt erzeugt und auch Verteidigung mit gewalttätigen Mitteln nur neue Gewalt sät.

Seit dem vergangenen Wochenende hat sich für mich alles verändert, mir sind die Schuppen von den Augen gefallen und ich weiß endlich, in welchem Land ich nun wirklich angekommen bin, drei Jahre nach dem Untergang der DDR.

Ein Freund meiner Söhne wurde erstochen, abgestochen wie sie es ausdrükken, einfach abgestochen. Und immer noch macht Herr Landowsky leichtfertig und verantwortungslos ein Gleichheitszeichen zwischen rechten und linken Gewalttätern, zwischen Eierschmeißern auf Politikerfräcke und vorsätzlichen Brandstiftern und Mördern. ...von freier Presse lasse ich mir nichts mehr erzählen, seit ich gestern die »Berliner« gelesen habe. Zwei Meldungen mit großem Foto gegenübergestellt. Auf der einen Seite geht es um Autonome, die mit Äxten auf Polizeibeamte losgehen und auf der anderen Seite wird der tote Silvio Meier zum Täter gemacht. ...

... Ich frage mich, warum geht die Polizei vor die Presse, beleidigt die Opfer und leugnet die Täter (es geht um das Lügenkonstrukt, der ersten Aussage des Mörders, d. R.)? Stehen Polizisten und ermittelnde Behörden auf Seiten rechtsextremer Gewalttäter? Ist ihr Feindbild Links, was man darunter auch immer verstehen mag? Wie schnell hat die Polizei erkannt, daß der jugendliche Mörder keine extrem politische Einstellung hat, war man sich einig?

Dieser Bericht, diese Darstellung der Ereignisse ist für mich ein Wendepunkt und ich hoffe für viele andere auch. ...

Auf die Komplizen des wiedererwachten rechten Terrors in der Presse, in der Polizei, in der Politik sollten wir mit dem Finger zeigen und das Gerede vom Zusammenschluß der Demokratie nicht zur Farce werden lassen. ... ■

Unser Freund Thymi ist erschossen worden

Erst einige Wochen ist es her, daß unser Freund Silvio ermordet wurde und daß drei Menschen in den Flammen faschistischer Mordbrenner umkamen.

Da kam die nächste Schreckens-Nachricht: In Leipzig wurde ein Antifaschist von einem wildgewordenen Pistolen»helden« aus der Halbwelt erschossen, weil er den Angriff auf ein besetzes Haus mit abwehren wollte. Die Umstände dieses Angriffs machen den Tod von Thymi noch sinnloser: Es handelte sich nicht – wie irrtümlich angenommen – um einen Naziangriff, sondern um eine unpolitische Auseinandersetzung wegen eines geklauten Autos. Für solche unpolitischen, sinnlosen Aktionen nutzten die betreffenden Besetzer das Haus als Ausgangsbasis. Für sowas mußte Thymi nun sterben.

Thymi war aktiver Antifaschist und schon lange dabei. Er war einer der vielen, die im Herbst 89 die DDR-Regierung stürzten und die dann mit ansehen mußten, wie das Land von neuen Herren übernommen wurde. Als im Frühjahr 1990 die Leipziger Rechtsradikalen mit Hilfe aus dem Westen ihren Terror auf die Straße trugen, war Thymi meist mit dabei, sie in monatelangen Kämpfen wieder zurückzudrängen. Innerhalb der »Antifa Jugendfront« und der »Edelweiß-Piraten« arbeitete er mit an einer neuen antifaschistischen Jugendbewegung und dafür, daß den Faschisten auch auf der kulturellen Ebene der Boden entzogen wurde. Thymi war mit dabei, wenn faschistische Angriffe auf Flüchtlinge oder besetzte Häuser abgewehrt werden mußten und auch, wenn dies in anderen Städten nötig war. Zu uns in Berlin hatte er sehr enge Verbindungen.

Es war für ihn selbstverständlich, daß er am 22. Dezember mit losging, als es hieß, die Leopoldstraße wird überfallen. Zu diesem Zeitpunkt konnte er nicht ahnen, was für eine Auseinandersetzung da lief. Es war das letzte Mal, daß er mitging. Er wurde von vier Kugeln als einzigster der FreundInnen getroffen und starb kurze Zeit später. ■

Wir trauern um Thymi und werden ihn nicht vergessen.

Berliner Freunde und Freundinnen



Paketbombe ermordete Kerstin

Am Freitag, dem 22.1.93 ist Kerstin Winter in Freiburg von einer Paketbombe getötet worden. Kerstin entdeckte das an sie adressierte Paket vor ihrer Wohnungstür, als sich Freunde von ihr verabschiedeten. Sie nahm es mit in die Wohnung und öffnete es allein. Die Paketbombe explodierte sofort und tötete Kerstin auf der Stelle. Ihr Freund, der ebenfalls in der Wohnung anwesend war, sich aber zu der Zeit in einem anderen Zimmer aufhielt, kam mit einem Schock davon.

Kerstin (24) war eine politische engagierte Frau, sowohl als Antifaschistin als auch im PGL (Punx gegen Langeweile) und der AZ-Ini für ein autonomes Zentrum. Wer waren ihre Mörder? Aus ihrem engsten Freundeskreis kommt die Vermutung, daß es sich, bezogen auf ihre politische Tätigkeit und durch die Art und Weise des Anschlages, um einen faschistischen Anschlag handelt. Der Verdacht liegt nahe.

Sprengstoffanschläge gehören schon seit langem ins »Repertoire« von Faschisten. Mensch kann leicht Parallelen zu den faschistischen Attentaten in Europa ziehen, wie z.B. Bologna, der VAM /Weißer Arischer Widerstand in Schweden oder zu dem Attentat an Henrik Christensen, der in Kopenhagen (Dänemark) durch eine Briefbombe ermordet wurde (Info Nr.18). Auch in der BRD sind Parallelen zu sehen, denn die Qualität des Naziterrors hat sich gewaltig gesteigert. Und zwar auf zwei Arten.

Einmal die zu erkennende höhere spontane Gewaltbereitschaft einzelner Faschos gegenüber ImmigrantInnen, Flüchtlingen, Linken, gegen Obdachlose und Behinderte. Zum anderen die Steigerung des organisierten Naziterrors, angefangen bei den Brandanschlägen auf Wohnheime von ImmigrantInnen, die »ANTI-Antifa«-Aktivitäten, bis hin zu dem versuchten Sprengstoffanschlag auf ein türkisches Geschwisterpaar in deren Kölner Wohnung am 22.12.92. Sie kamen mit leichten Verletzungen davon, weil »lediglich« der Zünder und nicht der Brandsatz an sich in der Packetbombe hochging (s. Konkret vom Januar: »Jeder ist uns der nächste«). Politische Hintergründe dieser Morde und Anschläge werden staatlicherseits in der Regel vertuscht oder erst nach öffentlichem Druck in Erwägung gezogen.

Wenn überhaupt etwas getan wird, dann in Form von Verschleierungen und Inszenierungen für ein Konstrukt im Interesse des Innenministeriums.

So wurde in Freiburg eine 17-köpfige Sonderermittlungsgruppe des Landeskriminalamtes (LKA) zum Tod von Kerstin zusammengesetzt, die betont angibt, *»in alle Richtungen zu ermitteln!«* Die *»Richtungen«* kennen wir nur allzu gut; übersetzt bedeutet das, daß fast ausschließlich im linken Spektrum ermittelt wird. Es ist schon wirklich seltsam, daß gerade der Absender der Paketbombe rekonstruiert werden konnte. Aus den erhaltenen Fragmenten von der Namenszeile blieb als Schrift »Mord Rim« übrig. Das wird pressewirksam verarbeitet und heraus kommt nicht nur die Annahme, ein Krieg unter Linken wäre ausgebrochen, sondern auch die Begründung einer noch stärkeren Bespitzelung von linken Strukturen. Ein üble Unterstellung und politische Diffamierung sowieso.

Laut TAZ vom 2.2.93 wird Kerstins Freund, der ebenfalls in der Wohnung war, verhaftet. Begründung dafür war erstens die angeblich *»in jüngster Zeit entstandene Konfliktsituation zum Opfer«*. Das LKA meint hier, daß der bevorstehende Auszug aus der Wohnung, um gemeinsam in eine andere umzuziehen, unbedingt eine Konfliktsituation darstellt! Zweitens ist ein Schriftgutachten erstellt worden, welches darauf hinweisen soll, daß die Paketaufschrift vom Tatverdächtigen stammen könnte. Diese »Gutachten« waren in der Vergangenheit schon öfter nicht haltbar. Daß hier versucht wurde, ein »Kartenhaus« aufzubauen, das ziemlich schnell zusammenbrechen mußte, wird daran klar, daß die unhaltbaren Beschuldigungen nach kürzester Zeit widerrufen wurden. Kerstins Freund mußte am 3.2.93 aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Mit der Anmerkung des LKA, daß Verdachtsmomente natürlich weiterhin bestehen.

Nach wie vor ist unklar, aus welcher Richtung der Anschlag kam, die Ermittlungen des LKA laufen weiterhin fast ausschließlich in die bekannte Richtung.

Die Existenz von Wehrsportgruppen, die technisch-militärische Ausbildung und Bewaffnung von Faschisten, Spuren, die in die faschistische Szene führen, werden konsequent außer acht gelassen. Wir fordern vom LKA, daß endlich einmal Fakten und Zusammenhänge genannt und in den richtigen Kontext zueinander gestellt werden.

An die »Linke« haben wir die Forderung, daß niemand diesen Mord für politischen Ziele und Argumentationen mißbrauchen oder funktionalisieren darf.

Mit Trauer und Wut haben wir die Nachricht vom Mord an Kerstin aufgenommen. Doch wir werden weiter für das eintreten, wofür die Ermordete sich eingesetzt hat: Lebendigkeit, den Mut, sich gegen die Verhältnisse in diesem Land zu wehren, einen eigenen Kopf zu haben und für ein besseres Leben zu kämpfen. ■



Zeitschriften, Broschüren, Bücher

Auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt es inzwischen eine Menge neuer Zeitungen. Die, die uns bekannt sind und das Thema Antifa zum Schwerpunkt haben bzw. reine Antifa-Zeitungen sind, möchten wir hier mit Kontaktadresse erwähnen. Wenn ihr sie bestellen wollt, vergeßt bitte nicht, den angegebenen Preis plus Porto der Bestellung beizulegen, aus eigener Erfahrung wissen wir, daß das die Leute oft vergessen. Die Liste erhebt in keinem Fall Anspruch auf Vollständigkeit, solltet Ihr eine nicht erwähnte Antifa-Zeitung machen, dann teilt uns das doch bitte mit.

SUBBOTNIK in LA, Hallenser Regionalzeitung, monatlich, 0,50 DM, Abo: 25,00 DM/Jahr, c/o Initiative für eine Vereinigte Linke, Große Klausstr. 11, O-4020 Halle, Tel: 0345/25537

ANTIFADA, Plauener Antifa-Zeitung, monatlich, 1,50 DM, c/o Eine Welt e.V., O-9900 Plauen, PSF 98

F.R.E.I. Brief, Erfurter Regionalzeitung von Radio F.R.E.I., monatlich, 1,00 DM, Abo: 20,00 DM/Jahr, F.R.E.I e.V., PF 375, O-5010 Erfurt, Tel/Fax: 0361/603793

ANTIFA-INFO Dresden, ganz neu, Erscheinungsweise unklar, Spende, c/o Infoladen Schlagloch, Kamenzer Str. 17, O-8060 Dresden

Antifa-Jugendinfo Bonn (s. Anzeige)

Antifa Jugendinfo – Bielefeld; c/o Infoladen Anschlag; Heeperstr. 132; 4800 Bielefeld

Antifa-Jugendinfo BRD (s. Anzeige)

LATSCHER (Antifa-Jugendinfo Berlin), unregelmäßig, 0,50 DM, Gneisenaustr. 2a, 1000 Berlin 61

FIGHT THE POWER (Antifa-Jugendinfo Göttingen), vierteljährlich, Spende, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Str. 10, 3400 Göttingen, Tel: 0551/74557

Der Rechte Rand, überregional, 6x im Jahr, 2,50 DM, Abo 18,00 DM/Jahr, Postfach 1324, 3000 Hannover 1,

Antifaschistische Nachrichten, Zeitschrift der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, überregional, zweiwöchentlich, 1,60 DM, Abo 67,60 DM/Jahr, Zülpicherstr. 7, 5000 Köln 1

frontblatt, Volksfront LV Berlin, monatlich, 0,80 DM, Abo: 24,00 DM/Jahr, c/o GNN-Verlag, Czeminskistr. 5, 1000 Berlin 61

Antifa-Info Frankfurt/M., alle 2 Monate, 3,00 DM, c/o Cafe Exzess, Leipziger Str. 91

TROTZDEM, Braunschweiger Info, 2,00 DM, 1. Umschlag: AStA TU, Katharinenstr. 1, 3300 Braunschweid, 2. Umschlag: Trotzdem

AZ, Lübecker Antifa-Zeitung, 3-4 x im Jahr, 2,50 DM, Abo: 15,00 DM/4 Ausgaben, c/o AKZENT, Fleischhauerstr. 32, 2400 Lübeck

Antifaschistischer Bericht Wuppertal (siehe Anzeige)

ATZE; Kieler Antifazeitung, vierteljährig, 3,00 DM (?), Schweffelstr. 6, 2300 Kiel 1

RAG, DGB.Jugend, vierteljährig, kostenlos, c/o DGB Jugend- und Kulturzentrum, Brunnenstr. 125-127, 1000 Berlin 65

blick nach rechts, Postfach 120408, 5300 Bonn

ZAG, Yorckstr. 59, 1000 Berlin 61

Antifaschistischer Informationsdienst, c/o Arbeitskreis Antifa, Postfach 100206, 6800 Mannheim

DISS-Hefte, Realschulstr. 2, 4100 Duisburg

Antifaz, Herner Str. 43, 4350 Recklinghausen

Broschüren:

»Hoyerswerda ist überall« - Neonazis in NRW, c/o Die Grünen NRW, Volksgartenstr. 35, 4000 Düsseldorf 1

Eine sehr gute Broschüre über den steigenden Rechtsradikalismus in NRW. Beleuchtet werden die Hintergründe der Gewalt, die Rolle der Politik und der Medien, die Auswirkungen der bundesweiten Gewaltwelle auf die entsprechenden Organisationen und Vereinigungen in NRW, die Parteien und Organisationen FAP, GdNF, NF, KKK, WJ, UFK und DL. Eine Chronologie der Übergriffe in NRW ist am Schluß ebenfalls enthalten.

»Paßt bloß auf!!!«, Junge Linke im »Gleisdreieck«, Borriesstr. 28, 3000 Hannover 81

Gegen Rassismus und Faschismus - antifaschistischer Jugendkongress vom 27. - 29.März in Hannover. Der Kongress-Reader ist fertig. Texte, Arbeitskreisergebnisse und Materialien zu: Rassismus, Multikulturelle Gesellschaft, Europäische Abschottungspolitik, Eugenik und Euthanasie, Antifa-Perspektiven.

International:

Searchlight (GB), **Reflex (FR)** und **Stoppa Rasismen (S)** (siehe Anzeigen)

Niederlande: **NN (Nomen Nescio)**, Van Ostadestraat 233n, 1073 TN Amsterdam

Österreich: **MITTEILUNGEN**, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 8, 1010 Wien

Buchhinweis:

Wolfgang Purtscheller: **»Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk«**. Picus Verlag, Wien.

Der Journalist Wolfgang Purtscheller veröffentlicht im März dieses Jahres ein Buch über das faschistische Netz in Österreich, das von den nationalsozialistischen Kadertruppen wie der VAPO (der »Bereich Ostmark« der GdNF) bis weit in die traditionelle Parteienlandschaft reicht. Purtscheller beschreibt den österreichischen Rechtsextremismus von 1945 bis heute und zeichnet den Strukturaufbau, den die Neofaschisten heute betreiben, in seinen verschiedenen Verästelungen nach. Rekrutierungsmethoden, interne Strukturen und organisatorische Verflechtungen werden in diesem äußerst kenntnisreichen Buch dokumentiert. Dieser Recherche liegen ausschließlich Originaldokumente aus der rechten Szene, vorwiegend interne, zugrunde, zusätzlich wurden Aussagen von Führungspersonen, Insidern und Aussteigern protokolliert. Purtscheller gibt uns einen umfassenden Einblick in die Arbeitsweise und die Aktivitäten des rechtsextremen Spektrums in Österreich, das über die Landesgrenzen hinaus auch gerade in die Bundesrepublik wirkt. Für alle, die die Formierung faschistischer Organisationen verfolgen, ein empfehlenswertes Buch!



Wir möchten hier auf Diskussionen über eine Organisierung von Antifagruppen eingehen, die seit einiger Zeit die Gemüter erregen und bereits zu harten Kontroversen geführt haben.

Organisierung von Antifagruppen



Am 8. Mai dieses Jahres findet in Göttingen eine Tagung des »Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur« statt. Dort werden Gruppen aus der »Antifaschistischen Aktion - BO« die Möglichkeit haben, der Öffentlichkeit und anderen interessierten Gruppen ihre Vorstellungen zu Organisierung und zur AA-BO darzulegen (s. Anzeige S. 54).

Auf dem Gebiet der Ex-DDR gibt es seit einiger Zeit regionale Treffen von Antifagruppen. Weitere Regionaltreffen sind im Aufbau. Zusätzlich gab es bereits erste Treffen, um eine *»Reichsbahngebietsweite«* Vernetzung aufzubauen.

Eine bundesweite Organisierung wird von einigen Antifagruppen aus der Alt-BRD angestrebt. Eine »Antifaschistische Aktion - Bundesweite Organisation« (AA-BO) ist gegründet worden. Bisher sind jedoch kaum Gruppen aus der Ex-DDR daran beteiligt. Dies hat Gründe: So werden die Vorstellungen über eine Organisation, der Diskussionsstil und die Vorgehensweise einiger Gruppen aus der AA-BO von den meisten Ex-DDR Gruppen weitgehend abgelehnt.

Auch das Infoblatt ist seit einiger Zeit an der Diskussion um die AA-BO beteiligt. Angefangen hat diese Diskussion als »Arbeitsgruppe Antifa« innerhalb eines bundesweiten Infoladentreffens. Schnell stellte sich heraus, daß eine bundesweite Antifastruktur von sehr vielen als notwendig angesehen wurde. Wie und unter welchem Vorzeichen das Ganze entstehen sollte, darüber gab es die unterschiedlichsten Meinungen. Das einzige schriftliche Papier, was zu dieser Zeit vorlag, war das »Papier zur Autonomen Organisierung« aus Göttingen, welches wir im Info Nr. 16 abgedruckt haben. An diesem Papier gab es unterschiedliche, teils sehr starke Kritik. Im Laufe der Diskussion sind viele Gruppen ausgestiegen: Da gab und gibt es starke Kritik an dem Diskussionsverhalten einiger Gruppen, einigen roch es zu sehr nach Vereinsmeierei und es bestanden Befürchtungen, daß parteiähnliche, zentralistische Strukturen aufgebaut werden könnten, den anderen war es wiederum nicht »revolutionär« genug. Die AA-BO will sich später dazu selber äußern.

Positiv ist auf alle Fälle der Umstand, daß trotz der ganzen Kontroversen immer noch eine ganze Menge Gruppen miteinander über die weitere Organisierung diskutieren. So ist inzwischen ein vorläufiges Grundsatzpapier entstanden, welches die Grundlage einer Zusammenarbeit bilden soll. Einen großen Platz in dieser Diskussion nahm die Frage ein, ob das Symbol und der Name der historischen Antifaschistischen Aktion unverändert übernommen werden soll und kann. Dabei spielten die Bedenken einer möglichen Vereinahmung von Namen und Symbol durch die Organisation und die vorhandene Kritik an der historischen AA eine Rolle. Weiterhin besteht die Möglichkeit, daß die Organisation dadurch kriminalisiert werden könnte, daß andere Antifagruppen dieses Symbol willkürlich für ihre Aktionen benutzen. Als Ergebnis wurde sich darauf geeinigt, daß der Name mit dem Zusatz »Bundesweite Organisation« und ein anderes Symbol verwendet wird.

Gruppen, die an dieser Diskussion teilnehmen wollen, würden wir auf Anfrage Kontakte zu einer beteiligten Stadt vermitteln, damit sie sich dort persönlich über die genaueren Diskussionsergebnisse informieren können. ■

Stellungnahme zur Organisierung von Antifa-Gruppen

Das Spektrum der aktiven Antifa-Gruppen, die eine konsequente Arbeit betreiben, ist aus Menschen unterschiedlicher politischer Strömungen, Hautfarben und Geschlechter zusammengesetzt. Die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie leben, sind unterschiedlich. Eine bundesweite Vernetzung, die diese Unterschiedlichkeit berücksichtigt, halten wir für ebenso notwendig wie eine umfangreiche internationale Zusammenarbeit, um den Kreis des antifaschistischen Widerstands zu vergrößern und seine Ideen weiterzuentwickeln. Diese Antifa ist Teil einer sich neu bildenden Linken, die alte untaugliche Konzepte und Antworten in Frage stellt und, neben der Bekämpfung von Faschismus, Wege sucht, wie eine bessere Gesellschaft erkämpft werden kann.

Wir verwenden die Begriffe Organisierung und Organisation unterschiedlich. Organisierung bedeutet für uns ein Prozeß, der eine gemeinsame Diskussion beinhaltet, in dem Erfahrungen ausgetauscht werden, Leute sich kennenlernen, beginnen sich untereinander zu vernetzen und indem Verbindlichkeit entsteht. Eine Organisation kann in unserem Verständnis erst am Ende eines solchen Prozesses stehen. Die Antifa-Bewegung steht hier erst am Anfang.

Wir denken, daß für die Bildung einer bundesweiten Organisation noch mehr Gruppen als bisher beteiligt und wesentlich mehr Auseinandersetzungen geführt werden müssen. Im Augenblick geht es uns um eine Organisierung. Eine bundesweite Organisierung sollte eine regionale Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Gruppen ergänzen. Da dieser Prozeß noch nicht allzuweit fortgeschritten ist, sehen wir die Aufgaben aktueller Organisierungsbestrebungen im Weiterentwickeln einer bundesweiten Diskussion und Vernetzung. Allein dieses Ziel zu erreichen, wäre ein gutes Ergebnis.

Für eine Diskussion um Vernetzung und Organisierung haben wir im Folgenden ein paar Punkte gesammelt, die wir vorstellen wollen. Wir hoffen, daß uns bis zur nächsten Ausgabe viel Kritik, weitere Anregungen und mehr Diskussionsstoff erreicht, den wir dann aufgreifen bzw. abdrucken wollen:

* Für Menschen außerhalb einer »Szene«, die Interesse an antifaschistischer Arbeit haben, sollte solch eine Organisierung ebenso attraktiv sein. Eine Organisierung sollte sich als Teil der kritischen Linken verstehen, die Schwerpunkte auf Antifa-Arbeit setzt und offen ist für Diskussionen fortschrittlicher Perspektiven, gesellschaftsverändernder Ideen, Strömungen und Bewegungen, mit dem Ziel der Abwehr von Rassismus, Sexismus und Faschismus.

* Zur Zeit sind die Diskussionen um Organisierung bestimmt von deutschen, weißen Männern. Es fehlt eine Auseinandersetzung mit den Gruppierungen, die in erster Linie Ziel von faschistischen Angriffen sind.

* Eine bundesweite Organisierung von Antifa-Gruppen muß möglich sein, ohne bestehende Organisationsformen zu übergehen oder zu funktionalisieren.

* Die Unterstützung einer Basisarbeit, einer Bewegung von »unten«, in der die lokalen bzw. regionalen Gruppen die Schwerpunkte setzen, halten wir für die wichtigste Aufgabe einer Organisierung.

* Der Prozess einer Organisierung und die damit verbundenen Diskussionen werden viel fruchtbarer sein, als jetzt eine Organisation durchzupeitschen. Das setzt voraus, erst einmal zur Kenntnis zu nehmen, in was für einer Situation sich »die Anderen« befinden, und diese Ausgangslage und die sich daraus ergebenen Positionen zu akzeptieren.

* Wir brauchen keine bürokratische Vereinsmeierei. Es kann nicht darum gehen, daß Kräfte im Aufbau einer Organisation, die nur ihrem eigenen Erhalt dient, verschwendet werden.

* Ansätze von Profilierung und von Funktionalisierung, zu denen es immer wieder kommt, sollten von vornherein offen diskutiert und angegangen werden.

* Die Frage nach einer eng ausgelegten formellen Mitgliedschaft halten wir für verfrüht. Wir wünschen uns jetzt eine Struktur, in der ohne auszugrenzen heftig gestritten werden kann. Solidarische Kritik und kritische Auseinandersetzung fallen sonst unter den Tisch. Gerade solch ein Umgang miteinander und eine Vielzahl von persönlichen Kontakten schaffen die Voraussetzung für eine bundesweite Organisierung. Ein Ergebnis der bisherigen Diskussion in der AA-BO ist leider offensichtlich: Viele Gruppen stiegen einfach aus.

* Eine simple Vereinheitlichung von Positionen und Aktivitäten unter dem Dach einer Organisation halten wir für schädlich. Die Tiefe einer Diskussion und damit auch die Qualität der Antworten leidet, wenn vorschnell angestrebt wird, in allen Fragen eine für alle Gruppen verbindliche Konsensmeinung zu erzielen.

* Die Organisierung von Antifa-Gruppen kann nicht die Entwicklung revolutionärer Perspektiven leisten.

* Vor der Gründung einer bundesweiten Organisation muß eine konkrete Vorstellung ihrer Arbeit bestehen. Mit der Gründung einer Organisation werden Erwartungen geweckt. Damit diese auch erfüllt werden können, müssen unsere Strukturen und Inhalte bereits gefestigt sein. Wir können dabei nicht auf vollmundige Erklärungen und einen selbstproduzierten Mythos setzen.

* Den gut funktionierenden Gruppen und Regionalorganisierungen muß klar sein, daß sie die Hauptaufgaben einer bundesweiten Organisierung tragen. Es ist falsch, wenn die geringen Kräfte kleinerer Gruppen für bundesweite Aufgaben verbraucht werden.

* Bundesweite Treffen sollten einen Erfahrungsaustausch und konkrete Diskussionen beinhalten, von denen die anwesenden Gruppen einen praktischen Nutzen haben. Im Moment bietet sich zum Beispiel an: Antifaschistische Arbeit in Schulen und Universitäten, von Jugendlichen und Erwachsenen, in Betrieben, Stadtteilen oder ländlichen Regionen. Vorbereitete Arbeitsgruppen zum Stand von faschistischen Organisationen, Umgang mit Repression, Öffentlichkeitsarbeit und antifaschistischer Kultur. Bundesweite Mobilisierungen, der Austausch von Infomaterial und Plakaten, sowie Informations- und Diskussionsreihen sollten besser abgestimmt und intensiver genutzt werden.

* Erklärungen einer bundesweiten Organisierung sollten nur in Absprache aller herausgegeben werden. Gleiches gilt für die Verwendung eines gemeinsamen Namens. So werden endlose Auseinandersetzungen vermieden, wenn Gruppen unter dem gemeinsamen Namen Aktionen durchführen und andere nicht damit einverstanden sind.

Das Antifa - Infoblatt will nicht Sprachrohr einer Organisation sein. Es soll Medium für unabhängige Gruppen sein, die aus unterschiedlichen Richtungen kommen (unterschiedliche Ansichten in den Gebieten der Ex-DDR und der Alt-BRD haben wir bereits erwähnt). Gerade das Ansprechen von Leuten außerhalb von eingefahrenen Politmechanismen einer »Szene«, die nach außen oft sehr abschreckend wirken, ist uns sehr wichtig. Wir wollen als Infoblatt auch nicht Funktionen einer politischen Organisation übernehmen, obwohl wir darin gerne unseren Beitrag leisten.

Antifa - Infoblatt, Berlin; Januar 1993

Anzeige des Vereins zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V., Göttingen

ANKÜNDIGUNG

Aufruf zur Teilnahme an der Tagung mit der "Antifaschistischen Aktion" vom 7. bis 9. Mai 1993 in Göttingen!

Vom 7. bis 9. Mai 1993 wird in Göttingen eine erste Tagung mit der neugegründeten "Antifaschistischen Aktion" stattfinden. Dieser bundesweite Zusammenschluß verschiedener antifaschistischer Gruppen zur "Antifaschistischen Aktion" ist das vorläufige Ergebnis einer fast zweijährigen Diskussion um die Neubestimmung und Organisierung antifaschistischer Politik. Der Diskussionsprozeß um die Notwendigkeit einer Organisation als entscheidendes "Handwerkszeug" für verbindliche, kontinuierliche Diskussion und Praxis sowie als Rahmen zur Entwicklung einer Politik, die gesellschaftlichen Einfluß nimmt, ist mit der Gründung der "Antifaschistischen Aktion" sicher längst nicht abgeschlossen. Vielmehr ist es wichtig, die Auseinandersetzung um linke und antifaschistische Politik und damit zusammenhängend um "Organisierungsfragen" zu verbreitern und ihr neue Impulse zu geben. Das ist auch ein Ziel der Tagung.

Zum Auftakt wird der Diskussionsprozeß bis zur Entwicklung des Organisierungskonzeptes der "Antifaschistischen Aktion" dargestellt und ausgewertet. Daneben werden Standpunkte und Überlegungen zu verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Bereichen in Vorträgen dargelegt und zur öffentlichen Diskussion gestellt, um dazu aufzufordern, sich zu organisieren. Um dahin zu kommen, werden konkrete und aktuelle Handlungsmöglichkeiten vorgestellt.

Zur ersten Orientierung folgen in Umrissen die Themenbereiche der antifaschistischen Tagung.

Themen - Schwerpunkte - Diskussionsgrundlagen

- **Vortrag 1: Antifaschistischer Selbstschutz & Militanz als Mittel in der politischen Auseinandersetzung**
- **Vortrag 2: Historische Betrachtung der "Antifaschistischen Aktion" (in der Zeit von 1918 - 1933)**
- **Vortrag 3: Ideologie der Neuen Rechten und antifaschistische Aktionen**
- **Vortrag 4: Antifaschismus und Organisierung in der Provinz**
- **Vortrag 5: Zusammenarbeit mit ausländischen und ImmigrantInnengruppen in der BRD**
- **Vortrag 6: Einiges zu Kapitalismus & Imperialismus**
- **Vortrag 7: Die Entwicklung vom deutschen Imperialismus zum deutschen Faschismus**
- **Vortrag 8: Gesellschaftliche Situation in der BRD und antifaschistische Perspektiven**

Neben den mündlichen Vorträgen werden die Standpunkte der Gruppen der "Antifaschistischen Aktion" in ausführlicher Form auch als Broschüre herausgebracht. Diese wird schon vor der Tagung in linken Buchhandlungen und Infoläden erhältlich sein, damit eine inhaltliche Vorbereitung und eine rege Teilnahme gewährleistet werden kann.

Außer Gruppen der "Antifaschistischen Aktion" werden GenossInnen von ausländischen antifaschistischen und antirassistischen Organisationen ihre Arbeit darstellen und von der Situation in ihren Ländern berichten, um organisierte antifaschistische Arbeit informell verknüpfen und praktisch annähern zu können.

Antifaschistische Gruppen aus den fünf neuen Bundesländern sind auf der Tagung ebenfalls vertreten.

Weiterhin gibt es eine gemeinsame Pressekonferenz, um der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, weitere Fragen zu stellen.

Parallel zur Tagung ist eine **Kulturelles Rahmenprogramm** geplant:
So wird eine **historische Ausstellung** zu sehen sein, **Filme** zum Thema werden angeboten, politische **Theater-** und **Kabarett**gruppen werden ihr Programm darbieten. Am Samstag soll ein Konzert mit drei Gruppen stattfinden.

"Antifaschistische Aktion" - Kurzinformation

Seit fast zwei Jahren gab es regelmäßige bundesweite Deligiertentreffen verschiedener Antifagruppen zunächst zur informellen Verknüpfung. Es zeigte sich, daß verschiedene Gruppen eine verbindliche, überregionale Organisierung mit dem Ziel einer gemeinsamen politischen Praxis als notwendige Voraussetzung erkannten, um möglichst vielen Menschen politische und kulturelle Orientierung bieten zu können.

Erstes konkretes Ergebnis war ein Grundlagenpapier für eine bundesweite antifaschistische Organisation.

– Die "Antifaschistische Aktion" will als bundesweiter Zusammenschluß von organisierten Gruppen ihre Standpunkte und ihre Aktionen in die öffentliche Diskussion bringen. Die Rolle der Medien wird dabei eine besondere Beachtung finden.

– Die "Antifaschistische Aktion" ist kein starres Modell, sondern eine Organisation, die sich als Teil eines stetigen Entwicklungsprozesses begreift. Das Ziel dieses Organisierungsprozesses ist die Entstehung einer breiten, durchsetzungsfähigen und radikalen antifaschistischen Bewegung.

– Der politische Schwerpunkt und der praktische Ansatz der "Antifaschistischen Aktion" ist der Antifaschismus. Der Kampf gegen Faschismus ist auch ein Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft von Menschen resultiert, faschistische und herrschaftsstabilisierende Verhaltensmuster anzunehmen. Antifaschistische Politik heißt zum einen, dem faschistischen Terror in all seinen Erscheinungsformen gezielt und wirkungsvoll zu begegnen, heißt zum anderen, genauso seine strukturellen und gesellschaftlichen Ursachen zu erkennen, in internationale Zusammenhänge zu stellen und mit in die Realität des Kampfes hier einzubeziehen. Der politische Kampf zielt auf die Entwicklung einer Perspektive, die sich gegen das kapitalistische Verwertungssystem richtet und über nationale Grenzen hinausgeht.

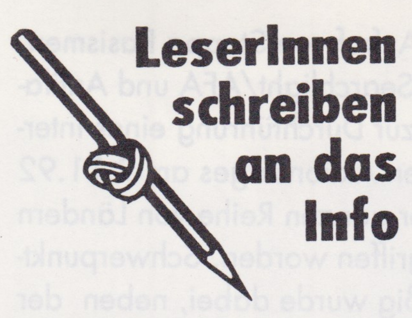
– Die "Antifaschistische Aktion" stellt einen Schritt zu einer außerparlamentarischen Bewegung dar und wird sich nicht im bürgerlichen Parlamentarismus verschleißen.

– Einer der praktischen Schwerpunkte von Gruppen in der "Antifaschistischen Aktion" ist die Arbeit in ihren Regionen, die Unterstützung regionaler und lokaler Antifagruppen. Die Arbeitsschwerpunkte werden nach regionalen Bedingungen und Möglichkeiten von den Gruppen bestimmt.

Zur Finanzierung der Antifaschistischen Tagung
Wie jede antifaschistische Arbeit wird auch diese Tagung Geld kosten. Spenden zur Unterstützung können auf das folgende Konto unter dem Kennwort **"8. Mai"** überwiesen werden.
Volksbank Göttingen
Kto.Nr.: 3705 11000
BLZ: 260 900 50

Februar 1993

Achtet auf weitere Ankündigungen!



Sehr geehrter Herr!

Ein weiteres Zeichen des Rechtsradikalismus von heute sind die zunehmenden Gewalttaten und Angriffe auf behinderte Menschen. Das Antifa-Infoblatt könnte einen Dienst tun, wenn auch dieses Thema aufgenommen wird, Seite an Seite mit der Ausländerfeindlichkeit. Ich bedanke mich bei Ihnen recht herzlich für Ihr Interesse und Entgegenkommen.

Mit freundlichen Grüßen

Info: Wir werden versuchen, in den nächsten Ausgaben auch auf dieses Thema einzugehen. Danke für den Brief! Ein kleiner Hinweis unsererseits: Das Info wird von mehreren Leuten gemacht, davon fast die Hälfte Frauen.

Zu Info 20a »Mahnwache und Demo in Quedlinburg« der Antifa BeobachterInnen Rhein/Main

Fangen wir mal von hinten an. Die zwei Demos in der Quedlinburger »Faschowoche« waren durchaus keine Wessi-Demos, sondern Ergebnis des Ost-West-Kontaktes. Oder anders: QLB hat eigene Antifas und nicht nur die, inzwischen zum Beispielvorwand bürgerlicher Zivilcourage herabbenutzte, Mahnwache. Seitens des Hauptteils der Mahnwache fand im Nachgang unserer Demo übrigens deutliche Distanzierung statt. Jedenfalls liegt hier seitens der BeobachterInnen eine deutliche Fehlwertung vor. Was so andere Beschreibungen und Wertungen betrifft (Aufforderungen zu Rückzug der Wasserwerfer und friedliches Abparken der Bullen am Rande z.B.) schlagen wir den BeobachterInnen vor, uns die Organisation und Sicherung der näxten Aktion abzunehmen. Besserwisserei hilft niemand und für Berichterstatter halten wir ein Gespräch vor Ort doch für recht wichtig. Übrigens ist die Darstellung der Geschehnisse um die Mahnwache (Steinhagel bis Krankenwagen) schlichtweg falsch und reißerisch. Lassen wir's dabei. Wir müssen genauer werden – insgesamt und generell.

Antifa QLB

Info: Der Bericht wurde uns zugesandt. Da wir selber nicht vor Ort waren, konnten wir ihn nicht überprüfen. Für die Zukunft wäre die beste Lösung, wenn Ihr uns selber Berichte schicken würdet.

Info: Neuruppiner SchülerInnen demonstrierten das erste Mal im November '92 unter dem Motto: »Wer schweigt macht sich mitschuldig!« In Neuruppin rekrutiert die FAP seit zwei Jahren erfolgreich Jugendliche, die teilweise in braunen Uniformen durch die Stadt patrouillieren und VietnamesInnen und Antifas terrorisieren.

»Hallo, hier nun mal Post mit (Erfolgs-?)berichten. Ich hab Euch 'n paar Fotos, einen Zeitungsartikel zu unserer Demo, sowie einen Bericht über ein paar ach so arme Fascho-»Kids« mit reingepackt. Erstmal zu unserer Demo – die war bis auf die Belästigungen von den Faschos ein Erfolg. Wir haben auf 350 Leute geschätzt, die Presse sprach sogar von 500 (glauben wir ihnen gerne). Die dämlichen Faschos konnten leider auch einen Erfolg feiern. Sie konnten in der Nähe FAP-Flugblätter verteilen und dummerweise sogar filmen. Wir waren auf derartige Provokationen nicht vorbereitet (war ja 'ne Schülerdemo) *(und Schülerinnen?, Info)* und konnten leider auch nichts machen außer uns zu vermummen und abzuwarten. Nachdem sich die Demo nach der Kundgebung aufgelöst hatte und nur noch die Ordner und Organisatoren zurückblieben, konnten wir von Glück reden, daß nicht alle ein Ding aufs Maul verpasst bekamen. Einer von uns bekam 'ne blutige Nase verpaßt, der »Täter« wurde abgeführt (nach langen Diskussionen mit den Bullen und weiteren Pöbeleien von ihm) und die Personalien festgestellt. Er wurde jedoch gleich wieder auf freien Fuß gesetzt und hatte so die Gelegenheit, einem Weiteren ein Ding zu verpassen. Der Kunde, der uns gefilmt hat, ist Mitglied der FAP. Insgesamt waren das 40-50 Faschos. Diese Faschos haben seit einiger Zeit ein Haus zur Verfügung gestellt bekommen, das sie mit Hilfe der INITIATIVE GEGEN JUGENDARBEITSLOSIGKEIT (IJN) renovieren. [Ganz eingerahmt in der Mitte mit Scheitel ist THOMAS PENNECKE zu sehen.] Er war dabei, als ein kleiner Vietnamese zusammengeschlagen wurde und schreibt seine Deutschaufsätze z.B. unter dem Titel: »Ich bin stolz, ein Nationalsozialist zu sein.« Mit dabei ist auch VOLKER VON DER TANGE (22). Er ist einer der »Dienstältesten« bei uns und war schon vor der Wende aktiv. Die anderen sind stockdoof, prügeln sich gern mal und greifen ab und zu mal Vietnamesen an. Sie waren alle bis auf einen (mit Pfeil) bei der Provo dabei.

Bis bald, Antifas aus Neuruppin.«

Nazi-Skin Treffen am 14.11.92 in Wiedau

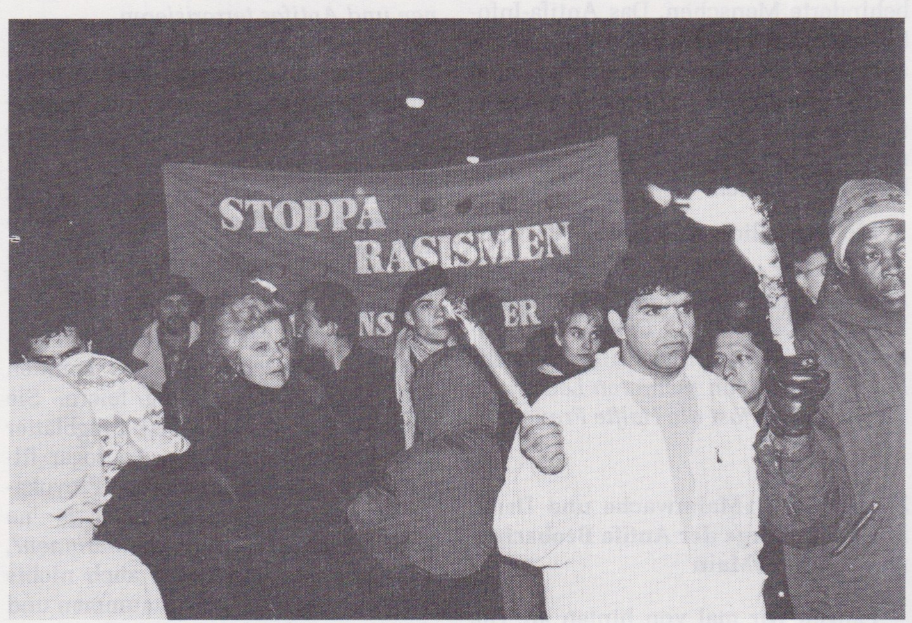
»Drei Tage nach einer ap-Meldung über die Strafanzeige gegen die Nazi-Band TONSTÖRUNG wg. Volksverhetzung, sollten die im Raum Mannheim ansässigen Faschisten bei Leipzig auf einem Nazi-Skin-Treffen spielen. Wenige Stunden vor dem Tag des Treffens wurde bekannt, daß die Nazis mit einem Bus der Firma »Baur-Reisen«, Ilvesheim anreisen wollten. Doch die Mannheimer Polizei hielt die 30 Faschos über vier Stunden fest und beschlagnahmte die PA, die TONSTÖRUNG für das Konzert stellen sollte. Das Nazi-Treffen selbst fand endgültig in Wiederau, ca. 20 Kilometer südlich von Leipzig, statt. Dort versammelten sich ca. 200 (!) Faschos aus dem organisierten Parteienspektrum, Hooligans und »Proll- Faschos«. Aus dem parteinahen FAP-Spektrum waren DIRK AMENDE und SCHUBERT (beide FAP) anwesend. Weiterhin war der aus Leipzig stammende und jetzt im südlichen Ruhrgebiet wohnende PIERE RICHTER (Siehe Info 20), der sich als führender Kopf der REUDNITZER RECHTEN versteht, da sowie äußerst militante Zeitzer Faschos. Auch die Macher der Nazi-Skin-Fanzines SACHSENS GLANZ und PROIßENS GLORIA waren erschienen. Die inhaltlichen Deckungsgleichheiten der beiden Fanzines lassen auf eine enge Kooperation miteinander schließen. Außerdem wurden Wiesbadener, Hallenser und diverse »unpolitische« Oi-Skins gesichtet. Trotzdem die Bullen TONSTÖRUNG und ihren Anhang festgehalten hatten, trat ihr Sänger zusammen mit der Erfurter Band BRUTALE HAIE auf. Nach jeweils drei Minuten Songs skandierten sie 10 Minuten lang das berüchtigte »Deutschland den Deutschen - Ausländer Raus«. Neben dieser Band spielte noch KROIZFEUER aus Sachsen auf einer PA miesester Qualität. Neben den üblichen Saufgelagen kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen Leipziger und Berliner Faschos, u.a. weil die Leipziger »Berlin, Berlin, Juden-Berlin« skandierten.

Nach der Veranstaltung wurden Fahrzeuge des noch nüchternen Teils nach Connewitz geschickt, wobei es jedoch zu keinen Übergriffen kam.

Leipziger Antifas«



Der Aufruf von Stoppa Rasismen, Reflex, Searchlight/AFA und Antifa-Infoblatt zur Durchführung eines internationalen Aktionstages am 9.11.92 ist in einer ganzen Reihe von Ländern aufgegriffen worden. Schwerpunktmäßig wurde dabei, neben der Situation in den eigenen Ländern, die Situation in Deutschland thematisiert.



Obwohl leider nur 500 Leute auf die Demo in Stockholm gekommen waren, war dort eine sehr gute Stimmung, an der sich »autonome Latschdemos« in der BRD ein Beispiel nehmen sollten.

Überblick über internationale antifaschistische Aktivitäten zum 9. November

Frankreich: Kundgebung vor der deutschen Botschaft am 8.11. und Veranstaltung zu Faschismus und Rassismus in Europa am 9.11. in Paris.

Großbritannien: Am 8.11. demonstrierten 1000 Menschen in York. Gastredner aus Berlin. In Manchester gab es am 9.11. eine Mahnwache vor dem deutschen Konsulat. Eine Protestresolution wurde dem Konsul überreicht.

Schweden: Stoppa Rasismen führte in Stockholm eine Demonstration durch. 500 Menschen beteiligten sich. Gastredner aus Berlin.

Dänemark: In Kopenhagen organisierte das »Anti-Rassistische Netzwerk« eine Demonstration mit 1500 TeilnehmerInnen.

Norwegen: Hier ist eine Kampagne zum Boykott deutscher Waren angelaufen. Das »9. November Komitee« in Bergen rief für den 9.11. zu einer Solidaritätsdemonstration auf und kündigte an, Geld zur Unterstützung der Antifa Jugendfront in Deutschland zu sammeln. Weitere Aktionen und Kundgebungen fanden in Tromsö (Antirassistische Regenbogen Zentrum), Trontheim (Anti-Nazi-Aktion) und Oslo statt.

USA: Aufgerufen hatte die »Student Coalition against Apartheid«. In Atlanta/Georgia organisierte das »Center for Democratic Renewal« eine Demonstration. In Los Angeles organisierten die »Menschen gegen rassistischen Terror« zur Unterstützung des Aktionstages eine Pressekonferenz und suchten den deutschen Vize-Konsul auf.

Kanada: In Toronto rief das »Kanadische Zentrum gegen Rassismus und Vorurteile« (CCRP) zu einer Kundgebung vor dem deutschen Handelszentrum sowie zu einer Veranstaltung auf. In Montreal beteiligten sich 100 Personen an einer Mahnwache vor dem deutschen Konsulat (Klanbusters); es sprachen VertreterInnen von CCRP und den Romani-Jüdischen Bündnis.

Antifaschistische Solidaritätskundgebung in Washington, DC.

Der folgende Bericht wurde uns von einem Genossen aus Washington zugeschickt:

Unter der Losung »Protest Against Racism and Fascism – Stop the Nazi Terror in Germany« demonstrierten am 9. November knapp 200 Menschen vor der deutschen Botschaft in Washington, DC – vermutlich seit vielen Jahren die größte Protestkundgebung an dieser Stelle. Eine siebenköpfige Delegation übergab einen Forderungskatalog an den Botschafter, in dem die deutschen Behörden dafür kritisiert werden, daß sie »die Opfer der Neonazis bestrafen anstatt sich den Neonazis entgegenzustellen«. Ebenfalls am 9. November übergaben antifaschistische Delegationen in San Francisco, Los Angeles und Toronto (Kanada) Protesterklärungen an die dortigen deutschen Konsulate. (...)

Auf der Kundgebung vor dem Botschaftsgebäude sprachen zwei GewerkschafterInnen, ein Vertreter der reformjüdischen Union of American ebrew Congregations, ein Washingtoner Anti-Rassismus-Aktivist, ein haitianischer Flüchtlingssprecher, und die Enkelin eines KZ-Überlebenden. Mehrere Grußbotschaften aus Europa ... wurden verlesen. Die Kundgebung wurde mit einer Schweigeminute für die Opfer der Reichspogromnacht und des Holocaust beendet.

Die Tatsache, daß sich der - überaus nervöse - deutsch Botschafter sofort bereit erklärte, die antifaschistische Delegation zu einem einstündigen Ge-



Foto oben: **Washington, DC**

Foto rechts:
In Kopenhagen ließen sie sich auch von starkem Regen nicht abhalten.

spräch während der Kundgebung zu empfangen, weist auf das Image-Problem der BRD im Ausland hin. Obwohl die US-Medien die Formeln von einer »Bedrohung der deutschen Demokratie durch Extremisten von links und rechts« und von einer »Flüchtlingsflut« in der Regel übernehmen, ist auch die öffentliche Kritik am Verhalten der deutschen Behörden nicht zu überhören.

Ende Oktober veröffentlichte die New Yorker Menschenrechts-Organisation Helsinki Watch einen ausführlichen Bericht mit scharfer Kritik an deutschen Behörden, Polizei und Justiz. (...)

Bericht von der Berliner Veranstaltung zum internationalen Aktionstag

Ursprünglich war, neben VertreterInnen von »Reflex« und »Searchlight«/AFA, eine Referentin von »Stoppa Rasismen« zu der Veranstaltung eingeladen gewesen. Schweden mußte leider absagen. Dafür konnten Leute von »Demos« aus Kopenhagen, die ohnehin nach Berlin kamen, kurzfristig für eine Teilnahme gewonnen werden.

An der Veranstaltung haben ca. 200-250 Leute teilgenommen. Ganz offensichtlich gibt es derzeit einen starken Bedarf an Diskussionen und Erfahrungsaustausch. Die Beiträge über die Situation und die Arbeitsweise der AntifaschistInnen in Frankreich und Dänemark trafen auf starkes Interesse. Die Geldsammlung erbrachte 371,- DM.

Überblick über antifaschistische und antirassistische Demonstrationen in Deutschland

Das politische Spektrum, das anläßlich des 9. Novembers in Deutschland zu Demonstrationen aufrief, war weit gefaßt: Bürgerliche Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen, antirassistische und antifaschistische Gruppen. Auch dort, wo Regierungsparteien mit aufgerufen hatten, überwog die Ablehnung einer Grundgesetzänderung. Zugleich demonstrierten überall zahlreiche Menschen gegen die Heuchelei der Politiker, die mit der Asyldebatte den Boden für die rassistischen Ausschreitungen vorbereitet haben und nun, nachdem das Ausland zunehmend verstört auf die Ereignisse reagierte, gegen Ausländerfeindlichkeit demonstrierten.

In Berlin demonstrierten bereits am 4.11. über 12.000 Menschen gegen die heuchlerische Regierungspolitik und für den Erhalt des Asylrechts. Am 8.11. nahmen 300.000 Menschen an der Demo teil; der Charakter war ebenfalls überwiegend regierungskritisch. Am 9.11. fand eine Kiezdemo im Bezirk Moabit und anschließend die Veranstaltung zum Aktionstag statt. Bereits am Vormittag hatten zahlreiche SchülerInnen in mehreren Bezirken (Steglitz, Charlottenburg, ...) demonstriert.

In Rostock gingen 5000 Menschen auf die Straße. Vor der Demo hatten AntifaschistInnen angekündigt, sich gegen polizeiliche Bespitzelung zu vermummen, und waren darin sowohl von Gewerkschaften als auch von einer jüdischen Gruppe unterstützt worden.

In Koblenz organisierte die Autonome Antifa vom 6.-14.11. eine Aktionswoche, am 9.11. eine Kundgebung und einen Schweigemarsch. In Mannheim gab es zwei Demos: Am 7.11. folgten 3000 Menschen dem Aufruf linker Gruppen und gingen auf die Straße und am 9.11. fand ein Schweigemarsch der bürgerlichen Parteien und Gewerkschaften mit 4000-5000 TeilnehmerInnen statt. In Karlsruhe hatte ein linkes Bündnis für den 9.11. mobilisiert. 800 Leute kamen. Forderungen waren u.a.:»Kampf dem Faschismus – nie wieder Krieg!«, »Gegen weltweiten Bundeswehreinsatz!«, »Kein Geld und keine Waffen für die Türkei!«, »Für uneingeschränktes Asylrecht!«. In Hannover rief ein Bündnis von 40 Gruppen zur Demonstration »Kampf dem Faschismus – Gegen Rassismus und Pogrome – Gegen das Treten nach unten – Die Schmarotzer sitzen oben« auf, an der sich 3500 Leute beteiligten. In Köln gingen am 9.11. 15-20.000 Menschen auf die Straße. Das Motto der Kundgebung: »Grundrechte verteidigen – Flüchtlinge schützen – Rassismus bekämpfen!«. Das Rockkonzert gegen Rechts am gleichen Abend wurde von 100.000 Leuten besucht.

Demonstrationen und Kundgebungen fanden außerdem in Frankfurt/a.M. (Frankfurter Bündnis gegen Rechts), Leipzig, Gütersloh, Herford, Bünde, Winsen, ... statt.

Am 14. November gingen dann noch einmal 100.000 Menschen in Bonn auf die Straße und demonstrierten gegen jede Änderung des Grundrechts auf Asyl. Zu der Demonstration hatten zahlreiche Menschenrechts- und Antirassismusorganisationen aufgerufen.

ITALIEN

Chronologie

Wir haben aus Italien eine Chronologie zugesannt bekommen, die wir in Auszügen veröffentlichen wollen. Sie ist ein Beleg dafür, daß nicht nur in Deutschland der faschistische Terror immer mehr zunimmt und die Forderungen der Nazis immer dreister werden. Die Chronologie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Schön wäre es bei solchen Berichten, wenn einige Sätze zur Einschätzung der Gesamtsituation immer mit dabei wären. Genauso ist sehr oft von »Skinheads« die Rede. Tragen sie den Hauptteil der Faschoaktivitäten und gibt es vielleicht auch nichtfaschistische Skinheads in Italien?

In den letzten Monaten häufen sich in Italien zusehends faschistische/rassistische/antisemitische Angriffe durch Neonazi-Banden. Durch die Wahlerfolge der populistischen Lega Nord und des faschistischen MSI bei den Kommunalwahlen Anfang Dezember wird deutlich, daß sie über ein großes Potential verfügen und Zustimmung bei einem großen Teil der Bevölkerung finden. Das ist eine Chronologie, über die Angriffe der letzten Monate und antifaschistische/antirassistische Gegenaktionen:

7.5.92 Mailand: Faschistischer Brandanschlag auf ein von der »Anarchistischen Werkstatt« besetztes Haus.

Leoncavallo (Italien), August 1989



15.5. Mailand: Schwere Ausschreitungen in einem ArbeiterInnenviertel, weil die Naziskins auch nach dem Brandanschlag ihre Provokationen unverändert fortgesetzt haben.

13.6. Rom: Jüdische Demonstration gegen eine Veranstaltung des neonazistischen »Movimento Politico Occidentale" mit David Irving und Faurisson. Die DemonstrantInnen werden abgedrängt und sind enttäuscht darüber, daß sie keine Unterstützung erhielten.

14.8. Bestätigung über die Beteiligung italienischer Faschisten und Söldner am jugoslawischen Bürgerkrieg, auf Seiten der Kroatischen Milizen.

7.9. Caserta: Die Angriffe auf afrikanische Erntehelfer, die in der Region Kampanien in der Tomatenernte eingesetzt sind, nehmen zu.

11.9. Livorno: Antisemitische Parolen werden am Sitz der Jüdischen Gemeinde und an der Synagoge gesprüht.

Ende Sept. Vicenza (Venetien): Ein Haus mit überwiegend afrikanischer Bevölkerung muß durch die Polizei mehrmals gegen die Angriffe rechtsradikaler Skinheads geschützt werden.

Ende Sept. San Remo (Ligurien): Neonazis haben den jüdischen Friedhof geschändet, seine Mauern wurden mit Sprüchen wie »6 Millionen sind nicht genug« beschmiert.

11.10. Rom: 200.000 Menschen besuchen ein Konzert des Liedermachers Antonello Venditti gegen Rassismus und Ausländerhass.

17.10. Rom: Landesweite Demonstration des faschistischen MSI für die nationale Einheit und gegen die Trennung Italiens in ein reiches Norditalien und den armen Süden, wie es die populistische Lega Nord fordert. Nach Polizeiangaben haben 50.000 Personen teilgenommen, die MSI spricht von 80.000. »Duce, Duce« Rufe und der Hitlergruß begleiten die Veranstaltung.

28.10. Trient: Die Lega Nord fordert auf rassistischen Plakaten, die im ganzen Stadtgebiet auftauchen, die Süditaliener/innen auf, zurückzugehen.

31.10.: Eine Umfrage des Nachrichtenmagazins »L'Espresso« erregt großes Aufsehen. Demnach bekennen sich 10,5 % der ItalienerInnen zu einer antisemitischen Einstellung. (In Italien leben weniger als 30.000 Juden, die größte jüdische Gemeinde ist Rom.)

2.11. Rom: Mitglieder des faschistischen »Movimento Politico« bekleben jüdische Geschäfte mit gelben Judensternen.

5.11. Rom: Der Sitz des »Movimento Politico« wird angegriffen, die anwesenden Nazis verprügelt und die Fahne heruntergerissen.

8.11. Triest: Faschistische Demonstrationen, auf denen Istrien, Delmatien und Rijeka, die nach dem 2. Weltkrieg an Jugoslawien abgetreten werden mußten, zurückgefordert werden.

GROSSBRITANNIEN

Tendenz fallend - die Karriere des Geschichtsverfälschers Irving



Irving (l.) mit Frey (DVU) 1991 in Passau

Irving stößt auch in rechtsradikalen Kreisen zunehmend auf Ablehnung. Zu einer Führungsperson einer zukünftigen breiten Koalition der extrem-Rechten in Britannien wird er es wohl nicht bringen. Sein oft irrationales und arrogantes Verhalten – es gilt keine Meinung außer der seinen – spielen dabei eine Rolle. Dem Institute for Historical Review aus den USA, das nach dem 20 Mio. DM-Erbe seine Aktivitäten erheblich ausweiten kann, scheinen Irvings ständige öffentliche Auftritte bei offen-militanten Neonazi-Organisationen auch nicht in das Konzept zu passen. Kanada fügte Ende letzten Jahres nach der BRD, Südafrika und Italien ein weiteres Einreiseverbot für Irving hinzu. Es ist zu hoffen, daß es dort nicht gehandhabt wird wie in der BRD (Irving behauptet, trotz Verbot in den letzten Jahren 40x eingereist zu sein). Schon während seiner Anwesenheit auf dem Kongreß des Institute for Historical Review wurde ihm von den kanadischen Behörden mitgeteilt, daß seine Anwesenheit unerwünscht sei. Er flog dennoch nach Kanada und wurde bei einer Veranstaltung festgenommen. Er stimmte der Ausreise innerhalb von

48 Stunden zu, redete aber zwei Tage später wieder auf einer Veranstaltung in Toronto. Als er zur Grenze fuhr, um in die USA einzureisen, wurde er abgewiesen und daraufhin von den kanadischen Behörden erneut in Haft genommen. Seine Haftverschonung auf Kaution nutzte er wieder, um bei Veranstaltungen aufzutreten, bis er Kanada endgültig verlassen mußte. Erfreulicherweise war Irving bei seinen Veranstaltungen in Kanada, wie auch zuvor in den USA, ständig mit Gegenaktionen von AntifaschistInnen konfrontiert. Diesen Aktivitäten ist es zu verdanken, daß die kanadischen Behörden diesmal energischer gegen Irving vorgingen. Auch mit seiner pseudowissenschaftliche Karriere hat Irving verstärkt Probleme. In der BRD werden im Buchhandel seine Bücher zunehmend aus dem Angebot genommen; die Sunday Times aus England weigert sich, seine »Übersetzung« der Goebbels-Tagebücher zu bezahlen.

USA

Institute for Historical Review (IHR)

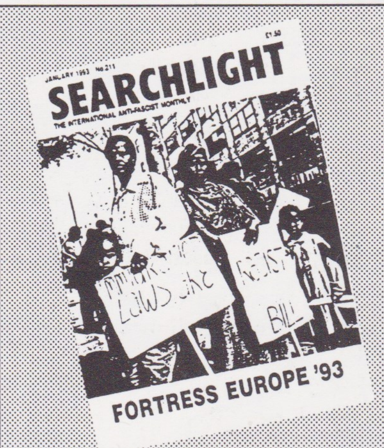
Das IHR, eines der Zentren zur Propagierung der Auschwitzlüge, führte ihres Jahreskonferenz im vergangenen Oktober durch. Vertreten war wieder die Spitze der Geschichtslügner: darunter Ahmed Rami, der aufgrund des zunehmenden Drucks durch die Justiz sein antisemitisches Radio in Stockholm geschlossen hat, Robert Faurisson aus Frankreich, der »Hinrichtungsexperte« Fred Leuchter, Arthur Butz aus den USA, der Rechtsvertreter der Aryan Nations Kirk Layons. Aus der BRD erschien Ewald Althans; Wolfgang Hess, Sohn von Rudolf Hess, war als Redner vorgesehen, jedoch aus gesundheitlichen Gründen nicht erschienen. David Irving war auch wieder dabei, stieß jedoch bei einigen IHR-Leuten auf Ablehnung, was mit dessen Vermarktungspolitik zusammenhängen dürfte. Nachdem er die letzten Jahre eifrig die Existenz der Vernichtungsanlagen in Auschwitz bestritten hatte, tischte er im vergangenen Jahr die (längst bekannten) Protokolle Eichmanns auf, in denen dieser die Vernichtung der jüdischen Bevölkerungen beschreibt. Das IHR, dem erneut erhebliche Geldmengen zugeflossen sind, weitet seine Aktivitäten in Europa aus, darunter in der BRD und Polen. Das IHR-Journal soll jetzt sechs- statt viermal im Jahr erscheinen.

AntifaschistInnen, die über die Situation in anderen europäischen Ländern mehr wissen wollen, können wir drei Zeitungen empfehlen, mit denen wir seit Jahren gut zusammenarbeiten.



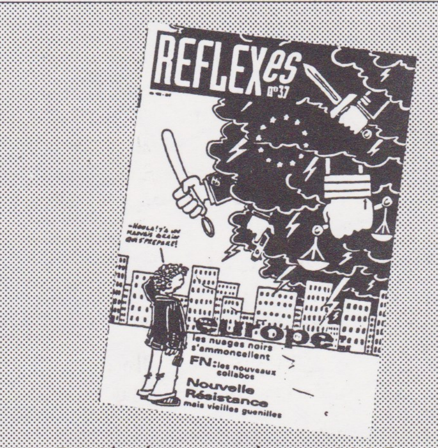
»Stoppa rasismen« ist die Zeitung der gleichnamigen Organisation in Schweden.

Die Adresse ist:
Riksförbundet
STOPPA RASISMEN;
BOX 29,
14501 Norsborg
Ein Abo kostet 100 kr.



»Searchlight« ist ein englischsprachiges, monatlich erscheinendes, internationales antifaschistisches Magazin.

Zu beziehen über:
Searchlight Magazine Ltd,
37B New Cavendish Street,
London W1M 8JR
Fax: 071 284 4410
Ein Abo kostet £ 24 für Einzelpersonen, £ 32 für Organisationen.



»Reflexes« wird von R.E.F.L.E.X. in Frankreich herausgegeben.

Zu bestellen bei:
Reflex,
14 rue de Nanteuil,
75015 Paris
Tel: 42 50 99 43
Ein Abo kostet mindestens 100 Franc, außerhalb Frankreich plus 20 F.

NSDAP/AO

Für die NSDAP/AO produziert Dr. Herbert Poinsett eine 60-Minuten-Fernsehsendung mit dem Titel: »Race and Reason« (Rasse und Vernunft). Gary Lauck hofft, den Film international vertreiben zu können.


Unterstützt vom Asta TU Berlin
Über 40 Menschen sind seit der "Wiedervereinigung" am 3. Oktober 1990 von deutschen Faschisten ermordet worden. Menschen aus anderen Ländern, Obdachlose, Punx oder einfach welche, die den Mund gegen die Nazis aufgemacht haben.
Wir dürfen diesem Terror nicht mehr länger untätig zuschauen! Deshalb rufen wir alle antifaschistischen Menschen auf, sich dem Rassismus entgegenzustellen und selber aktiv zu werden.
ORGANISIERT DEN WIDERSTAND!
ERHEBT EURE STIMME!
STELLT EUCH DEN RASSISTEN IN DEN WEG!
Weitere Informationen (Rückporto!) bei:
EDELWEISS PIRATEN
Gneisenaustr. 2a · 1000 Berlin 61
©Tom
Unbekannt
Unbekannt
Unbekannt
Unbekannt
Unbekannt
Unbekannt
30j. Mann 3.12.91 Hohenselchow
Klaus-Dieter KLEIN 1.8.92 Bad Reisling
16.3.92 Rostock: Rumäne
Rumäne 10.12.91 München
Eberhard ARNOLD 21.10.90
6.4.92 Belzig BULGARE
METE EKSI 12.11.91 Berlin 19 Jahre
RENTNER 17.8.91 Berlin
Türkischer Mann 17.11.90
SADRI BERISHA 8. Juli 92 in Stuttgart-Kemnat
INGO FINNERT 19. März 92 Flensburg Obdachloser
HELMUT LEJA 4. Juni 91 Gifhorn-Kaesdorf
ANTONIO AMADEU 24.11.90 Eberswalde
ÄTHIOPIER 17.11.90 Berlin
ROLF SCHULZ † 7. Nov. 92
Emil WENDELAND 1. Juli 92 Neuruppin
MELANIE
=AGOSTINHO= 15.6.91 Ravensburg Von DVU-Ordnern
SAMUEL YEBOAH 19.9.91 Saarlouis
GEORGE JAO GOMONDAI 31. März 91 Dresden
BAHIDE ARSLAN 22.11.92
Günther SCHWANNICKE 29.8.92
DRAGOMIR CHRISTINEL 18 Jahre 14.3.92 Saal bei Rostock
Mathias KNABE 4. März 92 Gifhorn
43jähriger Mann 1. Juni 91 Leipzig
ALEX SELCHOW 1. Januar 91 Göttingen-Roßdorf
AFGHANE 23.2.91 Leisnig / Sachsen
SCHWEDT / ODER Obdachloser Mann
und AYSE YILMAZ und
FRANK BÖNISCH 24. August 92 Koblenz
NGUYEN VAN TU Vietnamese 24. April 92 Berlin
5. Januar 92 Augsburg NIGERIANER
Ingo L. 3. Januar 92 Gransee (Brbg.)
NIHAD YUSUFOGLU 18 Jahre 28.11.90
SILVIO MEIER 21.11.92 Berlin Von Faschisten erstochen
YELIZ ARSLAN 22.11.92 Mölln Bei einem Brandanschlag getötet
KARL-HEINZ ROHN 12.11.92 WUPPERTAL Von NF'lern erschlagen, weil er für einen Juden gehalten wurde
IRENEUSZ SZYDERSKI 3.8.92 Der 24jährige Pole wird in Stotternheim zu Tode getreten
LAMPE Thorsten Lamprecht 10. Mai 92 Magdeburg Von Naziskins erschlagen
Drei TAMILEN aus Sri Lanka 31. Januar 92 Lampertheim (Hessen) Ermordet bei einem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim.
Gustav SCHNEECLAUS 21. März 92 Buxtehude Totgeschlagen, weil er Hitler als Verbrecher bezeichnete
RASSISMUS TÖTET ★ LEISTET WIDERSTAND!